

grünes blatt



-CAMP

Universelles Leben?

Seite 4

Gesinnungsjustiz

Seite 8

AntiCastorNetz

Seite 10

Morsleben

Seite 18

Alles über Tabak?

Seite 22

Mutter der Bäume

Seite 25

Beziehungsgeflechte

Seite 27

SommerCamp

Seite 30

Antisemit Luther

Seite 31

Castortransporte

Seite 33

WENDLAND

SOMMER-



Inhaltsverzeichnis:

...derung vom Umweltamt fällt aus	Seite 3
Universelles Leben?	Seite 4
Funknetztechnik WLAN	Seite 6
Vorbei ... und wieder eine harte Gesinnungsjustiz	Seite 8
Gießener Justiz im Verfolgungswahn	Seite 9
Es war einmal... das AntiCastorNetz	Seite 10
Pestizide, Denaturierung und Lebensmittelzusätze	Seite 14
Der Mensch und das Tier; Justiz: Willige Vollstrecker...	Seite 15
Zeitgeist mit Gräten; Balkon- und Kübelpflanzen	Seite 16
Widerstand & Vision: Geschichte der Umweltbewegung	Seite 17
Morsleben - ein kleiner Ort macht Geschichte	Seite 18
NS-Vergangenheit der Schachanlagen	Seite 19
Atomüll-Endlager Morsleben (Unterschriftensammlung)	Seite 21
Alles über Tabak?	Seite 22
Herrschaftsverhältnisse in der Tabakwelt	Seite 24
Mama Miti - Die Mutter der Bäume	Seite 25
Beziehungsgeflechte beim Sommer-(Wendland-)Camp	Seite 27
SommerCamp in Riebau; Der lange Weg	Seite 30
Martin Luther - Antisemit, Sozialrassist, Reaktionär	Seite 31
Fragend voran ...	Seite 32
Castortransporte rollen...; Flimmern; Castorblockade Frankreich	Seite 33
Wer darf mitmachen?	Seite 34
Termine, Veranstaltungen und Aktionen/Adressen	Seite 35
Was'n die Traumschule?	Seite 36

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.



Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

ISSN 1612-2186

Impressum:

Herausgeber:

Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204 | 03 91/72 72 657
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
Karl-Schmidt-Str. 4
39104 Magdeburg

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Magdeburg
KNr.: 30 120 859
BLZ: 810 532 72

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.R.), David Lähnemann (dal), Jonas Lähnemann (jol), Joris Spindler (jos), Jean Sorgenacker (jes),

Freie MitarbeiterInnen:

Elisabeth Weissteiner (liz), Willi Wilsch (wutz), Matthias Frank Gerber (mfg)

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Jonas Lähnemann, Indymedia, Internet

Grafiken:

Politisches Schnippelbilderbuch, Umweltschnippelbilderbuch, Gerhard Seyfried: Wo soll das alles enden

Satz und Layout:

Falk Beyer, Jean Sorgenacker, Sebastian Vollnhals

Auflage:

800 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Jugendamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluss war der 20. August 2005.
Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.
Nächste Ausgabe: Herbst 2005

Redaktionsschluss: 5. Oktober 2005

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden VertreterInnen der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,44 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
<http://oetim.gl.aser.de/>

Sprachliche Konventionen:

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.



Mitglied bei

fjp>media
Verband junger Medienmacher

www.fjp-media.de

Förderung vom Umweltamt fällt aus Wie geht's weiter mit dem grünen blatt?

fb Dass du dieses grüne blatt erst jetzt - mehr als ein halbes Jahr nach der letzten Ausgabe - in den Händen hältst, hat einen wesentlichen Grund in der Streichung von Fördermitteln durch das Umweltamt Magdeburg. Dieses Finanzierungsproblem hat zusammen mit der uns nun beschäftigenden Neuorientierungs-Phase und der Prioritäten-Setzung zugunsten anderer Greenkids-Projekte dazu geführt, dass wir zwei Ausgaben des grünen blatts ausfallen lassen mussten.

In den letzten Jahren wurde das grüne blatt durch zwei Ämter der Stadt Magdeburg gefördert: das Jugendamt und das Umweltamt. Dabei übernahm jede der Behörden die Finanzierung von zwei Ausgaben. So war es auch in diesem und im letzten Jahr geplant. Allerdings bekamen auch wir die Kürzungen der Landes- und Kommunalpolitik im kulturellen und sozialen Bereich zu spüren. Das Jugendamt kürzte die Förderung so stark, dass lediglich die reinen Druckkosten, alles andere rundherum aber - z.B. Raumkosten, Telefon/Internet, Porto etc. - nicht mehr übernommen wurden. Das hat bereits zum Anfang des letzten Jahres zu einigen Sorgen geführt.

Zunächst hatten wir gehofft, diese fehlenden Gelder über Anzeigen ersetzen zu können, was sich aber doch nicht als so erfolgreich herausstellte. So ist es derzeit so, dass die Greenkids als HerausgeberInnen des grünen blatts auf den Kosten sitzen geblieben sind. Das ist für eine kurze Zeit tragbar, aber nicht auf Dauer.

Doch bei diesem Problem blieb es nicht. Vom Umweltamt fehlte im Herbst letzten Jahres noch jeder Bescheid (den haben wir übrigens noch immer nicht bekommen!). Ein Anruf brachte zutage, dass dieses Amt das Projekt gar nicht mehr unterstützen will. Und zwar in erster Linie seiner Ausrichtung wegen. "Wir haben uns dann dafür entschieden, lieber ein anderes Projekt zu unterstützen, das dem Agenda-Gedanken näher steht", war sinngemäß die Aussage der zuständigen Umweltamts-Mitarbeiterin. Die Agenda21 also, das Papier der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro vom Anfang der 1990er Jahre, das sich positiv zu Atomenergie und Gentechnik positioniert, Gleichberechtigung der Wirtschaft, aber nur Beteiligung der Menschen fordert, das eine fragwürdige Politik indigenen Menschen gegenüber ankündigt, soll also auch der Grund für das Absagen des grünen blatts sein.

Die großen Umwelt-NGOs haben sich fast ausnahmslos in den letzten zehn Jahren die

Agenda21 auf ihre Fahnen geschrieben. Und zwar, weil dies eine Menge neuer Fördermittel versprach. Die Richtlinien früherer staatlicher Förderungen wurden auch weitestgehend angepasst, so dass es heute schwer ist, ohne positiven Bezug zur Agenda21 noch im Umweltbereich finanziert zu werden. In Berlin - und wahrscheinlich auch schon anderswo - hat sich mittlerweile gezeigt, dass diese Fixierung auf Agenda-Geldtöpfe gefährlich war. Denn jetzt, wo der Agenda-Prozess - die Einigung über die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 - für Berlin beendet ist, wurden die Fördertöpfe wieder gestrichen. Eine Menge Projekte, die sich einzig darauf konzentriert hatten, stehen jetzt ebenfalls vor massiven Problemen.

Dem Thema Agenda 21 werden wir in diesem oder im nächsten Jahr aller Voraussicht nach eine Schwerpunktausgabe des grünen blatts widmen, deswegen an dieser Stelle nicht mehr dazu.

Durch die völlige Streichung der letzten beiden grünen blatt-Ausgaben musste der Verein nun also auch noch die bereits gedruckte 3. Ausgabe 2004 selbst tragen. Die vierte Ausgabe und die erste im Jahr 2005 haben wir daher auch aus Kostengründen ausfallen lassen. Wir hoffen, dass das einige Leute aufrüttelt und zur Unterstützung anregt. Bisher haben wir noch kein geeignetes Konzept, um ohne Förderung dieses und auch das nächste Jahr zu überstehen. In irgendeiner Weise wird es die Zeitung immer weiter geben - sie ist das kontinuierlichste, was die Greenkids seit ihrem Bestehen auf die Beine gestellt haben und erschien bisher auch in den Flaute-Jahren.

Natürlich haben wir wieder Fördermittel bei der Stadt Magdeburg beantragt und hoffen, dass durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit dort auch das Interesse an einer weiteren Förderung da sein wird. Doch zum einen hat das letzte Jahr gezeigt, dass es zu unerwarteten Einschnitten kommen kann und wird, und zum anderen brauchen wir eine langfristige Unabhängigkeit. Dazu haben wir uns eine Menge Gedanken gemacht.

Bisher basierte das grüne blatt ganz wesentlich auf dem Konzept, kostenlos an vielen Stellen zur Verfügung gestellt zu werden, wo potentiell Interessierte vorbeikommen und sich bedienen können. Z.B. in kulturellen Einrichtungen, Schulen, Bibliotheken, eineWelt-Haus etc. Wir wollen Themen, die in den herkömmlichen Medien kaum oder gar nicht zur Sprache kommen, auf diesem Weg an Menschen herantragen. Vor fast zehn

Jahren wurde die Zeitung bereits einmal gegen Geld herausgegeben. Doch mir scheint, damals waren die Leute auf der Straße auch spendenfreudiger.

Es gibt in Magdeburg eine andere Alternativ-Zeitung, deren Finanzierung ganz wesentlich auf dem Verkauf ihrer Exemplare basiert. Sie erreicht dadurch aber auch viel weniger Leute. Ich denke, dass diese Art der Finanzierung für das grüne blatt nicht in Frage kommt. Nur im Abo-Bereich ist es realistisch, die entstehenden Kosten weiterzugeben. Wir haben dazu überschlagen, dass für 10 Euro pro Jahr die Ausgaben nahezu gedeckt werden könnten, wenn jedes (!) Exemplar des grünen blatts auf diese Weise verbreitet würde. Das ist allerdings realitätsfern.

Eine andere Idee ist die anzeigenbasierte Finanzierung. Pro Ausgabe vier bis acht Anzeigen á 250 Euro sollten ebenfalls die Kosten decken können. Leider ist auch das nicht so ganz realisierbar. Andere Überlegungen gehen in Richtung von Schwerpunktausgaben, für die jeweils einzelne Finanzierungen beantragt werden. Das ist recht aufwendig und auch nicht sehr sicher, könnte aber probiert werden.

Wahrscheinlich wird eine Mischung aus den verschiedenen Ideen der beste Ansatz sein. Wir versuchen also AnzeigenpartnerInnen zu finden, mit denen wir einverstanden sind (Einzelfall-Entscheidungen), wollen möglichst viele LeserInnen motivieren, die Zeitung zu abonnieren und probieren auch weiterhin Förderungen zu bekommen. Zusätzlich helfen würden uns auch Spenden, um das Erscheinen des grünen blatts abzusichern. Daher dieser Aufruf an euch als unsere LeserInnen zu überlegen, ob ihr uns auf die eine oder andere Weise unterstützen könnt. Wenn ihr noch ganz andere Ideen habt, sagt uns bitte Bescheid!

Alle bisherigen Ausgaben des grünen blatts können im Internet auf www.gruenes-blatt.de gelesen werden. Ihr könnt die meisten alten Ausgaben auch noch nachbestellen - legt dazu der Bestellung bitte Briefmarken im Wert von 3,00 EUR bei. Auf unserer Internetseite könnt ihr auch einen Newsletter abonnieren, der immer erscheint, wenn eine neue Ausgabe gedruckt wurde. Er setzt sich aus Leseproben zusammen und verlinkt zu den entsprechenden Seiten im Internet.

Nun wünschen wir dir viel Spaß und interessante Erkenntnisse beim Lesen dieser Ausgabe und hoffen auf deine Unterstützung für die Weiterführung dieser kleinen Basisgruppen-Umweltzeitung. ■

UNIVERSSELLES LEBEN ?

von Espi Twelve

Die Sekte "Universelles Leben" (UL) versucht seit einiger Zeit, sich in Naturkost-, Tierschutz- und Tierrechtszusammenhängen einzunisten - mindestens teilweise erfolgreich. Seit Ende 2004 ist die totalitäre Sekte um die Prophetin Gabrielle Wittek mit einer Plakatserie bundesweit im öffentlichen Raum präsent, die für unbedarfte BetrachterInnen einen harmlosen Eindruck erweckt - ein paar Tiere, die darum bitten,

nicht gegessen zu werden. Nach Berichten auf Indymedia (www.de.indymedia.org) wurden diese Plakate in einigen Städten inzwischen mit Spruchblasen kommentiert, welche die Werbeaktion in ein anderes Licht rücken. Die Spruchblasen enthielten Sprüche wie "Für eine Welt ohne Religion, autoritäre Strukturen und Sekten wie UL" oder "Unsere Gesichter werden benutzt, um Spenden für eine totalitäre Sekte zu zocken". Auch auf anderen Ebenen scheint sich Widerstand gegen die schleichende Unterwanderung zu regen: Verschiedene Stände und Läden des UL-Naturkostablegers "Lebe gesund" und "Gut zum Leben" wurden Opfer von Klein-Sabotage - auf Produkte und Werbematerialien des sektennahen Unternehmens wurden Etiketten mit kritischen Informationen zu UL angebracht. Doch für was steht eigentlich die Organisation "Universelles Leben"?

Was ist "Universelles Leben"?

Universelles Leben ist nach Ansicht ihrer KritikerInnen eine Sekte mit ausgeprägten autoritären Strukturen, der ein bayrisches Verwaltungsgericht bereits 1995 einen "Hang zum Totalitären" attestierte. Zentrale Figur ist Gabrielle Wittek, die sich selbst zum Sprachrohr von Jesus Christus ernannt hat. Die anfangs "Heimholungswerk Jesu Christi" bezeichnete Gemeinschaft wurde 1984 in "Universelles Leben" umbenannt. Oberflächlich betrachtet präsentiert sich die Sekte in einem urchristlichen Gewand in klarer Abgrenzung zur offiziellen Kirche. In den Lehren des Universellen Lebens haben auch offenkun-

dig antisemitische Tendenzen und Menschenverachtung einen festen Platz - so gibt unter anderem Gabriele Wittek höchstpersönlich den Juden die Schuld für ihre Verfolgung: "Seit nahezu 2000 Jahren

ernten die Juden von einer Fleischwerdung zur anderen, was sie damals und auch in ihren weiteren Einverleibungen gesät haben." Auch in anderen Äußerungen von UL-

nahen Persönlichkeiten und Publikationen wird eine abstruse Karmalehre benutzt, um jüdische Menschen als VerursacherInnen ihrer eigenen Unterdrückung hinzustellen. Wie andere Sekten auch prophezeit UL-Oberhaupt Gabrielle Wittek den Weltuntergang - der allerdings immer wieder verschoben wird. Dieses Szenario wirkt identitätsstiftend und rechtfertigt die Abschottung von der "feindlichen" Außenwelt. Um sich auf das bevorstehende Ende vorzubereiten, sollen die Mitglieder ihren Besitz an UL abtreten und fleißig in den UL-Betrieben "bienen" (UL-Jargon), ohne Lohnerhöhungen zu fordern oder zu fragen, wer davon eigentlich profitiert. Die Mitglieder werden massiv dazu gedrängt,

unterschiedlichster Art, aber auch Kinderheime, eine Schule und eine "Christusklinik". Insgesamt verfügt die Organisation über ein kaum überschaubares Geflecht von Betrieben und (Tarn-)Organisationen, die ihre Nähe zu UL oftmals kategorisch leugnen. Ein Beispiel für Tarnorganisationen bildet die "Initiative Mahnmal für die Opfer der Kirche", welche mit der Kritik an den Verbrechen der Kirche versucht, die religiöse Konkurrenz anzugreifen.

Universelles Leben im Naturkost-, Tierschutz- und Tierrechtssektor - Zufällige Überschneidungen oder gezielte Unterwanderung?

Seit Anfang 2002 versucht Universelles Leben verstärkt, sich in der Naturkostszene sowie in Tierschutz- und Tierrechtszusammenhängen auszubreiten - unter anderem über die UL-Firma "Gut zum Leben" (hat zahlreiche Läden in Deutschland und ist auf Märkten vertreten) und "Lebe gesund", die beide ökologische, vegetarische und vegane Produkte vertreiben. Der UL-nahe Verlag "Das Brennglas" verbreitet reißerisch aufgemachte Broschüren gegen Jagd. Auch die an Kiosken erhältliche Zeitschrift "Freiheit für Tiere" ist nach Ansicht von KritikerInnen ein UL-Organ. Auf dem Tierrechtskongress (September 2002) in Wien traten ganz selbstverständlich Dr. Sailer (UL-Rechtsanwalt) und Julia Brunke (Redakteurin des UL-nahen Verlags "Das Brennglas") auf. Auf Demos der inzwischen UL-dominierten "Initiative zur Abschaffung der Jagd" ist urchristliche Propaganda omnipräsent - von Broschüren bis hin zu Transparenten mit Slogans wie "Auch Rehe haben eine Seele".

Daneben gibt es weitere personelle Verflechtungen mit Tierrechtszusammenhängen. Trotz deutlicher Aussagen seitens kritischer TierrechtlerInnen ist Universelles Leben vielerorts immer noch geduldet oder sogar akzeptiert - mit "die machen ja gute Tierrechts-Arbeit" und ähnlichen Begründungen werden die massiven Bedenken gegenüber

einer autoritären Organisation weggewischt, die unter dem Deckmantel der Tierliebe versucht neue AnhängerInnen zu rekrutieren sowie die eigene (Wirtschafts-)Macht auszudehnen.



sich ausschließlich in der von UL aufgebauten Parallelwelt zu bewegen und Kontakte zur "Außenwelt" aufzugeben. Besonders stark vertreten ist Universelles Leben in und um Würzburg (u.a. in Marktheidenfeld) - zur Sekte gehören Wirtschaftsbetriebe

Genauere Einblicke: Universelles Leben und Naturkost

Vor allem im süddeutschen Raum sind die UL-nahen Naturkost-Firmen "Gut zum Leben" und "Lebe gesund" vielerorts mit eigenen Ständen vertreten, in einigen Städten gibt es auch Läden. Gemeinsames Merkmal ist eine Aufmachung, welche sich deutlich von vielen Bioläden unterscheidet, die sich inzwischen vollständig an die Optik konventioneller Geschäfte angeglichen haben. Die Stände von "Lebe gesund" dagegen wirken mit unbedarftem Blick sehr einladend: Überall gibt es kostenlose Probehäppchen, die MitarbeiterInnen sprechen Interessierte freundlich an und zeigen nicht mit Geschenken. Hier ist mensch bemüht, sich von der üblichen, "kalten" Einkaufsatmosphäre abzugrenzen - immer wieder werden im Gespräch Unterschiede zu anderen BioherstellerInnen betont. Auch in den Broschüren finden sich viele Abgrenzungen zu "normalen" Ökofirmen und Tierausbeutung - "Lebe gesund" verspricht besondere Konsequenz (Verzicht auf Gentechnik, Düngemittel, "friedfertiger Landbau"). Dafür zahlen Unbedarfte scheinbar auch mitunter deutlich überhöhte Preise - sehr amüsant angesichts des Umstands, dass in den

Werbeheftchen das Profitdenken anderer Ökobetriebe heftig kritisiert wird.

Hinweise auf die Verflechtungen mit "Universelles Leben" finden sich erst bei genauem Durchblättern der Broschüren: In einem Faltblatt von "Hin zur Natur" findet sich eine Werbeanzeige der "Gabriele Stiftung" - Namensgeberin ist Gabriele Wittek ... die "erleuchtete" Führungsperson von UL, die sich selbst als Sprachrohr Jesus Christus versteht. Auffällig oft tauchen in den Werbematerialien ähnlich lautende Namen von UL-nahen Betrieben und Organisationen auf: "Lebe Gesund", "Gut Zum Leben" (beides Naturkost-

vermutlich noch weniger auffallen.

Universelles Leben und der Umgang mit Kritik

Kritische Stimmen werden regelmäßig von UL mit juristischen Klagen und Abmahnungen angegangen, um diese zum Schweigen zu bringen. Nach der Veröffentlichung eines kritischen Berichts zu den Hintergründen der Sekte im Oktober 2002 wurde das Tierrechtsmagazin "voice" (<http://www.voice-online.de>) mit einer regelrechten Welle an Einstweiligen Verfügungen überzogen. Neben solidarischer Unterstützung derer, die von UL juristisch angegangen werden, scheint es aber vor allem nötig zu sein, dass mehr Menschen und Gruppen nicht mehr schweigen und deutlich machen, dass die Aktivitäten der Sekte auf klare Ablehnung und kreativen Protest vieler treffen.

Weitere Informationen, Berichte und Hintergründe zu UL im Netz:

§ Dokumentation der kritischen Auseinandersetzung mit UL: www.ul-doku.de/vu

§ Kritische Broschüre zu UL aus Tierrechtskreisen: <http://maqi.veganismus.ch>

[/maqi.de/txt/ul.html](http://maqi.de/txt/ul.html)

§ Schwerpunkt der voice als .pdf:

http://archiv.voice-magazin.de/wohnung/ul-bericht_voice_31-2002.pdf

§ Soli-Kampagne für die voice und Meinungsfreiheit: www.freespeech.info



Quelle: www.de.Indymedia.org

ausleger der Sekte), "Gut für Tiere" (Versand, u.a. für Tiernahrung) oder der Gnadenhof "Heimat für Tiere - Neue Zeit e.V." sind nur einige der Namen, die zu UL führen. Produkte von UL-nahen Firmen (z.B. "Ibi" Brotaufstriche) werden auch in einigen Bioläden angeboten, wo diese

Baut die Schulen ab, damit wir lernen können

bvu Lernen ist ein kreativer Prozess. Ich entdecke eine interessante Frage und gebe mich auf die Suche nach der Antwort. Ich suche Unterlagen, tausche mich mit anderen Menschen aus und forsche. Irgendwann gerate ich an einen Punkt, an dem ich mit diesem selbstbestimmt angeeigneten Lernstand zufrieden bin, oder das Thema läßt mich nicht mehr los.

Dann gibt es das, was normalerweise als Schule bezeichnet wird. Junge Menschen müssen hierzulande zwangsweise dort anwesend sein. Ein paar ältere Menschen sagen ihnen dann was sie lernen sollen oder stellen ihr Wissen (bei einigen "freien" Schulen) den "Schülern" zur Verfügung. Von selbstbestimmtem Lernen kann keine Rede sein. Eingequetscht zwischen Altershierarchien und Zwangsaufenthalt wird ein fremdbestimmter Lehrplan eingetrichtert. Feste Unterrichtszeiten, frühes Aufstehen und Benotung disziplinieren und normieren die jungen Menschen. Das Ziel ist die Schaffung von Humankapital, welches den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen bringt. Heraus kommt dann ein Mensch, der mit dem Ende seiner Unmündigkeit zu einem unmündigen

Bürger wird. Diese Erziehungsanstalten in Frage zu stellen, hieße diesem Staat sein wichtigstes Standbein zu entziehen.

Was fehlt sind freie Lebens- und Lernorte an denen jede/r alltäglich den Lerninteressen nachgehen kann. Unabhängig vom Alter und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Voneinander und miteinander lernen und leben. Gemeinsam interessanten Fragestellungen nachgehen. Vorhandenes Wissen und Fertigkeiten genauso wie Fragen kundtun. Ein lebenswertes Miteinander ist ein gleichberechtigtes kreatives. Freie Lernprozesse, die nicht zweckgerichtet sind, könnten die Basis dessen darstellen. Die Erziehungsanstalten, die sich da Schule nennen, sind eher hinderlich. Erst recht, wenn der Besuch derselbigen eine Zwangsveranstaltung darstellt. Darum sollten sinnigerweise selbige abgebaut und Freiräume aufgebaut werden. Wir brauchen keine Lehrpläne, wissen selber was gut für uns ist und was wir von wem wie lernen wollen. Kreative direkte Aktionen an Schulen und sonstigen Erziehungsstellen machen Spaß, helfen aus der Zwangsschülerrolle zu entkommen und können der erste Schritt in Rich-

tung Eigenständigkeit sein. Egal, ob Zeugnisse verbrannt werden, schulfrei ausgerufen wird, die Schule zum Knast umgeformt oder anderweitig verschönert wird (Siehe auch: www.de.anarchopedia.org/index.php/Projekte:Schulaktionen). Hauptsache es entstehen Debatten über Schule, Alternativen und Selbstorganisation im Alltag.

Damit das alles keine hohlen Phrasen sind, sondern dem auch Praxis folgt, wollen wir uns vom 30. September bis 3. Oktober in der Offenen Uni Berlins zu einem Bildungskritischen Aktionstreffen zusammenfinden. In einem open space kann dann überlegt werden, wie, wann und wo was getan wird, um eine freie Bildungslandschaft zu gestalten. Die Vorgaben dieses Treffens sind nicht konkret, damit sich alle Interessierten einbringen können. Es sollen örtliche Projekte und Aktionen aufgebaut und unterstützt werden. Einerseits sollen kreative direkte Aktionen zu Schulkritik und Kinderrechten laufen, andererseits sollen Freiräume aufgebaut werden. Mitmachen kann da jede/r.

bildung-von-unten@magdeburg.gruenes-blatt.de

Funknetztechnik WLAN: Strahlung durch drahtlose Computernetzwerke

von Monika Bathow und Peter Nießen

Die Anzahl der Quellen elektromagnetischer Exposition ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Immer größere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang der hier untersuchte drahtlose Zugang zu Computernetzwerken WLAN (Wireless Local Area Network). Die Universität Bremen hat bereits im Jahr 2001 und erneut 2004 die Emissionen an Accesspoints und WLAN-Karten auf dem Campus durch das nova-Institut untersuchen lassen. In zwei Ausgaben des Elektromog-Reports (siehe Quelle) werden wir über die Ergebnisse der Messungen berichten (1).

Ähnlich wie beim Aufbau der Mobilfunkbasisstationen, wo der Netzausbau zunächst weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit erfolgte und die möglichen Risiken der Mobilfunkstrahlung von wenigen kritischen Beobachtern und Wissenschaftlern dargestellt wurden, verdichtet sich das Netz der Hot Spots, ein funkbasierter öffentlicher Internetanschluss in Bahnhöfen, Flugplätzen, Cafés zunehmend. Vor allem an den Hochschulen, zunehmend aber auch in Firmen, öffentlichen Einrichtungen, an Schulen und auch in Privathaushalten werden WLANs immer häufiger eingesetzt. Man kann ein Computer-Netzwerk einrichten, ohne Kabel zu verlegen, ohne bohren oder Schlitzlöcher klopfen zu müssen. Zudem sorgen starke Preissenkungen für Massenabsatz. Mittlerweile sind PCs und Laptops schon beim Kauf mit WLAN-Karten ausgerüstet, häufig ohne dass dem Käufer bewusst ist, dass er sich mit seinem neuen Gerät eine zusätzliche Quelle hochfrequenter Strahlung eingekauft hat.

Die Risiken der neuen Technologie sowohl hinsichtlich Gesundheit als auch Datensicherheit sind den wenigsten bekannt. Vorsorge- und Reduktionsmaßnahmen können aber nur bei Kenntnis der Sachverhalte eingesetzt werden (vgl. hierzu u.a. Elektromog Report, April 2004 zu EMF-Belastungen an Büroarbeitsplätzen). Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) über Chancen und Risiken neuer Informationstechnologien aus dem Jahre 2004 (2).

Messung an Accesspoints zur Innenraumversorgung

Die Universität Bremen bietet in vielen Gebäuden des Campus über ein WLAN-System einen drahtlosen Netzwerkzugang für Notebooks. An insgesamt 10 ausgewählten Standorten, die sich in vier verschiedenen Universitätsgebäuden befinden, wurden im Oktober 2001 exemplarisch die Leistungsflussdichten gemessen, die von den Accesspoints des WLAN-Systems ausgehen sowie die Abstrahlungen der Notebook-

Steckkarten. An relevanten Punkten erfolgten außerdem Übersichtsmessungen über den gesamten Frequenzbereich von 50 MHz bis 3 GHz, um die Belastung durch das WLAN-System in Relation setzen zu können zu Belastungen in anderen Frequenzbereichen.

Teilweise wurden in den einzelnen Räumen mehrere Messungen, z.B. in unterschiedlichen Abständen von dem Accesspoint (sofern sich dieser im gleichen Raum befand) oder in unterschiedlichen Höhen über dem Boden vorgenommen. In solchen Fällen ist in der folgenden Tabelle jeweils das Maximum der Einzelmessungen angegeben. Alle Messergebnisse für Innenbereiche beinhalten einen Sicherheitszuschlag von 6 Dezibel (entsprechend einem Faktor 4 bei den Leistungsflussdichten).

Messpunkt	Leistungsflussdichte in mW/m ²
1	2,53
2	0,005
3	0,10
4	0,32
5	0,67

Leistungsflussdichten an exemplarischen Standorten in Gebäuden der Universität Bremen

Abgesehen von Messpunkt 1, bei dem sich ein Arbeitsplatz nur durch eine dünne Wand getrennt im Abstand von nur ca. einem Meter von einem Accesspoint im Flur befand (Accesspoint wurde anschließend verlegt), liegen die Messergebnisse an allen Messpunkten unterhalb von 1 mW/m². Die (abgesehen von MP 1) höchsten Messwerte treten auf an Messpunkt 4 und 5, wo sich ein Accesspoint im gleichen Raum befindet, aber ein Mindestabstand von 2,5 m zu Daueraufenthaltsplätzen eingehalten wird.

Im Jahr 2004 wurden Kontrollmessungen an Accesspoints der neueren Technologie nach Standard IEEE 802.11g vorgenommen. Hierbei wird ein effizienteres Modulationsverfahren (OFDM) eingesetzt, wodurch eine bis zu fünffach höhere Datenübertragungsrate ermöglicht wird. Ansonsten werden diese neueren Accesspoints typischerweise mit der gleichen Sendeleistung und gleichartigen Stabantennen wie die bisherigen Accesspoints nach IEEE 802.11b betrieben. Es zeigte sich, dass bezüglich der Strahlungsbelastung kein nennenswerter Unterschied zwischen den Accesspoints bisheriger (802.11b) und neuer (802.11g) Technologie besteht. Bei den hier untersuchten Geräteexemplaren war die Strahlungsemission der neuen Gerätegeneration unbedeutend geringer.

WLAN-Karten der Notebooks

Wie bei jeder bidirektionalen Datenverbindung ist auch im Fall WLAN neben den Accesspoints (vergleichbar den Basisstationen beim Mobil-

funk) auch für die entgegengesetzte Kommunikationsrichtung (Notebook zum LAN) ein Sender erforderlich. Bei Notebooks ist dies entweder eine Zusatzkarte, die in einen PCMCIA-Steckplatz des Notebooks eingeschoben wird oder ist (bei modernen Modellen) bereits in das Notebook eingebaut.

Die Messungen wurden durchgeführt mit typischen WLAN-Netzwerkkarten nach IEEE 802.11b (damals) sowie nach 802.11g und 802.11a (neuerlich). Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die tatsächlich in der Umgebung solcher relativ kleinen Sender auftretenden Leistungsflussdichten hängen stark von den Reflexions- und Absorptionsverhältnissen der jeweiligen Nutzungsumgebung ab. Das Strahlungsfeld wird teilweise

durch die Ausbildung stehender Wellen bestimmt und es ist daher nicht erstaunlich, dass sich bei der Ausmessung einer Abstandsverteilung nicht die bei Freifeldausbreitungsbedingungen übliche Abnahme der Intensität mit dem Quadrat des Abstandes zeigt. Um trotz dieser starken Abhängigkeit von den Umgebungsbedingungen bei den Messungen auf der sicheren Seite zu liegen, wurden die Messergebnisse an den WLAN-Karten mit einem Sicherheitszuschlag von 6 Dezibel versehen. Das heißt, die in der Tabelle angegebenen Ergebnisse liegen um einen Faktor 4 höher als der tatsächliche Messwert am jeweiligen Messpunkt, und es kann auf jeden Fall die Aussage gemacht werden, dass die auch in anderen Umgebungssituationen auftretende Strahlungsbelastung sicherlich nicht höher ist als die hier angegebenen Werte.

Abstand von der WLAN-Karte	Karte entspr. IEEE 802.11b (2,4 GHz) Messung 2001	Karte entspr. IEEE 802.11g (2,4 GHz) Messung 2004	Karte entspr. IEEE 802.11a (5,2 GHz) Messung 2004
150 cm	1,6		
80 cm	1,3		
60 cm	3,2	0,25	1,0
40 cm		0,9	0,7
30 cm	4,0	4,1	0,55
20 cm	130	6,3	1,8
10 cm	49,7	24	7,0
3 cm		188	44

Leistungsflussdichten in mW/m² in der Umgebung von Notebook-WLAN-Karten

Die Messungen im unmittelbaren Nahbereich der Karte (weniger als 20 cm Abstand zur Karte) sind hier der Vollständigkeit halber angegeben. Es muss allerdings beachtet werden, dass die für eine solche Messung eigentlich erforderlichen Fernfeldverhältnisse hier nicht mehr vorliegen (Wellenlänge ca. 12 cm bei 2,4 GHz und ca. 6 cm bei 5,2 GHz). Bei normaler Arbeitshaltung sind aber diese kleinen Entfernungen zumindest für den Kopfbereich des Benutzers von geringer praktischer Bedeutung.



Vergleich mit anderen Funkdiensten

Zum Vergleich der Strahlungsintensitäten der WLAN-Systeme mit den Strahlungsintensitäten anderer Funkdienste wurden an einigen ausgewählten Messpunkten Zusatzmessungen vorgenommen. Die Messpunkte befanden sich innerhalb von Gebäuden der Universität Bremen und sind eine Teilmenge der Messpunkte zur Untersuchung der Accesspoints. Bei diesen Zusatzmessungen erfolgte zunächst eine Übersichtsmessung über den Frequenzbereich von 50 bis 3.000 MHz, um alle Frequenzbänder zu ermitteln, in denen relevante Intensitäten auftreten. Dabei stellte sich heraus, dass relevante Strahlungsintensitäten neben den WLAN-Systemen von den Mobilfunknetzen (D- und E-Netz) und den Ton-Rundfunksendern (UKW-Bereich) sowie - in weit geringerem Maße - von Fernsehsendern (UHF) verursacht wurden. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Messpunkt	UKW	UHF	D-Netz	E-Netz	WLAN	Summe
1	0,037	0,009	0,08	0,021	2,53	2,7
4	0,65	0,033	0,33	0,016	0,32	1,35
10	0,008	0,001	0,11	0,014	0,004	0,14

Leistungsflussdichte an ausgewählten Messpunkten in mW/m²

Zusammenfassung

Bei sinnvollem Umgang mit der WLAN-Technologie lässt sich die zusätzlich entstehende Strahlungsbelastung relativ gering halten. Dazu ist es erforderlich, dass die Standorte der WLAN-Accesspoints so ausgewählt werden, dass sich keine Daueraufenthaltsplätze in unmittelbarer Nähe befinden. Beschränkt sich das Versorgungsgebiet auf einen einzelnen Raum (Seminarraum, Schulklasse, Arbeitszimmer usw.) so kann die Sendeleistung des Accesspoints entsprechend reduziert werden.

Vom grundsätzlichen Verhalten zeigt sich bei der WLAN-Technologie ein ähnliches Bild wie beim Mobilfunk, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Intensitätsniveau.

- Die Zentralstationen sind Dauersender, die unabhängig von der tatsächlichen Benutzung auf ihre Umgebung einwirken. Im Falle des Mobilfunks sind dies die Basisstationen, hier die Accesspoints. Naturgemäß sind von der Strahlung nicht nur die Nutzer sondern alle Personen in der näheren Umgebung betroffen.
- Die Endgeräte der Benutzer senden - bei richtiger Einstellung - nur dann, wenn tatsächlich Sprache bzw. Daten zu übertragen sind. Beim Handy ist dies intuitiv einsichtig und technisch durch möglichst geringen Stromverbrauch begründet. Bei den WLAN-Karten von Notebooks oder PCs ist das technische Erfordernis zum seltenen Senden in weit geringerem Maße gegeben, da der Stromverbrauch einer WLAN-Karte im Vergleich zu einem in Betrieb befindlichen Notebook eher unbedeutend ist und daher ein periodisches Senden kaum ins Gewicht fällt.

Bei WLAN-Karten kommt hinzu, dass dieses Dauersenden in der Betriebsart Ad-hoc-

Modus, d.h. beim drahtlosen Zusammenschluss mehrerer Notebooks/PCs ohne Zuhilfenahme eines Accesspoints, auch technisch erforderlich ist. Wenn man auf die persönliche Strahlungsminimierung sowie der möglichst geringen Strahlungsexposition der Personen in seiner Umgebung Wert legt, sollte man daher darauf achten, die Ad-hoc-Betriebsart nur dann (und nur so lange) zu wählen, wenn es wirklich erforderlich ist und die WLAN-Karte bei Nichtbenutzung möglichst ganz abzuschalten. Bezüglich des Abschaltens sind die Benutzer von extern einsteckbaren WLAN-Karten (PCMCIA-Karten, Scheckkartengröße) im Vorteil, da diese Karten stets leicht zu entnehmen sind und man dann völlig sicher sein kann, dass keine Strahlung emittiert wird, wohingegen bei den in modernen Notebooks häufig zu findenden eingebauten WLAN-Karten ein mehr oder minder einfach zu bedienendes Konfigurationsprogramm bemüht werden muss, um die Karte abzuschalten.

Für die persönliche Strahlungsbelastung während der Benutzung ist auf jeden Fall die WLAN-Karte des eigenen Notebooks entscheiden-

der als die Accesspoints. Insoweit ist die Situation vergleichbar mit dem Mobilfunk, bei dem für die Strahlenbelastung das eigene Handy wesentlich wichtiger ist als die Basisstation. Allerdings besteht bei privat genutztem WLAN-System die Möglichkeit, die Accesspoints in Zeiten der Nichtbenutzung ganz abzuschalten.

Quelle:

1. Nießen P. Gutachten zur Feststellung der Belastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung durch Funk-Netzwerke an der Universität Bremen, 2001 und 2004

<http://www.personalrat.uni-bremen.de/public/Thema%20Elektrosmog/GutachtenFunknetz.pdf>

2. Graulich K, Quack, D. Sachstandsermittlung zu Information und Kommunikation über Chancen und Risiken neuer Informationstechnologien am Beispiel WLAN, Öko-Institut, Freiburg, im Auftrag des MUNLV NRW, 2004.

www.munlv.nrw.de/sites/arbeitsbereiche/immission/wlan.htm

aus: ElektrosmogReport im Strahlentelex Nr. 436-437 vom 3. März 2005, <http://www.strahlentelex.de>

NATURSCHUTZ IST ANGEWANDTER PATRIOTISMUS? UMWELTGRUPPEN DISTANZIEREN SICH SCHARF VON DEUTSCHEN UMWELTVERBÄNDEN

Die deutschen Umweltverbände einschließlich ihres Dachverbandes Deutscher Naturschutzring (DNR) haben mit der CDU (in persona u.a. Angela Merkel) im Dezember 2004 eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben. Darin veröffentlichen Umweltverbände und CDU u.a. folgenden Satz: "Naturschutz ist angewandter Patriotismus". Dieser ist als Originalzitat des DNR-Präsidenten und BUND-Ehrenvorsitzenden Hubert Weinzierl gekennzeichnet. Weitere Passagen der Presseinformationen zeigen die deutliche Neigung deutscher Umweltverbandsspitzen zu einer Verstärkung autoritärer Mittel bei der Durchsetzung des Umweltschutzes.

Diese Politik wird vom Institut für Ökologie e.V. mit Sitz in Bad Oldesloe und anderen Umweltgruppen scharf kritisiert: "Wer Naturschutz von oben kommandieren will, entzieht ihm die Basis, nämlich die Akzeptanz und den *Mitwirkungswillen der Menschen*", formuliert Jörn Hartje von der Umweltprojektwerkstatt Bad Oldesloe und fügt an: "Das genaue Gegenteil wäre richtig: Mehr Mitbestimmung und Demokratisierung der Flächennutzung!"

Das Institut für Ökologie sieht die aktuelle Position der Umweltverbände als weitere Steigerung einer langen Entwicklung weg von dem Bündnis mit den Menschen hin zu einer Anbiederung an Regierungen und oft auch Konzernspitzen. So seien es Umweltverbände gewesen, die sich für die Einschränkung der Bürgerbeteiligung z.B. bei Energieanlagen stark gemacht haben, mit marktformigen

Steuerungskonzepten wie CO₂-Zertifikaten oder Öko-Audits würden vor allem Profite gesteigert, während der Umweltschutz nur noch als Kosmetik diene. Gleichzeitig wurden Projekte und Ideen für einen mitbestimmungsorientierten Naturschutz schon immer missachtet. Dennoch berge die neue Äußerung neue Qualitäten: "Wenn sich Naturschutz als angewandter Patriotismus bezeichnet, entsteht ein Schulterchluss bis weit nach rechts. Die Positionen der Umweltverbände sind vom Umweltprogramm der NPD nicht mehr unterscheidbar", kritisiert Jörg Bergstedt vom Institut für Ökologie den Deutschen Naturschutzring und die in im zusammengeschlossenen Verbände.

"Notwendig ist endlich eine deutliche Debatte über den Kurs des Umweltschutzes. Wer solchen Positionen als Mitglied von DNR, BUND, NABU, BBU oder anderen nur zusieht, hilft mit, dass der Naturschutz gegen sich selbst gerichtet wird - denn langfristig kann nur eine deutlich gesteigerte Mitbestimmung der jeweils betroffenen Menschen einen wirksamen Naturschutz durchsetzen!"

Weitere Information:

- Gesammelte Zitate zu Positionen von Umwelt-NGOs und Gruppen im Projekt "Agenda, Expo, Sponsoring": www.projektwerkstatt.de/ae
- Ideen, Projekte und Konzepte für einen "Umweltschutz von unten": www.projektwerkstatt.de/uvu

Quelle: Presseinformation des Instituts für Ökologie

Vorbei ... und wieder eine harte Gesinnungsjustiz: 8 Monate ohne Bewährung

Bereits im Frühling 2004 berichtete das grüne blatt von dem skandalösen Prozess gegen zwei AktivistInnen aus der Nähe von Giessen und die Verurteilung in erster Instanz. Auch die zweite Instanz endete mit nur geringfügig reduziertem Strafmaß. Das Verfahren reiht sich ein in die Vielzahl dokumentierter "Fälschungen, Erfindungen und Hetze von Polizei, Politik und Justiz um und in Giessen" (www.polizeidoku-giessen.de.vu).

Lang lang hatte es gedauert, bis der zweite Anlauf für den Berufungsprozess gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt begann. Im März 2005 ging es wieder los - 11 Verhandlungstage plus 12. Tag für Urteil, 30 Zeugenvernehmungen, unzählige Anträge, Bullenprügel für einen Angeklagten am 6. Verhandlungstag ... ein denkwürdiger Prozess, um juristisch, politisch und aktionstechnisch alles auszureizen. Staatsanwalt Vaupel ließ alles ungerührt, er wollte genau die gleiche Verurteilung wie in der ersten Instanz ...

Während des Prozesszeitraums lief eine umfangreiche Veranstaltungsreihe zu Repression, Justiz und Knast - mit spannenden Veranstaltungen. Zu den einzelnen Prozesstagen gibt es im Internet eine ausführliche Dokumentation auf http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/haupt_2instanz2.html. Hier nur ein Auszug daraus.

Am 10. März 2005 fand der erste Prozesstag im Berufungsverfahren gegen zwei Aktive aus dem Umfeld der Projektwerkstatt statt. In dem stickigen Sitzungssaal des Landgerichts Giessen wurde allerdings nicht verhandelt - Urteilsverlesung, Anträge der Verteidigung und lange Pausen prägten das Geschehen. Die Ergebnisse: Alle Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt, doch der Staatsanwalt ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, man könne die Lügenvorwürfe gegen den Stadtverordnetenvorsteher und Polizeibeamte, die als Zeugen auftreten, sowie gegen die Polizeiführung in Gießen ja im Verlauf des Prozesses prüfen. Na denn, dass dürfte im Sinne der Angeklagten sein. Wenige Tage später erschien die neue Dokumentation über die Lügen und Fälschungen der Gießener Polizei.

(...)

Als hätte es die ganzen Prozesstage nicht gegeben. Als hätte es nicht Widersprüche über Widersprüche gegeben. Das Urteil und sogar die Begründung des Urteils in zweiter Instanz in Gießen gegen Politaktivisten glich fast komplett dem aus der ersten Instanz. Die EntlastungszeugInnen haben be-

stimmt alle irgendwie mal kurz weggeguckt, während die BelastungszeugInnen gerade deshalb glaubwürdig waren, weil die Richterin ihnen die intellektuellen Fähigkeiten absprach, Lügengebilde zu konstruieren. Am Ende gab es 8 Monate ohne Bewährung für den Angeklagten B. und 50 Tagessätze für N. Die Bewährung wurde nicht gewährt, weil B. ja sogar schon während des Prozesses weitermachte, in dem er auf einem Plakat das Urteil „Fuck the police“ kritisierte (hochkopierte Seite aus der Dokumentation) und sich daraufhin von Bullen verprügeln ließ. Sowas aber auch ...

Das komplette Urteil mit Kommentierung kann auf <http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/urteil2.html> nachgelesen werden.

Pressereaktionen

Wie sich schon während des Prozesses abzeichnete, veränderte sich die Wahrnehmung des Prozesses außerhalb der Polizei- und Justizkreise allmählich. Der „Giesseiner Anzeiger“ veröffentlichte einen Kommentar, in dem stand: „Denn das Urteil ist auch eine Machtdemonstration staatlicher Gewalt“. Bemerkenswert war der spätere Kommentar des bisher nur als Hetzer auftretenden Stadtrektionschef der Gießener Allgemeine, Guido Tamme (<http://www.hetzer-tamme.de.vu>) zum Urteil und Prozessverlauf. Neben neuen Diffamierungen schrieb er auch: „Auf einem anderen Blatt steht, dass die hiesige Polizei und Justiz sich nicht immer mit Ruhm bekleckerten, was den Umgang mit dem selbsternannten Berufsrevolutionär angeht“.

Parlamentarisches Nachspiel um Bulleneinsätze

In der Gießener Stadtverordnetenversammlung wurden die verschiedenen Polizeieinsätze auf Antrag der PDS thematisiert. Dabei startete der cholerische FWG-Chef Zippel, der schon einmal den Staatsanwalt gegen den PDSler Janitzki einsetzen wollte, gleich einen bemerkenswerten Angriff und stellte Fragen an die PDS - wieweit sie mit der Projektwerkstatt Kontakte hat, schwallt über Gelder usw. Nach Gail beweist damit der nächste Spitzenpolitiker in Gießen, dass er es schon für verwerflich hält, wenn Menschen miteinander reden. Welche Republik denen vorschwebt, ist deutlich zu erkennen ...

Angriff auf missliebigen PDSler

Bei soviel Kritik schlägt die Gießener Elite natürlich zurück ... und zwar wieder in Form eines absurden Gerichtsverfahrens. Gegen Janitzki läuft inzwischen ein Verfahren wegen Falschaussage vor Gericht - und zwar auch im Prozess gegen Projektwerkstättler.

Dort hatte er formuliert, dass am 11.1.2003 die Attacke der Polizei auf die Demonstration „überfallartig“ war. Das hatten aber auch mehrere andere Zeugen so geschildert - bemerkenswert also, dass nur Janitzki ein Verfahren hat. Offensichtlich wirkt hier wieder die Gesinnungsjustiz in Gießen.

Allerdings dürfte ein solches Verfahren auch Chancen bieten, wird die ganze Geschichte doch noch mal aufgerollt. Diesmal kann das Gericht die Zeugenaussagen nicht einfach verschweigen wie Richterin Brühl und ihre Verurteilungsscrew im Prozess gegen Projektwerkstättler. Bislang hat die Staatsanwaltschaft gegenüber der Presse auch nur eine Begründung für den Tatverdacht gegen Janitzki gegeben: Die Polizei hat was anderes gesagt ... und die hat ja immer recht, wie hier nochmals amtlich



bestätigt wird, dass in der Justiz so gedacht wird.

Gießener Justiz ist Gesinnungsjustiz, Staatsanwälte und Richter sind zumindest zu einem großen Teil willige VollstreckerInnen ihrer Brötchengeber und damit wird die Kritik der Angeklagten im Prozess gegen die Projektwerkstättler auch nochmals gut belegt.

Formale Möglichkeiten für die Verurteilten

Beide Angeklagten haben Revision eingelegt. Die Revisionsbegründung muss nach Vorlage des schriftlichen Urteils erfolgen. Die Revision ist nur mit RechtsanwältInnen möglich, das ist per Gesetz vorgeschrieben. Allerdings haben die bisherigen RechtsanwältInnen schon durchblicken lassen, das nur gegen viel Geld zu machen. Eine Lösung dieses Desasters und der Abhängigkeit von den Formal- und ExpertInnenstrukturen für die Angeklagten ist nicht zu sehen ...

Immer absurder wird auf jeden Fall die Ablehnung der Beiordnungen von Pflichtverteidigern. Begründung war damals, dass das Verfahren einfach gelagert ist. Inzwischen gibt es drei offizielle Verfahren wegen Falschaussagen allein zu diesem Prozess. Und wie viele es noch werden, ist offen. Einfach? ■

Quelle: Indymedia / Projektwerkstatt



Unsonstladen in Seltersweg mit Sound-Mobil & Ausstellungen zu Polizeidoku und Strafe



Gießener Justiz im Verfolgungswahn

Mehrere Aktenordner voll neuer Anzeigen und Ermittlungsverfahren sind seit dem Beginn des Prozesses gegen Projektwerkstättler im März 2005 in Gießen entstanden. Inzwischen stellen Polizisten ihre Anzeigen schon wie eine Art Unterschriftenliste, weil von Beleidigungen & Co. immer gleich ganze Horden betroffen sein wollen. Allein der im Verfahren von März-Mai 2005 zu 8 Monaten verurteilte Projektwerkstättler hat bereits acht (!) neue Verfahren am Hals. Anklagepunkte: Beleidigung (vor allem „Fuck the police“), Körperverletzung, Widerstand und Nötigung – weil einem Polizisten angedroht wurde, ihn anzuzeigen, wenn er weiter prügelt.

Die aktuelle Anzeigen- und Ermittlungs„welle“ betrifft eine Vielzahl von Personen, die bei Gerichtsverfahren und bei anderen Anlässen anwesend waren. Die Vorwürfe beziehen sich auf gemalte Kreidesprüche, gerufene Parolen und ähnliches. Hintergrund ist zweierlei:

1. die seit Jahren hochgespannte Lage zwischen Repressionsbehörden unter den Scharfmachern Volker Bouffier (hessischer Innenminister, CDU-Guru von Gießen, <http://www.volker-bouffier.de.vu>), Heinz-Peter Haumann (CDU-Oberbürgermeister von Gießen, Erfinder einer Bombendrohung, <http://www.bombenhaumann.de.vu>) sowie verschiedenen Polizeiführern einerseits und kreativen Protestgruppen andererseits ist Ausgangspunkt für eine Vielzahl durchgeknallter Bullenaktionen und Gerichtsprozesse. Die zwei bisher erschienenen Dokumentationen über Polizei- und Justizwillkür fassen fast hundert solcher Fälle zusammen (<http://www.polizeidoku-giessen.de.vu>).

2. zwei Gerichtsurteile der letzten Zeit haben die Situation recht grundlegend verändert. Mit dem Urteil, dass „Fuck the police“ immer auch eine individuelle Beleidigung sei (<http://www.fuckthepoliceforever.de.vu>), wurde eine wahnhafte Verfolgungswelle gegenüber allen möglichen Parolen mit Kritik an staatlichen Organen eingangsgesetzt. Bei jeder Veranstaltung rennen Bullen mit Kameras durch die Gegend und filmen Sprüche auf Transparenten, T-Shirt, Schilder, notieren gerufene Parolen und Kreidemalereien. Ständig werden Personalien derer festgestellt, die dafür VerursacherInnen sein sollen. Auch der zweite Prozess (der gegen zwei Projektwerkstättler hatte über 12 Prozesstage, siehe http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/prozesse/haupt_2instanz2.html) hat nun also ähnliche Wirkung. Die Verurteilungen dort in zweiter Instanz betrafen vor allem die immer wieder von Bullen erfundenen Delikte Widerstand gegen die Staatsgewalt und damit zusammenhängend Körperverletzung. Auch da hat es nun einige Anzeigen gegeben. Wer in Gießen verhaftet oder kontrolliert wird, steht schon mit einem Bein im Knast ... denn dieses Delikt bringt einem ja mehrmonatige Haft ohne Bewährung – jedenfalls nach Gießener Gerichtslogik (<http://www.justiz-giessen.de.vu>).

Bislang ist noch nicht übersehbar, welche Masse an Verfahren in den letzten wenigen Wochen eingangsgesetzt wurden. Antreiber sind etliche Bullenführer, die ihre ganzen Trupps dann mitunterzeichnen lassen. Noch wichtiger dürfte wohl der politische Staatsanwalt Vaupel sein, der offenbar tatsächlich

einem Verfolgungswahn gegen unbeugsame Leute verfallen ist (<http://www.staatsanwalt-vaupel.de.vu>).

Bekannt sind folgende Vorgänge bzw. Verfahren:

1. Verfahren wegen Beleidigung, Widerstand und Körperverletzung gegen den Angeklagten, der am 11.4.2005 vor dem 6. Prozesstag von der Polizei vermöbelt wurde. Obwohl das durch ein beim 7. Prozesstag vorgespieltes Video eindeutig belegt wur-

Stadtverordnetenversammlung Gießen unter Leitung des Lügners Gail tagte (<http://www.luegen-gail.de.vu>). Spannend an diesem Punkt ist, dass Gail gar keine Anzeige erstattet hat, sondern Staatsanwalt Vaupel wegen öffentlichem Interesse ermittelt.

7. Verfahren wegen Beleidigung, Körperverletzung, Widerstand und Nötigung durch die Anzeige des Polizisten Görzel von der Operativen Einheit (Zivil-



de, verfolgt der Staatsanwalt Vaupel (der dieses Video gesehen hat – mal sehen, wie er das hinkriegt in seinem Wahn) das Verfahren weiter. Die Beleidigung bezieht sich auf eine Ausstellung, bei der auf einer Tafel als Überschrift „Fuck the police?“ steht und dann über den entsprechenden Prozess am 2.3.2005 berichtet wird.

2. Unübersehbar viele Verfahren wegen Kreidesprüchen „Fuck the police“ vor allem am 2.3.2005 vor dem Gerichtsgebäude. Auch wenn diese Sprüche irgendwo abseits jeglicher Polizei standen, soll immer auch jeder einzelne Polizist gemeint gewesen sein. Der Spezialist für „ich-bin-immer-beleidigt-egal-wo-was-geschieht“, der PHK Koch aus der Polizeistation Grünberg, gehört auch zu der langen Liste der Polizisten, die alle „the police“ sind und „Fuck“ als Schimpfwort gegen sich interpretierten. Worauf sie eine Anzeige schrieben ...

3. Verfahren wegen Beleidigung gegen zwei Teilnehmer der Demonstration gegen die rechte Burschenschaft Dresdensia-Rugia in Gießen, wo zwei Personen irgendwo die Buchstaben ACAB trugen (eine als Tätowierung auf den Fingern). Bullen verstehen ACAB als „all cops are bastards“ und fühlen sich irgendwie dauernd angesprochen ...

4. Beleidigungsvorwurf gegen DemonstrantInnen bei einer Demo gegen Abschiebung in Gießen am 3.6. wegen einem Transparent „Nazis morden, der Staat schiebt ab, das ist das gleiche Rassistenpack“.

5. Verfahren wegen Beleidigung, nachdem der Polizeiführer Thomas (Polizeistation Gießen-Nord, Berliner Platz) die staatskritische Musik aus einem Soundsystem nicht ertragen konnte und den MP3-Player klaute. Darauf stand mit Kreide auf dem Platz „Polizei klaut Musik: Das ist viel Oberarm, aber wenig Hirn“. Herr Thomas fühlte sich angesprochen und persönlich beleidigt.

6. Verfahren wegen Beleidigung durch den Spruch „Lügen haben gaile Beine“ und das Wort „Macht-Gail“, beides mit Kreide vor dem Rathaus, in dem die

polizei), der am 2.3.2005 beim Fuck-the-police-Prozess einen Zuschauer im Vorgehen boxte und dann beim zweiten Zuschlagen eine andere Person traf, die sich dazwischenstellte. Seine Version nun ist, dass der Geschlagene ihn grundlos einen „Wichser“ nannte (Beleidigung), er diesen dann festnehmen wollte, der aber dann zuschlug (Körperverletzung, Widerstand) und dann auch noch dem Polizisten angedroht haben soll, ihn anzuzeigen, wenn er weiter prügelt. Das ist dann Nötigung. Interessanterweise will OPE-Mann Görzel danach weggelassen sein. Wollte er nicht eigentlich eine Festnahme machen, bevor er gehauen worden sein will? Komisch ... und auch dass eine von ihm Betroffene ein entsprechendes Attest hat, er aber wohl nicht ...

Soweit zu den neuesten Entwicklungen in den Gießener Justiz- und Polizeiniederungen. Als Arbeitsplatzbeschaffung vielleicht effizienter als Hartz-IV ... aber für die betroffenen Menschen auch nicht der Hit.

Zum Stand der sonstigen Verfahren:

- Im Prozess „Fuck the police“ ist Revision eingelegt.

- Im Prozess gegen die Projektwerkstättler ist Revision eingelegt.

- Unglaublich ist die Ablehnung einer Anzeige gegen einen Richter und einen Staatsschützer in Kirchhain bzw. Marburg. Dort hatte ein Richter in einer Gerichtspause eine Theatergruppe körperlich attackiert. Als jemand das fotografierte, hat er dieser Person mit deutlich sichtbarer Drohung mit körperlicher Gewalt den Fotoapparat abgenommen (das ist eindeutig Nötigung!) und das ihn belastende Bild gelöscht. Die Staatsanwaltschaft Marburg hat ein Verfahren abgelehnt, weil der Richter in Notwehr handelte. Das Bild hätte ihn ja belasten können ... (http://www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/beispiele/kirchhain_marburg.html).

Quelle: <http://de.indymedia.org/2005/06/118906.shtml>

Es war einmal... das AntiCastorNetz

Vom Ende einer emanzipatorischen Struktur

ACN Fast zwei Jahre ist das faktische Ende des AntiCastorNetz Magdeburg schon her. Aber manchmal fällt es schwer sich zu lösen und sich mit der Realität abzufinden. Damit, dass es das AntiCastorNetz auch in veränderter Form nicht mehr geben wird und die Versuche der Wiederbelebung hoffnungslos waren und sind, habe ich mich zum Beispiel erst jetzt abgefunden.

Magdeburger Szene.

Es wurde dort beschlossen den Schwerpunkt der Aktivitäten auf eine Anti-Castor-Demonstration zu legen. Für viele AktivistInnen war dies die erste größere selbstorganisierte Aktion. Dazu wurde starke Öffentlichkeitsarbeit gemacht, Transparente im Vorfeld entworfen und andere Gruppen beteiligt. Wie so oft zu dieser Zeit dominierte dann die schwar-

rem Müll" konstruiert. Willkürlich gesetzte Grenzen sollen bestimmen, dass wir zu "unserer" Nation gehören. Weder haben wir eine reelle Wahl, noch gibt es weitergehende objektive Kriterien, die das "deutsch sein" definieren würden. Aber wir sollen es sein. Mit dieser nationalen Zuordnung werden Unterschiede konstruiert und Machtansprüche gesetzt.

Die Herrschenden, auf welchem Weg sie auch immer in diese Position kommen, bestimmen über das Konstrukt und die darin lebenden Menschen: über offene und versteckte Herrschaftsinstrumente - Diskurse in Massenmedien und kleineren Machtzellen wie der kleinbürgerlichen Familie, durch die Bindung von Privilegien und Rechten an die nationale Zuordnung und vieles mehr - wird den Menschen dieses künstliche Gebilde und seine Notwendigkeit solange eingebleut, bis sie selbst daran glauben und manche sogar dafür sterben würden.

Plötzlich wird der Müll einer Privatfirma zur nationalen Angelegenheit, einer Sache für die "wir alle" die Verantwortung tragen. Zwar fragt uns niemand, ob wir diesen Müll überhaupt haben wollten, aber wenn die Proteste gegen seine Produktion und anschließende Verschickung zu mächtig werden, haben wir plötzlich Verantwortung und sollen still sein.

In Gegenstrategie zu Trittins Polemik einer "nationalen Verantwortung" machte die Anti-AKW-Bewegung deutlich, was der Gorleben-Castor wirklich war: der Türöffner für neue WAA-Transporte nach Frankreich. Die französische Regierung war durch ein Gerichtsurteil unter Druck geraten und konnte neuen Atommüll aus der BRD erst annehmen, wenn die alten Abfälle wieder ihren Rückweg antraten. Ohne Gorleben-Castor konnte es also keine WAA-Transporte geben und die bundesdeutschen AKW wären bald an ihrem eigenen Müll erstickt.

Vor diesem politischen Hintergrund fand ein neues Anti-Castor-Treffen im Ökozentrum Magdeburg statt. Wieder waren viele interessierte und vor allem szeneneue Leute da. Aus der Erfahrung des Vorjahres hatte mensch gelernt und es sollte nun keine Energie für eine Demo verschwendet werden.

Von Februar bis Mitte März 2001 fanden nun ein halbes Dutzend atompolitische Infoveranstaltungen statt. Sie sollten öffentliche Aufmerksamkeit schaffen, die eigenen Leute inhaltlich weiterbilden und zur Mobilisierung dienen. Um verschiedene Spektren und Menschen anzusprechen, fanden die Veranstaltungen an verschiedenen Orten statt und wurden unterschiedlich beworben.

Zusammen mit den Infoständen, Flugblattverteilungen und kreativen Aktionen bildeten sie einen bunten Mix von Anti-Atom-Aktivitäten in Magdeburg, die der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben konnten. Innerhalb der drei bis vier Wochen vor dem Gorleben-Castor gab es vielleicht wöchentlich zwei Tage ohne Aktivitäten, denn auch Organisationstreffen und die Teilnahme an bundesweiten Anti-Castor-Demos in anderen Städten war angesagt.

Auch jetzt gab es wieder eine massive Öffentlichkeitsarbeit durch Presseinformationen, Artikel und beispielsweise einen gemeinsamen Aufruf vieler Magdeburger Organisationen. Das AntiCastorNetz Magdeburg war entstanden.

Philosophie und Autonomie

Die Grundidee war ein Netzwerk von Menschen und Gruppen, die gegen die menschenfeindliche Politik - nicht nur der Atomwirtschaft - aktiv werden wollten. Ganz bewusst wurde betont, dass das AntiCastorNetz keine neue Gruppe, sondern eine Struktur zur Vernetzung, zum Informationsaustausch und zur



F. Beyler / Green Kids-Archiv

Aktionen gegen das Atomforum in Dresden 2001

Wie alles anfang

Alles hatte seinen Anfang im Kontaminations-skandal 1998, als AKW-Betreiber und Umweltministerium zugeben mussten, dass über ein Jahrzehnt hinaus bekanntermaßen gesetzliche Sicherheitsvorschriften beim Transport von Atommüll missachtet worden waren. Die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel, die sich heute gern ein Sauberfrau-Image gibt, war damals gezwungen einen Transportestopp zu verhängen. Alpha-strahlende Partikel mit einer den Grenzwert zum Teil millionenfach überschreitenden Radioaktivität waren an den Behälterhüllen nachgewiesen worden.

Ausgerechnet das neuerdings bündnisgrüne Bundesumweltministerium hob nun diesen Transportestopp auf und machte damit neue Castortransporte, ohne die die bundesdeutschen Atomkraftwerke Gefahr liefen sich bis zur Schließung zu verstopfen, möglich. Im Oktober 2000 schien es soweit zu sein. Ein Castor-transport aus dem AKW Philippsburg in die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague war geplant. Gegen diesen ersten WAA-Transport wurde bundesweit mobilisiert. Tausende AtomkraftgegnerInnen befanden sich gewissermaßen in den Startlöchern, um sich dem Transport in den Weg zu stellen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es ein erstes offenes Treffen für Leute, die sich in Magdeburg querstellen wollten. Dieses Treffen fand im Ökozentrum Magdeburg statt und war im wesentlichen von AktivistInnen der Greenkids initiiert worden. Mit dabei waren schließlich auch VertreterInnen anderer Ökogruppen (NAJU und BUND) und sehr viele Menschen aus der linksradikalen

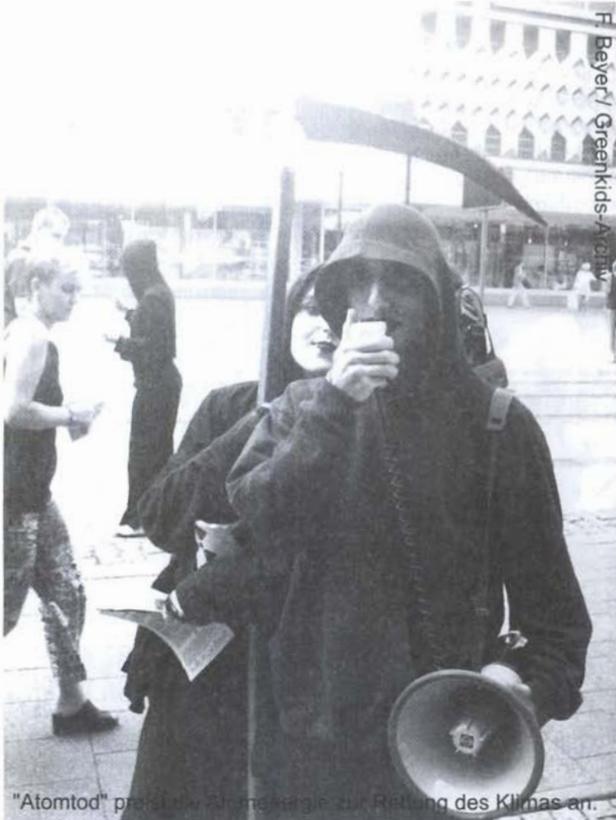
ze Antifa-Kluft die kleine Demo; von vielen sich nicht als "linksradikal" verstehenden Leuten wurde hinterher erzählt, sie seien extra gekommen, wären aber durch dieses Auftreten abgeschreckt gewesen. Negativ tat sich auch der Anmelder hervor, der den Druck der Polizei auf die DemonstrantInnen weiterreichte und in verschiedener Weise die Demo entschärfte. Leider gab es mit ihm später nie eine Auseinandersetzung darüber, so dass dieses Problem nicht zur Aussprache kam.

Kurz vor der geplanten Abfahrt des Castors sagten die Verantwortlichen den Transport ab. Trotzdem fuhren viele hunderte Menschen nach Philippsburg, um mit Aktionen zu bekunden, dass auch im Ernstfall mit konsequentem Widerstand zu rechnen ist. Durch die Transport-Absage kamen die frischen Anti-Atom-Aktivitäten in Magdeburg auch wieder zum Erliegen und von entsprechenden Aktivitäten war nichts mehr zu hören.

Das AntiCastorNetz entsteht

Anfang 2001 startete die rot-grüne Bundesregierung zusammen mit der Atomwirtschaft einen neuen Anlauf. Die gesamte Zeit war unklar, welcher Transport der erste sein würde: ein Transport aus Frankreich nach Gorleben, ein Transport ins nordrhein-westfälische Ahaus oder ein solcher in eine WAA. Dies war die Zeit, in der Bundesumweltminister Trittin erstmals öffentlich den Begriff einer "nationalen Verantwortung" für "unseren" Atommüll in den Mund nahm.

An diesem Beispiel lässt sich leicht die Unsinnigkeit und die herrschaftliche Machterhaltungsstrategie vorführen. Atommüll, der von speziellen Firmen aus Profitgründen mit Unterstützung bestimmter PolitikerInnen produziert wurde, wird nun zu "unse-



"Atomtod" protest in Magdeburg zur Rettung des Klimas an.

Bereitstellung von Aktionsmaterial sein sollte. Doch obwohl dies offensiv bei den Infoveranstaltungen, die auf Einladung von Gruppen aus Magdeburg und anderen Orten stattfanden, vermittelt wurde, nahm ein Großteil der Öffentlichkeit und der linksradikalen Szene das AntiCastorNetz als eine weitere Gruppe wahr.

Es hatte die befürchteten Auswirkungen: die "autonome" Magdeburger Szene äußerte immer häufiger, für "Anti-Atom" nicht zuständig zu sein, dafür gebe es ja das AntiCastorNetz und statt dass Menschen aus verschiedenen Gruppen an den Vernetzungstreffen teilnahmen und so einen Informationsaustausch über viele Strukturen hinweg ermöglicht hätten, sank die Zahl der GruppenvertreterInnen bei den Plena des AntiCastorNetzes im Laufe eines Jahres immer weiter. Zuletzt hatten die äußeren Umstände das AntiCastorNetz zu dem gemacht, was es nicht sein wollte: eine eigenständige Gruppe, die zwar offiziell von einer Vielzahl Organisationen unterstützt wurde, aber in der Praxis nur von einem harten Kern von einem halben Dutzend vorwiegend in dieser Gruppe aktive Menschen getragen wurde.

Die Ansätze des AntiCastorNetzes waren bereits herrschaftskritisch ausgeprägt. Dezentrale Aktions- und Organisationsformen waren angestrebt. Herrschaftskritik, die über Atomkraft hinaus ging, bekam mit der Zeit einen größeren Anteil und schließlich fand auch eine Auseinandersetzung über Hierarchien in der Gruppe statt.

Diese Auseinandersetzung über ein "konstruktives Miteinander" regte diverse andere Gruppen und Menschen in Magdeburg zur Reflexion der eigenen Strukturen an und führte zu ungedachten Entwicklungen. Anfangs moderierte und angeleitete Veranstaltungen wurden immer selbstbewusster "von unten" organisiert und bis zum Ende des AntiCastorNetzes war dies eine der wenigen Gruppen, die ich kennengelernt habe, die Hierarchien nicht nötig hatte, sie reflektierte und in einem immerwährenden Prozess abzubauen versuchte. Das ging so weit, dass der Versuch dominanten Auftretens eher hinderlich als effizient gewesen wäre.

Auch auf die sich selbst "autonom" verstehende Szene

wirkte dieser Prozess, denn die AktivistInnen des AntiCastorNetzes waren auf vielen thematischen Feldern aktiv und wirkten zunehmend in verschiedenen Gruppen mit. Erstaunlich war irgendwann die Erklärung einer der autonomen Antifagruppen, mensch habe sich mal mit internen Hierarchien auseinandergesetzt und beschlossen jetzt hierarchiefrei zu sein... so einfach ging das dagegen beim AntiCastorNetz nicht... *g*

Das AntiCastorNetz bezeichnete sich selbst nie als "autonom", obwohl das Selbstverständnis vieler AktivistInnen hier meiner Meinung nach mehr mit der Grundidee autonomen Lebens zu tun hatte, als manche der Magdeburger "Autonomen" es praktizierten - was nicht verallgemeinernd gemeint ist. Diese Uneinordenbarkeit hatte den Vorteil, radikale Positionen auch in bürgerlichen Kreisen vermitteln zu können, brachte aber u.a. den Nachteil, bei der Vernetzung der "autonomen Szene" Magdeburgs nicht ernstgenommen zu werden. Hier gab es bekanntermaßen auch positive Äußerungen zu Positionen des AntiCastorNetzes.

Als jedoch ein Netzwerk der autonomen Gruppen entstehen sollte, wurde das AntiCastorNetz von bestimmten Personen konkret eingeladen. Auch in den späteren Ausgrenzungsvorfällen gegen Leute der eigenen Szene waren AktivistInnen des AntiCastorNetzes betroffen. Damals wurde diskutiert, das AntiCastorNetz insgesamt auszuschließen, was dann doch nicht geschah.

Aktivitäten der Hochphase

Vor allem in der Anfangszeit des AntiCastorNetzes (2001) war das Interesse der Verfolgungsorgane (Polizei, LKA) spürbar. Im LKA Magdeburg wurden Flugblätter oder andere Veröffentlichungen gesammelt und Ermittlungen gegen zumindest einE AktivistIn geführt. Ein Antrag auf Akteneinsicht beim Verfassungsschutz wurde mit einer doppeldeutigen Begründung abgelehnt.

In der ersten Hälfte 2001 mobilisierte das AntiCastorNetz zu jedem Castortransport. Bis zuletzt war die Beteiligung für Magdeburger Verhältnisse groß. Es gab immer auch öffentliche Veranstaltungen und Aktionen zur Mobilisierung. In den ersten Monaten wuchs das AntiCastorNetz immer mehr, so dass es notwendig wurde, über eine Veränderung der Organisationsstrukturen nachzudenken. Es war unmöglich, alles bei den zweiwöchentlichen Plena zu besprechen, also wurden dazwischen sogenannte Koo(rdinierungs)-Treffen eingerichtet, die vor allem vom aktiveren Teil für Organisationsabsprachen genutzt wurden.

Verantwortlichkeiten für verschiedene Bereiche wie Presse, Flyer, Aktionen, Mobilisierung etc. wurden aufgeteilt, eine komplexe Mobilisierungskette, die ein gewisses Maß an Konspirativität bot, wurde entwickelt und so weiter.

In dieser Zeit fuhrten AktivistInnen des AntiCastorNetzes etwa zwei- bis dreiwöchentlich zu Castortransporten und beteiligten sich dort an Aktionen, entwickelten eigene Protestformen und brachten sich in die Diskurse der Anti-AKW-Bewegung ein. Für viele andere Anti-Atom-Gruppen entstand der Eindruck einer großen, aktiven Organisation, was zumindest durch die Masse an Aktivitäten und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit gestützt wurde. Allerdings war es doch immer ein be-

stimmter Kern von Menschen, der die organisatorische Arbeit erledigte.

Bis August 2001 gab es neben den Mobilisierungen auch eine Vielzahl kreativer Aktionen in Magdeburg, Bonn und anderswo. Das Kreativitätslevel war verglichen mit Öko-Aktionen in Magdeburg davor und danach sehr hoch. Vor allem in Folge der Castorblockaden Anfang 2001 gab es eine Reihe juristischer Verfahren, die zum größten Teil bis heute nicht abgeschlossen sind. Dazu finden sich umfangreiche Informationen (der komplette Schriftverkehr und zum Teil andere mit den Aktionen zusammenhängende Materialien) im Internet auf www.anti-castor.de/magdeburg/prozess.

Dominanz und Organisation

Innerhalb des AntiCastorNetzes gab es eine tiefgehende Auseinandersetzung mit eigenen Dominanzen und Finanzierungsformen. Auslöser für die Dominanzdiskussionen war die Konzentration von Verantwortung und Organisatorischem auf eine Person, die dies selbst nicht wollte. Da sich im Zuge des Prozesses zeigte, dass anderen auch wichtig war solche Hierarchien aufzulösen, konnte sich dieser Mensch ein Stück zurücknehmen. Zwar war ihre Dominanz nie völlig verschwunden, weil scheinbar die Selbstorganisationsfähigkeit vieler Beteiligten nicht groß genug und ihre Bereitschaft die Gruppe scheitern zu lassen fehlte, doch fand eine immerwährende Reflektion dieser Verhältnisse und eine punktuelle Problemlösung statt. Viele Teilbereiche im AntiCastorNetz wurden auch autonom organisiert, um mit diesem Problem umzugehen.

In der Frage der Organisations- und Finanzierungsform gab es mehrfach die Option an Fördertöpfe zu gelangen. Aus den Erfahrungen anderer Gruppen wurde jedoch abgelehnt Organisationsformen anzunehmen, die zu einer Verkrustung der Strukturen, zu stärkerer Durchschaubarkeit für Verfolgungsorgane

"Löwenzahn"

ein neues Projekthaus in Magdeburg

Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg-Buckau in Angriff nehmen. Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Solarkollektoren zur Wärmeerzeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

Vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon. Beispielsweise die offene Kleinkunsthöhne, ein alternatives Stadtteilkino, den Ökogarten oder das offene Büro.

Wenn du Lust hast, am Basteln dieser Projekthausidee mitzuwirken, melde dich bei uns oder komme zu unserem nächsten Treffen (siehe Terminkalender).

Kontakt über:

Infotelefon 01 62-860 89 49

mail@projekthaus-loewenzahn.org

und zu einer Ent-Kreativierung führen würden. Über diese Dinge wurde viel diskutiert und abgewogen. Doch die Erkenntnis, dass das Vorhandensein vieler Gelder für die Kreativität und Handlungsfähigkeit der Gruppe eher nachteilig wirken kann, überwog.

Die Idee war, keine eigenen Finanzen zu organisieren (abgesehen von Spendensammlungen bei Treffen und Veranstaltungen) und stattdessen Ausgaben über Kooperationen mit anderen Gruppen abzudecken. Dies funktionierte auch bis zuletzt. Es waren sogar nach dem faktischen Ende des AntiCastorNetzes irgendwann im Jahr 2003 noch über fünfhundert Euro aus Spenden übrig, die nach und nach für Anti-Atom-Aktivitäten ausgegeben und inzwischen vollständig aufgebraucht wurden.

Bei jedem Plenum gab es den obligatorischen Punkt "Finanzen", bei dem der Stand der Kasse bekanntgegeben und immer aufs neue beschlossen wurde, wieviel Geld bis zum nächsten Plenum wofür bereitgestellt werden würde. Eine Person war dann jeweils für die Verwaltung der Kasse zuständig. Es wurde jedoch gezielt versucht, Finanzentscheidungen für kurze Zeiträume zu treffen, um auch hier Strukturverkrustungen vorzubeugen.

Im Laufe der Zeit kamen jede Menge Materialien zusammen, die archiviert werden sollten, um die Arbeit des AntiCastorNetzes zu dokumentieren. Es fand sich dann auch ein Mensch, die die Verantwortung für das Archiv des AntiCastor-Netz übernehmen wollte. Sie entwickelte ein Archivsystem, das fortan genutzt werden sollte. Allerdings kam es aus verschiedenen, vor allem in organisatorischen Problemen begründeten Ursachen nie zum Einsatz.

Aktionen des AntiCastorNetzes

- Anti-Castor-Picknick in der Fußgängerzone
- Klima-Atomtod-Theateraktion
- Tschernobyl-Tag mit schwarzgeschminkten Personen, die Schilder mit kurzen Hinweiswörtern wie "Tod", "Krankheit", "Krebs" etc. trugen
- Beteiligung an Aktionen gegen das Dresdener Atomforum in "Strahlenschutzanzügen"
- Die-Ins, z.B. zum Hiroshima-Tag oder Tschernobyl-Tag
- Pro-Atom-Infostand mit inszenierten Gegenaktionen
- Bußgeld-Zettel-Aktion anlässlich eines Bußgeldverfahrens wegen Castorblockaden
- Aktion "Wir sprengen den Bahnhof"
- Beteiligung an den Versuchen alternativemanzipatorischer Straßenfeste
- Beteiligung an Friedensdemos
- Beteiligung an Aktionen gegen das Stuttgarter Atomforum
- Beteiligung am "Regionalen Aktionstag Ökostrom"
- unzählige Infostände und Flugblatt-Aktionen

• Besetzung von Schacht Konrad mit anderen Gruppen

Angeregt durch die Aktivitäten des AntiCastor-Netzes wurden vor allem in der Anfangszeit auch noch andere Gruppen, die als "daheimgebliebene" mit Spontan-Demos auf Castortransporte, Klimakonferenz etc. aufmerksam machten bzw. aus Protest gegen einen Castortransport militante Aktionsformen verübten.



Greenkids-Archiv

Es wurden Ausstellungen zu Atomthemen entworfen, Weiterbildungsveranstaltungen im eigenen Kreise organisiert und eine Vernetzung mit anderen Gruppen angestrebt. Bei vielen Delittreffen regionaler Anti-Atom-Strukturen war auch das AntiCastor-Netz vertreten.

Es geht abwärts

Von Februar 2001 bis etwa Mitte 2003 war das AntiCastorNetz aktiv. Dabei ist ganz klar die Hochphase in der ersten Hälfte des Jahres 2001 zu finden. Bis Mitte 2002 gab es mit den Aktivitäten zum Stuttgarter Atomforum und der Besetzung Schacht Konrads immer noch Aktionen. Das war auch der Zeitraum, zu dem diese Struktur noch als solche bezeichnet werden konnte. Insbesondere die Plena kennzeichneten die Handlungsfähigkeit des AntiCastorNetzes. Bis zum Ende dieser Aktionsphase waren beim zuletzt nur noch monatlichen Plenum mindestens ein Dutzend Menschen da, und eigentlich auch immer noch Leute aus anderen Gruppen vertreten.

Nach dieser eigentlichen Lebensperiode des AntiCastorNetzes wurden die Plena fortgesetzt, doch die Zahl der Beteiligten und ihre Motivation sank immer deutlicher. Wesentlichen Ausschlag gaben hierbei auch der für einige Monate völlige Rückzug der bereits als dominierend beschriebenen Person aus der Struktur. Hier zeigte sich leider, dass

die Gruppe sich zwar soweit entwickelt hatte, einzelne Aktionen eigenständig zu organisieren, die Koordination und Weiterführung jedoch scheiterte.

Doch gewiss spielen auch andere Rahmenbedingungen eine Rolle. Der 11. September 2001 und die daraus resultierenden Repressionen gegen politisch Andersdenkende konnte nicht folgenlos bleiben. Wie in anderen linken Strukturen auch wandten sich einige nun mehr Friedens- oder Antirepressionsthemen

zu. Obwohl das AntiCastorNetz sich nie als reine Anti-Atom-Gruppe verstand, war es hier offensichtlich nicht attraktiv genug für diese Themenbesetzung. Andere Leute resignierten - insbesondere nach der Räumung der "Ulrike", eines besetzten Hauses, in dem neben dem AntiCastorNetz auch renommierte Organisationen wie BUND und Greenkids Veranstaltungen abgehalten und es als kulturellen bzw. politischen Raum geschätzt hatten.

Durch die mit dieser Räumung zusammenhängende "Zerschlagung" der alternativen Vernetzungsstrukturen - nach außen als Ermittlungsverfahren wegen terroristischer Aktivitäten, die Menschen aus dem "Ulrike"-Zusammenhang zugeordnet wurden, getarnt - entfielen viele Kontakte zwischen in diesem Falle dem AntiCastorNetz und anderen nicht gruppengebundenen Menschen. Auch die allgemeine Solidarität unter den alternativen Gruppen hinsichtlich ihrer Arbeit sank spürbar, was sich an mangelnder gegenseitiger Information und Unterstützung zeigte.

Zuletzt war die Zahl der Beteiligten an den Plena des AntiCastorNetzes auf ein bis drei gering motivierte Menschen gesunken. Abgesehen von vereinzelten Infoveranstaltungen und der Beteiligung an Infoständen der jetzt wieder relevanteren anderen Umweltgruppen (Greenkids, NAJU, ...) gab es auch keine Aktionen mehr. Zwar war der Wille dazu vor-

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

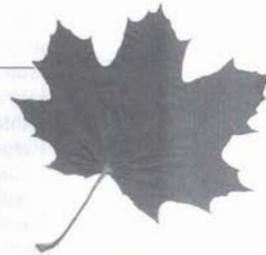
Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (10,-EUR/Jahr) 10 Exemplare (30,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name _____ Anschrift _____

grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg



Ich will Abo !!!

handen, aber die notwendige Motivation und Energie konnte offensichtlich nicht aufgebracht werden.

Doch war zumindest bei mir (und vielleicht auch den zwei anderen bis zuletzt Beteiligten) noch die Hoffnung vorhanden, es handle sich nur um eine Phase, die wieder vorbeigehen würde. Auch nach 2003, als es schon keine Plena mehr gab, wurde das AntiCastorNetz noch einige Male zaghaft reaktiviert - z.B. als es um die Mobilisierung zu Gorleben-Castortransporten oder die sich entwickelnden Morsleben-Aktivitäten ging. Aber eine Reinkarnation gab es nicht. Dazu fehlten wohl auch die motivierten und handlungsbereiten Menschen. Die alten AktivistInnen haben sich heute entweder aus der politischen Arbeit zurückgezogen oder sind in anderen Gruppen aufgegangen. Die Einsicht, dass das Ende des AntiCastorNetzes unveränderlich ist, wurde nun höchste Zeit.

Emanzipatorische Ausrichtung

Für den Titel dieses Rückblicks habe ich das Wörtchen "emanzipatorisch" gewählt - sehr bewusst, weil meiner Meinung nach diese Struktur, Gruppe oder Zusammenhang, wie auch immer mensch das Organisationsgefüge nun bezeichnen mag, viele emanzipatorische Elemente vereinigte und anstrebte. Mir scheinen hier viele Prozesse und Reflektionsabläufe vorhanden gewesen zu sein, die für einen emanzipatorischen Zusammenhang wichtig sind. In anderen Gruppen ist einiges davon wieder zu verwirklichen versucht worden, aber das Niveau des AntiCastorNetzes nicht erreicht worden. Es stellt sich natürlich die Frage, wieso das damals gelang und heute in anderen Gruppen nicht wirklich funktioniert.

Für eine emanzipatorische Entwicklung ist meines Erachtens entscheidend, dass die beteiligten Leute selbst den Wunsch danach haben und sich dafür stark einsetzen. Das war bis 2002 hinein der Fall beim AntiCastorNetz. Auch lassen sich viele Dinge, wie hierarchiefarme Gruppenprozesse besser in Gruppen mit einer entsprechenden Personenzahl ausprobieren und üben. Diesen Anspruch gibt es bei den früher hier aktiven Leuten vielfach zwar noch immer, aber ich glaube, dass Jahre ohne Übung dieser Umgangsformen auch solche Kompetenzen verfallen lassen. Jedenfalls würde ich mir heute nicht anmaßen zu behaupten, einen solchen eigenen Reflektionsgrad beim eigenen Auftreten in größeren Zusammenhängen zu haben, wie er mir 2001 und 2002 beim AntiCastorNetz als ganz selbstverständlich und für den Umgang miteinander als Grundvoraussetzung vorkam.

Wichtig war zum Anfang des AntiCastorNetzes auch, dass die meisten Leute hochmotiviert waren. Nicht nur in Hinsicht auf die eigenen Aktionsmöglichkeiten, sondern auch im Vertrauen auf die "linke Szene". Ausgrenzungsversuche, plattes und oberflächliches Auftreten und dominante, kaum reflektierende Verhaltensweisen in der Magdeburger linksradikalen Szene und in der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung haben enttäuschend und demotivierend gewirkt. Bei einigen AntiCastorNetz-Leuten hatten diese politischen Realitäten wesentlichen Einfluss auf ihren Rückzug und das heute vielleicht noch kritische, aber insgesamt inaktive Verhalten. Es ist gewiss auch schwer sich in einer kleinen Gruppe motiviert zu halten, wenn die Zusammenhänge, denen mensch sich irgendwie zugehörig fühlt, so ernüchternd schlecht sind.

Das ist gewiss keine für den linken Antifa-Mainstream mittragbare Meinung, sondern stark geprägt durch die Hierarchie- und Herrschaftskritischen Einflüsse, die die AktivistInnen des AntiCastorNetzes durch den Austausch mit der kleinen und politisch unbedeutenden Kreativ-Widerstandsszene genossen. Leider ist es schwer Motivation zum Handeln nur aus dem Bewusstsein



Anti-Castor-Picknick in Magdeburgs FußgängerInnen-Zone im Sommer 2001

anderer Handlungs-, Verhaltens- und Aktionsmöglichkeiten zu schöpfen.

Dass ein "AntiCastor"-Netz derzeit keine großen Chancen für einen Neubeginn hätte, liegt auch an der thematischen Ausrichtung der derzeitigen politischen Gruppen. Neben dem linken Mainstream-Thema "Antifa", das ich eher als selbstverständliches Element jeder emanzipatorischen Gruppe, aber nicht notwendigerweise als alleiniges Schwerpunktthema begreife, sind Frieden und Sozialabbau dominierende Sparten. Dagegen ist auch nichts zu sagen - Anti-Atom hat im Augenblick einfach auch wenig Priorität bei vielen politischen AktivistInnen.

Die emanzipatorischen Elemente, auf die ich vorher hindeutete, sind: Reflektion des eigenen Handelns und Wirkens, der Versuch die politische Auswirkung von Aktionen beispielsweise in herrschaftskritischer Hinsicht zu betrachten, der Anspruch nicht isoliert, sondern vernetzt mit anderen Gruppen und Themenfeldern zu agieren, Dominanzabbau und Kreativität. Nicht alle davon müssen notwendigerweise mit Emanzipation im Zusammenhang stehen, für die Vielfalt und das Wirken des AntiCastorNetzes waren sie jedoch wichtig.

Militanz und Utopie

Wichtig war auch die gegenseitige Toleranz, nicht nur persönlicher Art, sondern auch bezüglich politischer Positionen. Das AntiCastorNetz hat sich beispielsweise nie gegen Militanz oder "Gewalt" positioniert, weil die Frage nach Gewalt falsch gestellt ist. Wenn ich sage, dass ich gegen Gewalt bin (das kann ich im Allgemeinen so auch formulieren), bezieht sich das auch auf die staatlich verübte Gewalt mittels Polizei und Justiz, die strukturelle Gewalt durch Schule, Sozialgesetzgebung und andere Vorschriften und nicht zuletzt die psychische Gewalt, die mir und anderen durch Normierung, massenmediale Beeinflussung und Ausgrenzung durch intolerante BürgerInnen angetan wird. Wer mit der Gewaltfrage nur die Gewalt einer politischen Aktion meint, stärkt damit nur die Gewaltmaschinerie des Staates und der damit verbundenen gesellschaftlichen Mechanismen.

Interessanter als die Frage nach Gewalt ist die nach

der Ausübung von Herrschaft. Auch Gewalt ist eine Form von Herrschaftsausübung. Wenn ich sie jedoch anwende, um mich einer unterdrückenden Herrschaft zu erwehren, kann sie eine Form der Befreiung sein, die ich nicht als falsch verstehen kann. Jedes Verhalten kann schon Gewalt für einen anderen Menschen darstellen. Wichtig ist daher zu reflektieren wie es wirkt und wer welche Herrschaft dabei ausübt.

Mir scheint überhaupt, dass in allen mir wichtigen politischen Bereichen Herrschaftsausübung das eigentliche Problem bzw. die Wurzel des Übels ist. Erst die Möglichkeit Herrschaft in irgendeiner Form auf andere ausüben zu können, machen Patriarchat, Kapitalismus, Faschismus, globale Umwelterstörung und so vieles mehr attraktiv und möglich. Anders herum ist für mich beispielsweise Umweltschutz in herrschaftsförmiger Organisation widersprüchlich.

In einem Herrschaftssystem gibt es immer bestimmte mit dieser Macht verknüpfte Handlungsmotivationen. Diese sind mit Machterhalt verbunden und haben wenig mit Umweltschutz oder Emanzipation zu tun. Und selbst wenn Umweltschutz ein machterhaltendes Element würde, stellt sich die

Frage, wer sich anmaßen kann zu entscheiden, welche Politik die richtige zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist. Jeder Eingriff in die Natur (und diese gibt es notwendigerweise in der Zivilisation) hat Auswirkungen, auch "Umweltschutzmaßnahmen", denn viele Arten passen sich inzwischen an die neuen Umstände an und werden unter den Folgen von Veränderungen zu leiden haben.

Ich glaube, da liegt ein Dilemma, mit dem eine Gesellschaft umgehen muss. Da es kein Wahrheitsmonopol gibt, auf dessen Grundlage jemand über die Köpfe anderer hinweg entscheiden könnte was das richtige ist, halte ich es für sinnvoller eine Gesellschaft und Organisationsformen zu entwickeln, in der Herrschaft und ihre Ausübung reflektiert, erkannt und eingedämmt wird. Entscheidungen werden dadurch nicht richtiger, aber ich finde es sehr wesentlich, wenn Fremdbestimmung reduziert werden kann.

Solchen Utopien wird oft entgegengebracht, dass sie nur einen geringen Organisationsgrad, wenig Komfort und langsamere Entwicklung zulassen würden. Außerdem lägen Konkurrenz und Machtstreben in der Natur des Menschen. Abgesehen davon, dass es diese "Natur des Menschen" nicht gibt, sondern derartige allgemeine Tendenzen Ergebnis von Sozialisation und Konditionierung sind, hat es noch niemand probiert, wie Menschen sich in einer solchen Utopie verhalten werden. Es kann nur spekuliert und theoretisch argumentiert werden; die tatsächlichen Verhältnisse können sich erst in der Praxis zeigen. Doch scheint es mir dieser Versuch wert zu sein, da immer klarer wird, dass das geltende Gesellschaftssystem abgrundtief schlecht ist und diese Utopie - theoretisch - zumindest die Chance für ein faireres und besseres Leben birgt.

Schön fände ich es, wenn sich wieder Zusammenhänge ergeben würden, die emanzipatorische Politik versuchen und ernsthaft im Agieren und auch im Innenverhältnis praktizieren. Im Moment scheinen mir die Chancen dafür nicht gut, auch wenn ich immer wieder auf vereinzelte Menschen stoße, die ähnliches wollen...

Pestizide, Denaturierung und Lebensmittelzusätze

Wie gesund ist unsere "Zivilisationsnahrung" - Teil 1

mfg Denaturierung bedeutet im Grunde jede Änderung eines Objekts welche dieses Objekt aus seinem natürlichen Zustand enthebt. Auf unsere Nahrung angewandt, bedeutet Denaturierung zum Beispiel: Erhitzen, Mahlen, Zerschneiden, Zusetzen von Geschmacks- und Farbstoffen, Verwenden von Auszugsmitteln und jedweden weiteren Prozess der die "Natürlichkeit" eines Nahrungsmittels verändert bzw. schädigt. Laut dieser Definition würde es also auch eine Denaturierung bedeuten, wenn zum Beispiel ein Mensch einen Apfel pflückt. Deswegen unterscheiden wir in diesem Artikel Denaturierungsprozesse aufgrund der Stärke der Denaturierung. Einen Apfel zu pflücken stellt dabei wohl eher eine geringere Denaturierung dar als z.B. Nahrungsmittel übermäßig zu erhitzen und somit lebenswichtige Stoffe zu zerstören. In diesem Artikel soll es also eher um schwerwiegendere Denaturierungsprozesse von Lebensmitteln gehen, die vorrangig in industriellen Anlagen passieren.

So zum Beispiel die Herstellung von Fabrikmehl (Feinmehl, Auszugsmehl):

Fabrikmehl wird dadurch gewonnen, dass bereits gemahlene Vollkornmehl gesiebt wird um die Kleie (die Randschichten und die Keimanlage) abzusondern, der Rest (das nun reinweiße Fabrikmehl) stellt aber nur einen isolierten Teil des gesamten Kornes dar, das Problem dabei ist, dass in der Kleie Stoffe vorhanden sind die eine bessere Aufnahme im Körper ermöglichen (z.B. Vitamine und Mineralstoffe). Es ist also so, dass der Körper nun etwas zugeführt bekommt, was er nicht direkt als Nahrung verwerten kann, sondern erst über verschiedene, innerkörperliche Prozesse abbauen kann. Welche negativen Auswirkungen das hat, betrachten wir im Zusammenhang mit "Fabrikzucker", der ebenso wie Feinmehl zu den isolierten Kohlenhydraten zählt, und daher auch ähnliche Auswirkungen auf den menschlichen Organismus hat.

Die Herstellung von raffiniertem Zucker ("Fabrikzucker") stellt eine ebenso große Denaturierung dar: raffiniertes Zucker wird aus Zuckerrüben und Vollkorn in mehreren technischen und chemischen Schritten herausgelöst. Das Resultat ist ein kristalliner, weißer Stoff

der, seit seiner ersten industriellen Herstellung im Jahr 1802, eine fast globale Anwendung findet um Speisen zu süßen. Davor wurde Zucker als seltene "Kostbarkeit" nur zu besonderen Anlässen verarbeitet, inzwischen in der alltäglichen Anwendung fast nicht mehr wegzudenken: ca. 12 Stück Würfelzucker in 0,33l Coca-Cola, 30 Stück Würfelzucker in 300ml Ketchup, 6 Stück Würfelzucker in 200g Fruchtojoghurt ... usw. Doch warum soll das nun so schlecht sein? Inzwischen wurde nachgewiesen, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Zuckerkonsum und Diabetes, Adipositas (Fettleibigkeit), Zahnschäden, Arteriosklerose, Gallensteinbildung und Herzinfarkten besteht. Fabrikzucker als isoliertes Kohlenhydrat (ebenso wie auch Fabrikmehl (Feinmehl)) haben zudem vielschichtige Auswirkungen auf den Vitamin-, Hormon-, und Mineralstoffhaushalt des menschlichen Organismus. Eine gewohnheitsmäßige Aufnahme eines oder beider Stoffe führen zum Beispiel zu einer Verschiebung im Säure-Basen-Haushalt: Die isolierten Kohlenhydrate regen die Säurebildung an aber können diese nicht binden, da die dazu notwendigen (basischen) Mineralstoffe fehlen.

Diese Mineralstoffe baut der Körper über ein komplexes Regelsystem aus den Knochen und Zähnen auf (daher auch die Verbindung: Zucker ist schlecht für die Zähne, nicht nur weil er direkt wirkt, sondern auch von innen, aus dem Körper heraus, da kann dann auch die beste Zahnpflege nicht mehr viel richten). Es wird vor allem Kalzium, Kalium, Natrium und Magnesium abgebaut, Knochenkrankungen sind also ebenso vorprogrammiert.

Weiterhin wirken die isolierten Kohlenhydrate dahingehend schädlich, dass zu ihrem Abbau auch eine erhöhte Zufuhr von Vitaminen (vor allem B-Vitamine aus z.B. Vollkornprodukten) von Nöten ist. Dies erfolgt aber im Regelfall nicht, so muss der Körper sich wieder aus seinen eigenen Ressourcen bedienen. Dass dies schadhafte Folgen hat, lässt sich daran nachvollziehen, dass Vitamin B 1 (welches im besonderem Maße zum Abbau benötigt wird) vor allem für das Funktionieren von Gehirn- und Nervengewebe und des Herzmuskels benötigt

wird. Durch den entstandenen Vitamin- und Mineralstoffmangel kommt es zu Resorptionsstörungen, welche wiederum zu einem Vitamin- und Mineralstoffmangel führen. Es sind aber auch noch weitere Effekte auf den Körper nachweisbar: Schädigungen der Darmflora (es lassen sich Krankheitserreger sowie Pilze nieder, die im Zucker eine, für sich, sehr gute Nahrung finden und sich dann auch dementsprechend vermehren), Herabsetzung der Sauerstoffverwertung (häufiges Resultat: Müdigkeit und Kopfschmerzen), Insulinogene Wirkung (Isolierte Kohlenhydrate stimulieren einen erhöhten Insulinausstoß der Bauchspeicheldrüse (der Körper versucht den Blutzuckerspiegel wieder auf Normalniveau zu bringen), durch die erhöhte Resorptionsgeschwindigkeit der isolierten Kohlenhydrate sinkt der Blutzuckerspiegel jedoch unter das Normalniveau, Folge sind Konzentrationsmangel, Übelkeit und die Gefahr an Diabetes zu erkranken), Erhöhte Infektionsgefahr, Begünstigung der Tumor- und Metastasenbildung und eine generelle Schwächung des Immunsystems.

Was wäre also die Alternative? Ganz klar lässt sich sagen, dass die Alternative zu Feinmehlprodukten logischerweise Vollkornprodukte darstellen (Vollkornbrot, Vollkornnudeln etc.) da diese mit dem vollen Korn hergestellt wurden. Das erleichtert dem Körper die Aufnahme der Nahrung dadurch, dass die Stoffe die zur Resorption benötigt werden schon "mitgeliefert" werden. Allerdings gibt es auch bei Vollkornbrot wieder Vorbehalte vor industriell gefertigten Produkten, da diese vor allem mit "Kunstsauer" gebacken werden, welches eine schnellere Produktion erlaubt, da dieser schon nach 2 Stunden "fertig" ist, im Gegensatz zum "Naturesauer" der 5-6 Tage braucht. Der "Kunstsauer" besteht aus einem Cocktail verschiedenster (auch chemischer) Stoffe, welche wiederum schadhafte sind. Zum anderen ist es per Gesetz erlaubt, dass Vollkornbrote lediglich 30 Prozent Vollkornmehl enthalten müssen, der Rest ist dann wieder das schadhafte "Feinmehl". Eine Unterscheidung von diesen Mogelpackungen zu richtigen Vollkornbroten ist auch von daher schwierig, da der Teig meist mit Lebensmittelfarben oder Malz vorbehandelt wurde um

Aus deutschen Landen



nach "Vollkorn" auszusehen. Am sichersten ist es wohl auf Produkte aus dem örtlichen Bioladen zurückzugreifen. Eine Alternative zum Zucker zu finden ist da schon schwieriger: Dicksäfte und Honig enthalten dennoch einen großen Anteil kristallinen Zuckers, der ebenso schädlich ist wie der pure Fabrikzucker. Süßungsmittel, wie z.B. Aspartam und Cyclamat, sind rein chemische Stoffe und haben eine Reihe von schädlichen Wirkungen, wie z.B. die Verlangsamung von Hirnströmen und ein erhöhtes Krebsrisiko, und sind damit wohl auch nicht zu empfehlen. Zuckeraustauschstoffe wie Sorbit, Xylit und Mannit sind Zuckeralkohole die aus bestimmten Hölzern gewonnen werden. Diese Stoffe bewirken, dass sie von den Bakterien des Dickdarms zur Gärung gebracht werden. Blähungen, Bauchschmerzen und Durchfall sind die Folge (daher steht auf Kaugummis, die solche Stoffe enthalten, dass ein "übermäßiger" Verzehr abführend wirkt, wobei nicht definiert werden kann was "übermäßig" ist, das differiert wahrscheinlich von Person zu Person). Die einzige wirklich unbedenkliche Alternative Zucker aufzunehmen (den der Körper schon braucht, aber in der richtigen Form), ist die Aufnahme von Kohlenhydraten in Form von Obst, Getreide, Nüssen und Kartoffeln welche durch gleich "mitgelieferte" Faserstoffe, Enzyme, Vitamine und Mineralien den Abbau, im Körper, zum Endprodukt Glukose, sehr positiv beeinflussen.

Wie sieht es eigentlich mit konservierten Nahrungsmitteln und Fertignahrung aus? Konservierte Nahrungsmitteln bzw. Fertignahrung entstehen unter mehreren Schritten, die eine starke Denaturierung des jeweiligen Lebensmittels bedeutet. Die Zutaten werden meist mehrfach gewaschen, wodurch die mei-

Das Offene. Der Mensch und das Tier

fb Beim Lesen des ersten Viertels dieses Taschenbuches bekam ich das Gefühl, in der Rezension vollstes Unverständnis für diese Abhandlung über die Einordnung des Menschlichen und Tierischen darstellen zu müssen. Denn der Rückgriff auf Religion und Mythologie erscheint mir schwer nachvollziehbar. Und ein Buch, bei dessen Lektüre sich mir der Eindruck einstellt, ohne Studium von Religionsgeschichte und Mythologien keine eigene Meinung zu dessen Aussagen bilden zu können, widerstrebt mir.

Doch auf den folgenden Seiten wird es besser. Hier geht der Autor auf philosophische Ansätze ein, die mir zumindest ansatzweise nachvollziehbar erscheinen. Trotzdem ist die ganze Abhandlung sehr abstrakt und anstrengend. Sie gibt aber auf jeden Fall Denkanstöße zur Wahrnehmung von "Humanität" und "Animalität" - doch die erhoffte klare Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von "Mensch" und "Tier" bleibt aus.

Dieses Buch ist nicht leicht zu verstehen und wahrscheinlich eher für philosophisch versierte Menschen interessant, als eine klare Antwort zu geben.

Giorgio Agamben: "Das Offene. Der Mensch und das Tier", Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main, 2003. ISBN: 3-518-12441-2

100 Seiten, Taschenbuchformat, 7,00 EUR

sten wasserlöslichen Vitamine und Mineralstoffe herausgelöst werden, anschließend wird die Nahrung zerkleinert. Um lange Haltbarkeit zu erzielen, werden die Behälter großer Hitze ausgesetzt, es wird eingekocht. Durch die starke Hitze einwirkung werden u.a. weitere bioaktive Pflanzenstoffe zerstört. Das Produkt hat praktisch kaum noch etwas von den Vitaminen, Mineralstoffen, bioaktiven Pflanzenstoffen über. Einigen Produkten werden künstliche Vitamine zugesetzt, die jedoch vom Körper nicht verwertet werden können, da die bioaktiven Pflanzenstoffe fehlen die deren Aufnahme begünstigen. Ähnlich ist es auch bei verschiedenen Vitaminpräparaten. Denen fehlen zumeist auch die bioaktiven Pflanzenstoffe und sie sind damit annähernd wertlos. Der größte Teil des aufgenommenen Vitamins wird wieder ausgeschieden, da er nicht verwertet werden kann. Ähnlich verhält es sich bei Obst- und Gemüsesäften, Vitamine sind künstlich zugesetzt, da durch die Verarbeitung der Früchte / Gemüse diverse wertvolle Vitamine und die zur Aufnahme notwendigen bioaktiven Pflanzenstoffe fast gänzlich zerstört werden. Der Saft enthält lediglich die wasserlöslichen Vitamine, jedoch ohne die Auxeone (bioaktive Pflanzenstoffe), die verbleiben nämlich in den Rückständen. Das Trinken von Obst- oder Gemüsesäften führt zu einer beschleunigten Resorptionsgeschwindigkeit gegenüber der gleichen Menge Obst oder Gemüse, die durch Essen aufgenommen wird; dies kann krank machende Reaktionen auslösen. Wenn eine

Menge Obst/Gemüse gegessen wird, dann braucht der menschliche Körper eine gewisse Zeit, um zu kauen, einzuspeicheln, zu zerkleinern, zu schlucken... usw. Die Verdauungsorgane haben reichlich Zeit, sich durch Bildung von Magensäften auf die Nahrungszufuhr vorzubereiten. Bissen für Bissen gelangt in unseren Magen und wird dort weiterverarbeitet. Der Dünndarm kann dem Speisebrei ganz allmählich alle Nährstoffe und bioaktive Pflanzenstoffe entziehen. Sie werden Schritt für Schritt von der Darmwand absorbiert und ins Blut abgegeben.

Der Saft von der gleichen Menge Obst/Gemüse wird in relativ kurzer Zeit aufgenommen, dadurch wird der Körper mit Nährstoffen überschüttet und seine Verdauungsorgane kommen nicht hinterher.

Der Körper versucht zwar die durch das plötzliche Überangebot von Zuckerstoffen steil ansteigende Blutzuckerkurve dadurch auszugleichen, dass die Bauchspeicheldrüse jede Menge Insulin ausschüttet. Die Bauchspeicheldrüse ist solchen Belastungen aber auf Dauer nicht gewachsen. Es kann wie beim regelmäßigen Konsum von Industriezucker, der gewohnheitsmäßige Konsum von Obstsaften zu Diabetes führen. Wenn Säfte mit Wasser oder Mineralwasser versetzt werden kann die Konzentration des aufgenommenen Zuckers pro Zeiteinheit verringert werden und die Reaktionen des Körpers sind daher auch um einiges schwächer. ■

Justiz: Willige Vollstrecker der Herrschenden Drei Beispiele im Vergleich

1. Kirchhain, 4.11.2004

Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen einen der Obrigkeit ungeliebten Menschen. Das Gericht läßt die Anklage willig zu, verhandelt und verurteilt trotz offensichtlich schwacher Aussagen der Polizeizeugen, einem im Gerichtsverfahren Zuschauer prügeln den Staatsschützer (Zeuge) und Richter. Was ist geschehen, dass sowohl die Erfindung eines Anklagegrundes, die Bejahung des öffentlichen Interesses als auch die Verneinung von Geringfügigkeit bei allen gegeben sind? Ganz einfach: Jemand hat sich bei Innenminister Volker Bouffier über Polizeibeamte und ihre Untätigkeit beklagt. Eigentlich ein rechtsstaatlich ganz normaler Vorgang. Möchte man meinen - aber wenn die Obrigkeit ein Interesse an der Strafverfolgung hat, erhebt sie die absurdesten Anklagen. Falsche Verdächtigung (§ 164 Strafgesetzbuch) wird benutzt, um Kritik mündtöt zu machen.

Infoseite zum Verfahren:
<http://www.geocities.com/alhand/polnaz.html>

2. Gießen, 3.11.2004

Der hessische Generalstaatsanwalt lehnt die Aufnahme von Ermittlungen gegen Angehörige der Obrigkeit ab. Diesmal ist das Spiel umgekehrt - allerdings liegen die Fakten völlig eindeutig auf dem Tisch. Der Gießener Bürgermeister hat sich eine anonyme Bombendrohung ausgedacht, um kritische Gruppen kriminalisieren zu können und einen harten Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Das Gießener Polizeipräsidium hat an die Presse schriftlich die Information gegeben, dass eine unerwünschte Gruppe für 138 Straftaten verantwortlich ist. Beweisen kann sie das nicht. Offensichtliche Fälle von falschen Verdächtigungen, also ebenfalls § 164 Strafgesetzbuch. In beiden Fällen ergeht Anzeige, minutiös belegt.

Der Gießener Staatsanwalt Vaupel ermittelt gar nicht erst, d.h. er lehnt ein Ermittlungsverfahren ab. Trotzdem weiß er, dass an den Anschuldigungen nichts dran ist. Daraufhin ergeht Beschwerde an den Generalstaatsanwalt in Frankfurt. Und der weiß auch gleich, dass an allem nichts dran ist. Alle Strafanzeigen werden nicht angenommen.

Infoseite mit Scans der staatsanwaltlichen Schreiben unter
www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/anzeigen.html

3. Gießen, 2.11.2004

Das Verwaltungsgericht - Gießen bezeichnet eine Klage gegen einen Platzverweis und eine Ingewahrsamnahme zur Unterbindung von Flugblattverteilung (!) am 10.7.2004 in Lich als aussichtslos. Begründung ist, dass Polizeibeamte einen belastenden Aktenvermerk gemacht hätten. Was die Polizei sagt, stimmt. Ein Gerichtsverfahren gibt es dann gar nicht mehr.

Auch dieser Vorgang ist dokumentiert unter
www.projektwerkstatt.de/polizeidoku/anzeigen.html, zudem weitere Vorgänge im gleichen Zusammenhang.

Eine Interpretation der Vorgänge ist eindeutig: Strafverfahren werden nicht nach den tatsächlichen Vorgängen eingeleitet oder abgelehnt, sondern nach den Interessen der Obrigkeit. RichterInnen, StaatsanwältInnen, Polizei und andere sind willige VollstreckerInnen - in bester deutscher Tradition. Die drei genannten Fälle bezeugen das bereits eindeutig. Sie sind drei Fälle in drei Tagen.

Eine viel umfangreichere Dokumentation über die Strategien der Justiz in hiesigen Raum findet sich unter www.polizeidoku-giessen.de.vu.

Presseinformation aus der Projektwerkstatt

Zeitgeist mit Gräten

Die Autoren des Schwertfisch, einer Gruppe hervorgegangen 1995 aus dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (kurz BUKO), geben sich reichlich Mühe Wirtschaftskriminalität, Frauenpolitik, linke Umweltpolitik und Machtgefüge, auf nationaler und internationaler Ebene, zu erklären und dem/der LeserIn deren Hintergründe und Zusammenhänge nahe zu bringen. Es ist ein Buch mit viel Potential und reich an Denkanstößen.



Die AutorInnen erzählen aus erster Hand. Was sie berichten hat Hand und Fuß, man merkt, sie wissen wovon sie schreiben und das ist schon mehr als man von vielen anderen Sachbüchern sagen kann.

Dabei scheuen die AutorInnen nicht vor Selbstkritik zurück; oft wird auf die Differenzen in den Anschauungen verwiesen. Mehrmals werden zwei sich widerstrebende Standpunkte nacheinander angeführt, ihnen voran steht ein kurzer Text, der nochmals auf die Unterschiede verweist. So kann sich der/die LeserIn ausführlicher mit dem Thema der jeweiligen Kontroverse beschäftigen und eine Meinung entwickeln, die mehr oder minder solide durchdacht ist und auf Überzeugung beruht. Soweit so gut.

Zu Beginn des ersten Schriftstücks fällt eine Kleinigkeit störend auf: die nervende Frage, warum schreiben wir dieses Buch?

Diese elende Frage wird in beinahe jeder Biographie und bei ungezählten Interviews von Schriftstellern wiedergekaut. Und die Antworten sind immer dieselben. Der Mensch hat das Bedürfnis sich mitzuteilen, eine Geschichte zu erzählen, ein geistiges Vermächtnis zu schaffen, den Dreck von den Erinnerungen zu waschen, oder weiß schlicht nicht, was er sonst treiben soll.

Die gut recherchierten Verweise auf die Historie der Demokratie, von Machtverhältnissen und des Schwertfisch selbst geben den Berichten eine gute Basis, überraschende Folgerungen lassen aufhorchen. Bei allem Anspruch ist das Buch aber doch zu eindimensional geraten um wirklich mitreißend zu sein. Die inhaltliche Kritik, die die AutorInnen an

den Tag legen und somit auch den Schwertfisch selbst mit Kritik eindecken, kann ewig fortgesetzt werden, untergräbt aber, dass der/die LeserIn einen positiven Bezug zum Schwertfisch entwickeln kann und ist letzten Endes kontraproduktiv. Die Sprache ist sperrig und schwer zugänglich. Das Bemühen um Substanz gelingt dadurch nur bedingt.

Das Buch ist veraltet, besitzt begrenzte Gültigkeit, etwa, wenn es den "neuen" US-Vizepräsidenten Al Gore erwähnt. Die Wahrnehmung von nationalistischen Gruppierungen in Nazi Tradition allerorten, gemahnt an Hysterie. Sollen denn überall Nazis lauern? Die ernsthafte Auseinandersetzung mit Deutschlands NS-Zeit ist löblich, das an die Wand malen von Feindbildern aber bedenklich. Wollen die AutorInnen mit den immer wiederkehrenden Verweisen auf den Nationalsozialismus etwa einem unterbewussten Schuldgefühl Genüge tun? Wenn nicht, was anzunehmen ist, wozu dann die Vergleiche mit den Nationalsozialisten?

Sehr gut ausgeführt sind Bereiche die sich um die Erforschung der Dominanzkultur, Ethnisierung und ja, um Nationalismus drehen. Rassismus wird zum Teil mit kapitalistischer Ökonomie in Verbindung gesetzt. Dadurch werden unerwartete Einsichten bei dem/der LeserIn geweckt, die einem Umdenken den Weg bereiten können und wertvolle Denkanstöße geben.

An einer Stelle wird behauptet, die Fürsorge von Frauen begrenze sich auf die Angehörigen ihrer eigenen Familien. Eine Studie, welche dieses Jahr im italienischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, widerlegt dies. Kindern, die weinend "ausgesetzt" worden waren, boten mehrere Frauen ihre Hilfe an. Kinder und Frauen gehörten nicht derselben Familie an. Ob besagte Studie verlässlich Auskunft gibt über weibliche Fürsorglichkeit sei dahingestellt. "Denn dasein für andere heißt nicht dasein für alle." (Rommelspacher) Nun gut, wenn man das so sehen will.

Unklar bleibt, was die mehrfach angedeutete Beziehungsarbeit sein soll, die Frauen angeblich zu tragen haben. Ebenso verwirrend ist der Beitrag "Auf der Suche nach einem neuen Politikverständnis" von Bernhard Fedler. Der Verfasser erklärt Frauen für beziehungsfähiger als Männer. Sie sollen auch aufgrund ihrer Mütterlichkeit (?) eine größere Nähe zur Natur haben. Also soll den Frauen eine besondere Rolle bei der Befreiung aus der kapitalistischen Ökonomie zukommen. Allerdings wird gleich anschließend beigelegt, dass diese Auffassung von anderen aus der Gruppe als biologistisch kritisiert worden war, woran ersichtlich wird, wie wertvoll die Kritik einer Gruppe an der eigenen Arbeit sein kann.

Im Beitrag "Von Fröschen und Schlangen" von Bernd Hüttner, unter dem Zwischentitel "Die Abwicklung des Nordens" wird Männern Wissenschaftsgläubigkeit vorgeworfen. AutorInnen sind gegen Vorurteile nicht gefeit. Aber allgemein lässt sich sagen, dass unterschiedliche, oft gegensätzliche Facetten des Ökofeminismus und der feministisch-modernen Position recht gut behandelt werden. Die Erkenntnis, der Mensch sei kein reines Naturwesen, weist den AutorInnen dann doch einige Einsicht nach.

Im Beitrag von Heinz Jürgen Stolz "Linkes Naturverständnis und kulturelle Alternativen" unter dem Zwischentitel "Ansatzpunkte zur Kritik" steht geschrieben, man könne Angst vor etwas (hier der Natur) nur dann empfinden, wenn man dieses etwas

als ein außerhalb seiner selbst existierendes Wesen objektiviert hätte. Das ist schlichtweg Unfug. Auch stimmt nicht, was im selben Beitrag unter dem Zwischentitel "Kernpunkte des linken Naturverständnisses" steht. Nur der Mensch vermöge seinen Werkzeuggebrauch und seine Kooperation mit ArtgenossenInnen gedanklich vorzuzuplanen und sprachlich zu repräsentieren. Dies kann nicht als bewiesen vorausgesetzt werden, da tierische Interaktion nicht mal annähernd erforscht ist.

Doch nur allzu wahr ist, worauf im Buch an mehreren Stellen eingegangen wird. Frauen müssen sich bis zur Selbstverleugnung ans Patriarchat angleichen, um Erfolge, von ganz banalen bis zur Karriere, zu erzielen. Soll nicht heißen, dass es nicht auch Spaß macht, Männern zugeschriebene Verhaltensweisen zu imitieren, weil Frau sein so übel konnotiert ist.

Mit der linken (Un)-Kultur wird eiskalt abgerechnet. Aber schon der Titel verrät das Verhängnis des Buches, die Gräten bleiben einem im Halse stecken. Ob man sich das antun will, muss jede/r selbst entscheiden.

Titel: Zeitgeist mit Gräten
Autor/in: Autorengruppe: Schwertfisch
Verlag: Yeti Press
Erstauflage: 1997
229 Seiten
ISBN: 3-9805640-1-0

Robert Sulzberger: Balkon- und Kübelpflanzen

wutz Der Ratgeber "Balkon- und Kübelpflanzen" von Robert Sulzberger ist ein überzeugendes Grundlagenwerk für alle HobbybalkonierInnen und GartenbesitzerInnen, die ein bisschen mehr aus ihrer Parzelle machen wollen.

Durch eine übersichtliche Gliederung, die farbigen Zeichnungen und Fotos eignet sich dieses Sachbuch auch als Nachschlagewerk, auf welches man bei Fragen und um Inspirationen zu finden oft zurückgreifen kann. Als besonderes Schmankerl ist der kurze Exkurs in die kleine Farblehre zu erwähnen. Allerdings wären auch einige gestalterische Tipps und Tricks für Gefäße und Kletterhilfen selbst, wie zum Beispiel das Erzeugen von Pattinen auf Keramik, eine schöne Ergänzung. In diesen Punkt wirkt das Buch leider etwas puritanisch. Hierzu ist also ergänzende Literatur empfehlenswert.

Zusammenfassend ist der Ratgeber "Balkon- und Kübelpflanzen" eine Empfehlung wert, für all jene, die gern hobbymäßig gärtnern, egal ob im Garten oder auf dem Fensterbrett. Erschienen ist "Balkon- und Kübelpflanzen" von Robert Sulzberger (ISBN 3-426-64122-4) beim Knauer-Verlag für 12,90 €.



Widerstand & Vision: Geschichte der Umweltbewegung

UMWELTSCHUTZ AKTUELL
ES GENÜGT SCHON,
GROSSES AUCH NUR
GEWOLLT ZU HABEN.
PROPRÄTJALE

(eine Fortsetzungs-Geschichte)

In der letzten Ausgabe ging es um die auf Dialog ausgerichtete Politik der Umweltverbände und Kritik daran. Wir setzen hier nun in der "Vierten Phase (Mitte/Ende der 90er Jahre)" ein.

Modernisierung und Ökoneoliberalismus

Die Kooperationsphase war nur der Übergang zu einer weitergehenden Veränderung - Umweltverbände übernahmen neoliberale Forderungen, riefen selbst nach mehr Markt und mehr Staat. Zwischen den so veränderten FunktionärInnen, den Regierungen und der Industrie brauchte es fortan gar keine konsensualen Prozesse mehr, sondern es entstanden fast immer sofort Bündnisse aus Umwelt-NGOs (wie sie sich modernisiert nannten), Firmen und Regierungsstellen. Heute kommt kaum eine Broschüre heraus, findet ein Kongress statt oder wird ein Positionspapier der Öffentlichkeit vorgestellt, an dem nicht AkteurInnen aus allen drei Bereichen mitgewirkt haben. Diese Phalanx im Detail wurde auch zum neuen Vorschlag für moderne Demokratien: "Governance" statt Regierungen hieß das Zauberwort und sollte einen ständigen Verhandlungsprozess zwischen Wirtschaft, Parteien/Staat und den NGOs schaffen. Die Menschen spielen keine Rolle mehr.

Im Original: Mike Moorer, WTO-Chef, im Interview mit der FR, Magazin 9.2.2002, S. 5:

Wir brauchen eine Abteilung, die die Zivilgesellschaft stärker einbezieht, die sich um die NGOs, die regierungsunabhängigen Organisationen kümmert. Die haben da draußen eine ganze Reihe brillanter junger Leute mit Dokortiteln, die helfen können.

Was ist "Global Governance"? aus: erlassjahr.de - Kampagnen-Kurier Oktober 2001, S. 9:

Da, wo Rot und Grün sich auf eine ernsthafte Debatte über die Nord-Süd-Dimension der Globalisierung einlassen, treffen sie sich zumeist mit kritischen Bewegungen bei der Forderung nach Globalen Regelungsmechanismen (neudeutsch: "Global Governance") für eine weltweite und grundsätzlich kapitalistisch verfaßte Wirtschaft. Diese grundsätzliche Forderung nach Regulierung statt Liberalisierung haben soziale Bewegungen in den letzten Jahren erfolgreich auf sehr konkrete einzelne Forderungen zugespitzt, an denen sich nun die Ernsthaftigkeit einer proklamierten Reformbereitschaft auf Seiten der Regierungsparteien überprüfen läßt. Die Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer ("Tobin Tax") gehört ebenso dazu, wie die nach einer Reform der schuldenproduzierenden staatlichen Exportbürgschaften (Hermes-Reform).

Erhard O. Müller, Bündnis-90-Mitgründer und NGO-Funktionär, in einem Beitrag zur Zukunft der Grünen, FR 23.10.2001, S. 18:

In den kommunalen Bündnissen zur "Lokalen Agenda 21" zum Beispiel finden sich etliche jener zivilgesellschaftlichen Strukturen wieder, die nach der Wende auf lokaler und regionaler Basis entstanden sind. Hier entsteht und verdichtet sich exakt jenes politische Milieu, aus dem die künftige Wählerschaft eines offenen, bürgernahen Parteiprojekts erwachsen kann und wird.

Der Agenda 21-Prozess und ähnliche zivilgesellschaftliche Ansätze böten den verbliebenen bündnisgrünen Aktivisten im Osten die Chance, sich aus dem isolierenden Parteikokon zu befreien und sich mit dem vorhandenen Erfahrungspotenzial (etwa dem der Runden Tische) als Initiatoren und Konstrukteure solcher neuen Bündnisse zu betätigen. ...

Nicht zuletzt geht es darum, einem solchen zivilgesellschaftlichen Aufbruch eine publizistische Stimme zu geben: ...

... ist es möglich und nötig, die auf politische Teilhabe drängenden Teile der Zivilgesellschaft politisch zu bündeln und ihnen ein größeres Gewicht in den defizitären Entscheidungsstrukturen unserer Gesellschaft zu verschaffen. ...

Dieter S. Lutz, Ist die Demokratie am Ende?, in: Willy-Brandt-Kreis (Hrsg.), 2001, "Zur Lage der Nation", Rowohlt-Verlag, zitiert nach FR, 14.1.2001, S. 6:

Warum eigentlich gibt es kein "Expertenparlament", das heißt einen "Zukunftsrat" zusätzlich zu dem Generalistenparlament, das wir haben und das wir vermutlich auch weiterhin benötigen? Einen "Zukunftsrat" ausschließlich für existenzielle Fragen... Warum also sollte die Zuständigkeit für "existenzielle" Fragen der Menschen und der Menschheit (Krieg und Frieden, Entwicklung, Armut, Umwelt, Klima, Menschenwürde) nicht einer neuen dritten "Kammer", einem Zukunftsrat übertragen werden können?

... Bei dem geforderten Zukunftsrat handelt es sich also immer auch um eine Versammlung der wissenschaftlichen Elite des Landes. Öffnet der Zukunftsrat damit - gewollt oder ungewollt - Tür und Tor hin zu einer Elitendemokratie ohne Bezug zum Souverän, dem Volk? Diese Frage wäre als Vorwurf berechtigt, wenn es sich bei den Experten und Expertinnen des Zukunftsrates ausschließlich um Vertreter und Vertreterinnen der hauptberuflichen Wissenschafts- und Forschungsgemeinde handeln würde. Das Gegenteil ist der Fall: Strategische Kompetenz kann auch über ehrenamtliches Engagement gewonnen und themenspezifisches Fachwissen über die Mitarbeit in Sozialen Bewegungen und vor allem in NGO erworben werden. Nicht zufällig sind mittlerweile selbst bei hochrangigen wissenschaftlichen Konferenzen Vertreter und Vertreterinnen der "Praxis" gesuchte Referenten und Diskussteilnehmer. Darüber hinaus kann die Rückbindung an die Zivilgesellschaft, insbesondere an die Kommunikationsstrukturen der Bewegungen und NGO, dadurch gefördert werden, dass nicht ein zentraler Bundes-Zukunftsrat, sondern 16 Länder-Zukunftsräte gebildet werden. ...

Die Wahlen zur Dritten Kammer könnten an die Wahlen zu den Länderparlamenten gebunden werden. Die Kandidatenaufstellung würde allerdings nicht durch die Parteien, sondern durch (durchaus miteinander konkurrierende) Institute, NGOs und Bewegungen erfolgen.

Inhaltlich richteten sich die Verbände immer mehr auf marktförmige Vorschläge aus. Ein bemerkenswertes Beispiel ist der Klimaschutz. Hier werden Luftverschmutzungsrechte handelbar, also auch aufkaufbar, d.h. akkumulierbar. Wer das Geld hat, kann weiter Luft verschmutzen, sich industrialisieren - angesichts der finanziellen Abhängigkeiten durch die Schuldenkrise eine fürchterliche Vorstellung, wenn ärmere Länder ihre Möglichkeiten der Entwicklung an die bereits industrialisierten Zonen abgeben. Und wenn die reichen Länder immer mehr Industriezonen als Freihandelszonen in die angrenzenden Länder verlagern. Das alles ist moderner praktizierter Umweltschutz, ökoneoliberal und herrschaftsausdehnend.

Im Original: Auszug aus dem Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, 2002, S. 24/25

Zugleich soll das Gesetz ermöglichen, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden kön-

nen. Dazu sollen unter anderem

- biometrische Merkmale in Pässe und Personalausweise aufgenommen,
- den Sicherheitsbehörden mehr sicherheitsrelevante Daten zur Verfügung gestellt,
- Identitätssichernde Maßnahmen im Visumsverfahren verbessert,
- die Kontrollen von Personen mit sicherheitsrelevanten Tätigkeiten verstärkt,
- Grenzkontrollmöglichkeiten verbessert und
- die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland schneller unterbunden werden.

... Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.

Ende der 90er Jahre kam zudem das Geschäft mit der Ökologie in Schwung. Geldanlagen in immer größere Ökoprodukte wurden lukrativ, Milliarden flossen in Windkraftanlagen, Ökokaufhäuser. Viele verspekulierten sich, gingen bankrott, andere entwickelten immer profitablere Anlageformen - oft auch über die Belange des Naturschutzes hinweg sowie ohne Mitbestimmung der jeweiligen Bevölkerung. Atomkraftwerke erhielten das Öko-Audit - und Umweltverbände lobten das Öko-Audit als Instrument. Konfliktlinien verschwanden bis zur Unkenntlichkeit.

Ideologische Grundlage für die Entwicklung war die Nachhaltigkeitsdebatte. Im wirtschaftlichen Sinne bedeutet dieses Wort nichts anderes als den augenblicklichen Zustand zu sichern. Mit seinem Rohstoffverbrauch und der zunehmenden Aufspaltung in Arm und Reich gefährdet der Kapitalismus als Herrschaftssystem die Grundlage des eigenen Profits. Irgendwann gäbe es nichts mehr zum Ausbeuten und die Menschen würden dann, wenn sie massenweise in eine aussichtslose Lage geraten, nicht mehr stillhalten. Also müssen Veränderungen erfolgen, die Rohstoffe effizienter und Menschen unauffälliger ausnutzen. Dann halten sie länger (still), das bestehende Herrschafts- und Wirtschaftssystem wäre gefestigt.

Besonders günstig ist, frühere KritikerInnen für die Idee einer technischen Lösung, die sog. "Effizienzrevolution" zu begeistern, sowie die vermögenden UmweltfreundInnen für die profitable Variante des Umweltschutzes, die ethischen Geldanlagen. So werden sie zu BündnisgenossInnen statt zu GenossInnen, arbeiten an der Modernisierung mit oder sind mehr denn je bereit, Zeit und Geld den Konzernen zu geben, die vom "Bock zum Gärtner" werden, zu neuen Hoffnungsträgern in Sachen Zukunftsfähigkeit - und nicht merken, daß es um die Zukunftsfähigkeit der geltenden Weltordnung geht. ■

aus: Jörg Bergstedt: Widerstand und Vision. Reich oder rechts? Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie, IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt am Main/London, 2002

Morsleben - ein kleiner Ort macht Geschichte

Aktuelle Infos aus der Kampagne

fb Inzwischen ist die Morsleben-Kampagne der Greenkids schon mehr als zwei Jahre alt. Die Idee dazu entstand nach der Erarbeitung eines Beitrages zu Stasi-Aktivitäten gegen die Anti-Atom-Bewegung der DDR, den ich für die Dokumentationsbroschüre unserer Tschernobyl-Tagung 2002 erarbeitete. Ich hatte dazu erstmals Akten des früheren Mfs - Ministerium für Staatssicherheit der DDR - in den Händen und stellte fest, dass mich diese Arbeit mit historischen Dokumenten sehr interessiert. Zu erkennen, welche Schätze an Wissen und Erfahrungen in irgendwelchen Archiven lagern und wichtig für die Weiterentwicklung sozialen und politischen Engagements wären, war für mich beeindruckend.

Als es dann zu Gesprächen mit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über ein weiteres Forschungsprojekt in den DDR-Archiven kam, schlug ich das Endlager Morsleben als neues Schwerpunktthema vor. Meine wichtigste Motivation waren die eigenen Aktivitäten in den 1990er Jahren gegen das Endlager und der Wunsch, diese jetzt durch wissenschaftliches Hintergrundmaterial zu untermauern. Außerdem war das ERAM jahrelang von Umweltorganisationen vernachlässigt worden - die seit 1990 kritisierten untragbare Sicherheitsprobleme bestehen noch immer, aber nur weil kein Müll mehr eingelagert wurde, hatte sich der Widerstand gegen das Endlager scheinbar in Luft aufgelöst.

So begannen schon 2003 die ersten Recherchen in verschiedenen Archiven. Das war zunächst vor allem das Landeshauptarchiv, wo vor allem Parteiunterlagen mit Bezug zum ERAM vorlagen, und später das Kreisarchiv Haldensleben. In diesem regionalen Fundus lagern vor allem Materialien, die den Aus- und Umbau des Endlagers betreffen.

Politische Aktivitäten entwickelten sich dann Anfang 2004 aus der Gründung des Morsleben-Netzwerks hinaus. Dieses wurde im Rahmen eines Seminars zur Stilllegung des ERAM initiiert und wird mittlerweile von mehr als einem Dutzend Umweltorganisationen unterstützt.

Im September 2004 startete nach großem persönlichen Einsatz von etwa zehn Leuten die Wanderausstellung "Morsleben - Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts", die inzwischen von mehr als 25.000 Menschen besucht wurde. Diese Ausstellung war der erste große Schritt an die Öffentlichkeit. Mit dieser und folgenden Publikationstätigkeiten (unzähligen Beiträgen in Zeitungen und Magazinen, Diashows und einer Broschüre zur DDR-Vergangenheit der Anlage) gelang es immer wieder auch die aktuelle Problematik des Endlagers an die Öffentlichkeit heranzutragen.

Ausblick: Wanderausstellung

Augenblicklich befindet sich die Ausstellung noch im Landratsamt Stendal. Ab September ist geplant sie an vier verschiedenen Berliner Örtlichkeiten zu präsentieren. Im Anschluss wird sie ab Januar 2006 im Magdeburger Bürgerkomitee am Moritzplatz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das zweite Quartal des nächsten Jahres macht die Ausstellung dann in der Haldenslebener Kulturfabrik Station.

Zur Wanderausstellung gibt es inzwischen ein farbiges Informations-Faltblatt, das die Rubriken und viele Tafeln kurz vorstellt und das Informationsangebot der Greenkids zum Endlager Morsleben erläutert. Außerdem gibt es einen Info-Flyer mit technischen Daten zur Ausstellung. Aktuelle Informationen gibt es auch auf der Internetseite www.greenkids.de/morsleben.

heitskonzeptes weiter zu arbeiten. Im Sommersemester 2006 wird voraussichtlich eine tiefergehende Literaturrecherche zur Abstrahierbarkeit dieses IT-Konzepts auf Anlagen wie das ERAM erfolgen. Zusammen mit einer angedachten Diplomarbeit zur Anwendbarkeit von Security Policies am Endlager Morsleben und der Studienarbeit werden dann umfassende Erörterungen zu dem prinzipiellen Umgang mit den Sicherheitsproblemen des ERAM vorliegen.

Bald online: Morsleben-ForschungsWeb

Im Mai wurde mit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine Kooperationsvereinbarung für das Morsleben-Archiv (Aktenbestände der bisherigen Recherchen) getroffen, die auch die Grundlage für das nun entstehende Online-Archiv bildet. In diesem sollen nach und nach möglichst viele Dokumente strukturiert, in Rubriken geordnet und im Internet für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist geplant, die Unterlagen für sich selbst sprechen zu lassen und nicht unbedingt zu bewerten. Den NutzerInnen soll es möglich sein, sich selbst einen Überblick zur Vergangenheit des ERAM und wesentlichen Fragestellungen verschaffen zu können.

Über diesem Archiv soll noch das Morsleben-ForschungsWeb stehen. Dies wird eine auf dem Content-Management-System TYPO3 basierende Dokumentations-WebSite werden, die den aktuellen Stand der Forschungen repräsentiert. Die ForscherInnen werden Themenstränge einarbeiten, auf die aktuelle Recherche-Schwerpunkte gelegt wurden. Neue Erkenntnisse werden dann sofort online gestellt und sind sogleich einsehbar.

Die Programmierung des ForschungsWeb erfolgt im Rahmen eines Laborpraktikums an der Fakultät für



Morsleben-Infostand beim Wolfenbütteler Umweltmarkt im Juni

Studienarbeit ERAM

Für die Universität Magdeburg wurde im letzten halben Jahr an einer Studienarbeit zum Thema "Security Policies am Beispiel des Endlagers Morsleben" erarbeitet. Diese setzt sich aus der Sicht des IT-Begriffs der "Security Policy" mit Sicherheitsfragen im ERAM auseinander. Es wird eine Einführung in das Sicherheitskonzept der Security Policy gegeben und ein Überblick zu in Betracht kommenden Gefahren für die Sicherheit im Endlager Morsleben geschaffen.

Aufgrund der nur mäßigen Beantwortung von Anfragen an verantwortliche Behörden und Institutionen wurden kaum konkrete Informationen darüber bekannt, ob es für das ERAM ein Security Policy vergleichbares Sicherheitsregelwerk gibt. Daher führt die Studienarbeit beim Abgleich von Theorie und Praxis von Sicherheitsmaßnahmen nur Beispiele an, die im Zuge der Verarbeitung bereits recherchierter Dokumente gefunden wurden. Dies kann allerdings keine Grundlage für Schlussfolgerungen auf den realen Umgang mit Sicherheitsfragen darstellen.

Es ist geplant, an dieser Bewertung des Sicher-



Morsleben-Ausstellung im Landratsamt Stendal

Informatik der Universität Magdeburg. Ende März 2006 wird die WebSite spätestens fertiggestellt sein. Das Online-Archiv soll etwa im Mai nutzbar sein. Es wird allerdings nie einen Endzustand erreichen, da neue Dokumente kontinuierlich eingebunden werden.

Unterstützung willkommen

Obwohl das alles vielleicht sehr fertig und durchkonzipiert klingt, ist jede Hilfe für das Morsleben-Projekt sehr willkommen. Es gibt viele Ideen, die nur mit Unterstützung durch Außenstehende umgesetzt werden können. Ohne diese Hilfe kann nur ein minimaler Rahmen bewältigt werden - zu Lasten einiger weniger.

Also: wenn Du Lust hast uns kurzzeitig oder (noch lieber) kontinuierlich zu unterstützen, melde dich unter Telefon 03 91-72 72 657 oder an die Mail-Adresse morsleben@greenkids.de.

NS-VERGANGENHEIT DER SCHACHTANLAGEN

von Falk Beyer

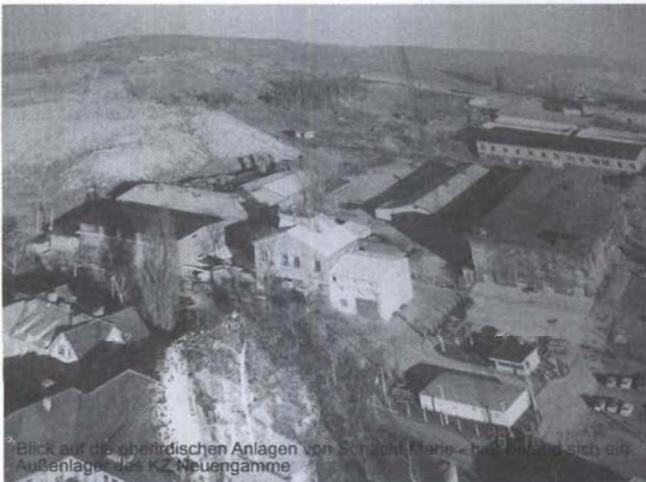
Umnutzung der Bergwerksanlagen

Bereits in den Jahren 1934-1937 hatte der Burbach-Konzern, dem die Schächte Marie und Bartensleben gehörten, mehrere seiner stillgelegten Werke - darunter auch Schacht Marie - an Wehrmacht und Luftwaffe verpachtet.¹ Ab dem 5.7.37 ließ die Luftwaffe auf dem zum Schacht gehörenden Fabrikgelände eine Munitionsanlage errichten.² Unter Tage wurden 152 Kammern aufgeföhren und zu Lagerräumen für Flugzeubordmunition ausgebaut.

Im Februar 1944 wurden beide Schachtanlagen für die Rüstungsproduktion der Luftwaffe beschlagnahmt. Die unterirdischen Räume und die Gebäude der Luftmunitionsanstalt wurden an zwei Rüstungsfirmen vermietet.³

Die Entscheidungen zur Untertageverlagerung und zum Einsatz von KZ-Häftlingen fanden seitens des Reichsluftfahrtministeriums und Rüstungsministeriums auf Minister- und Amtsleitersebene statt, ab März 1944 lag die Verantwortung beim Jägerstab. Grund für die Verlagerung wichtiger Industriezweige war die Bedrohung der Produktion durch Bombardierungen; der KZ-Häftlings-Einsatz war eine Folge des Arbeitskräftemangels im Deutschen Reich.

Entgegen manchen Vermutungen bedeutete der Arbeitseinsatz nicht automatisch eine Lebenszeitverlängerung oder Verbesserung der Bedingungen für die Häftlinge. Den beteiligten Unternehmen waren die Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge bekannt; der einzige Grund für anfängliche Zögerungen ihrem Einsatz zuzustimmen war der Wunsch nach qualifizierten Fachleuten, die schwer zu bekommen waren. Die Kriegswirtschaft des Nazi-Reichs konnte ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr stillen. Daher wurden anfangs Arbeiter in den besetzten Gebieten zwangsrekrutiert und später auch Häftlinge eingesetzt. Gegen die SS-Beteiligung - denn dieser unterstanden die KZ-Häftlinge und damit war die SS an deren Einsatz beteiligt - an der Untertageverlagerung hatten die Betriebe nichts einzuwenden.



Blick auf die oberirdischen Anlagen von Schacht Marie - heute hat sich ein Außenlager des KZ Neuengamme

Auch die Bevölkerung dürfte durch Bergleute und einquartierte Zivil- und Bauarbeiter in gewissem Umfang über das KZ und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge informiert gewesen sein.

Die ersten weiblichen KZ-Häftlinge trafen Ende Juli/Anfang August 1944 im Beendorfer Frauen-KZ ein.⁴ In den folgenden Monaten stieg die Zahl der weiblichen Häftlinge auf über 2.000 Personen an.

Sie wurden zunächst zur Herstellung von V1-Steuerungen eingesetzt. Die V1 war eine der "Wunderwaffen" der Nazis, mit denen der Kriegsausgang doch noch zu ihrem Vorteil gewendet werden sollte. Es handelte sich hierbei um eine ferngelenkte Bombe, die massenhaft auf gegnerischem Boden zum Einsatz kommen sollte.

Gegen Kriegsende diente die U(ntertage)-Verlagerung nur noch zur Sicherstellung des wertvollen Maschinenparks; ab Februar 1945 wurden bereits produzierte Teile z.T. nicht mehr verschickt.⁵

SS und Privatfirmen Hand in Hand

Die Bau- und Installationsarbeiten auf Bartensleben und Marie wurden v.a. von folgenden Firmen durchgeführt: Hoch- und Tiefbau Grunewald, Berlin; Riefenstahl, Berlin (Bewetterung, Luftanlagenbau); Siemens & Halske (Elektroinstallationen) und Preussag (Wasserversorgung und Leitungsneuerlegung).⁶ Bei den unter SS-Leitung arbeitenden Privatfirmen kamen KZ-Häftlinge als Leiharbeiter zum Einsatz.⁷

Hauptaufgabe der lokalen SS-Führungsstäbe war es, die unterirdischen Räume für die Aufnahme der Rüstungsproduktion vorzubereiten und den Rüstungsfirmen bezugsfertig zu übergeben.⁸

Für Bartensleben war die "SS-Sonderinspektion I" und der "SS-Führungsstab A3" zuständig.⁹ Ursprüngliche Motivation der SS war die Stärkung ihrer Machtposition in der NS-Polykratie. Dazu sollten SS-eigene Rüstungsbetriebe errichtet werden. Als dies scheiterte, versuchte die SS durch Anbieten der ihr unterstehenden KZ-Häftlinge auf Umwegen zu mehr Einfluss in der Rüstungsindustrie zu gelangen. Um seinerseits den Einfluss des Rüstungsministeriums unter Speer zu verringern, bezog Luftwaffenminister Göring die SS in wichtige Untertageverlagerungsvorhaben mit ein.

Da die SS nicht die notwendigen Fachleute besaß, beschränkten sich ihre Kompetenzen auf Sicherungs- und Bestrafungsmaßnahmen. Im Außenlager Beendorf setzte sie so trotz allgemeinem Arbeitskräftemangel die NS-Rassenideologie durch, schickte Häftlinge und vollzog einen systematischen Vernichtungsfeldzug ("Vernichtung durch Arbeit") vor allem gegen russische und jüdische Menschen. Diese hatten am meisten unter der SS-Herrschaft zu leiden, obwohl auch die anderen Häftlinge unmenschlicher Behandlung unterzogen wurden.

Hauptsächlich sollte die KZ-Haft der Bekämpfung der politischen GegnerInnen dienen und bedeutete für diese den "Zwang zu völliger Unterordnung und Brechung jeglichen eigenen Willens. Das gesamte

System war darauf ausgerichtet, die ausgewiesenen Menschen durch körperliche und seelische Gewalt in einen Zustand ständiger Existenzangst zu versetzen, um sie zu gänzlich willenlosen und willfähigen Befehlsempfängern zu machen.¹⁰ Außerdem ging es vor allem in der letzten Kriegphase um die ökonomische Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge als Ziel des Arbeitseinsatzes.¹¹

Wie bei allen SS-Bauvorhaben gab es eine Verbindungsstelle zum Sicherheitsdienst (SD) der SS, der v.a. das Kontaktverbot zu überwachen, Fluchtvorbereitungen aufzudecken und Sabotage in den Rüstungsbetrieben zu verhindern hatte. Die Mitglieder dieser SD-Stellen waren Gestapo-Beamte. Zuständig für das Bauvorhaben A3 war ein



Kriminalinspektor im Rang eines SS-Untersturmführers der Stapoleitstelle Magdeburg.¹²

Nach Morsleben und Beendorf verlagerte Firmen¹³

- Askania AG, Berlin-Friedenau, Codename "Ingenieur-Büro-Niedersachsen AG, Helmstedt"
- mehrere Askania-Tochterfirmen, u.a. die I.B.-Werke und die Fluggerätekwerk GmbH (FGW), beide aus Lódz, Polen
- Luftgerätekwerk Hakenfelde GmbH, eine Tochterfirma von Siemens & Halske und Siemens Schuckertwerke, Berlin-Spandau, Codename "Salzbaubetrieb Beendorf (S.A.B.)"

SS-Arbeitslager Beendorf

Anfangs war Beendorf ein Außenlager von Buchenwald; im Zusammenhang mit der Untertageverlagerung wurde es dem KZ Neuengamme unterstellt.¹⁴ Baubeginn war der 17. März 1944.¹⁵ Das schon im Rahmen der Erweiterung der Luftmunitionsanstalt 1940 geplante Kriegsgefangenenlager befand sich an der Chaussee zwischen Beendorf und Morsleben.¹⁶

Zusammengerechnet mit den Appellen und der Aufstellung der Kommandos dauerte eine Arbeitsschicht 15 bis 16 Stunden.¹⁷ Es gab im wesentlichen drei Arbeitsbereiche: Erd- und Bauarbeiten, Installations- und Montagearbeiten und Arbeit in der Rüstungsproduktion.¹⁸

"(...) die SS-Leute und die deutschen Zivilarbeiter liefen herum und jagten uns mit Peitschen, Knüppeln und Gummistöcken. Aus allen Ecken wurde geschlagen und gebrüllt, es war wie im Irrenhaus. (...) Links und rechts hörten wir Explosionen, das Sprengen mit Dynamitpatronen, dann die giftigen Dämpfe, in denen wir arbeiten mussten (...)"¹⁹ Bei der Arbeit wurden die Häftlinge gezielt verschlissen. Wer ausfiel wurde durch neues "Material" ersetzt. Bestimmte

Häftlingsgruppen und schwache Gefangene wurden als "unnütze Fresser" für besonders schwere Arbeiten eingesetzt.

Mangels Zulieferungen fehlte es gegen Kriegsende an "richtiger" Arbeit und die Häftlinge wurden mit ökonomisch sinnlosen Arbeiten schikaniert: "(...) wenn es nichts zu tun gab, nun, dann zerstörte man das, was gemacht war, um wieder anzufangen. Die SS machte auf diese Weise deutlich, dass die Arbeit der Häftlinge nicht die Erledigung bestimmter Aufgaben zum Zweck hatte, sondern für die 'Schutz-häftlinge' die schlimmsten und verdummensten Zustände aufrechterhalten sollte."²⁰

An der Terrorisierung der Häftlinge im Baubereich waren im gleichen Maße wie die SS auch einige zivile Vorgesetzte beteiligt - insbesondere zwei leitende Askania-Angestellte und zwei Vertreter der Baugruppe Schlempp.²¹ David Rousset, einer der Häftlinge, berichtet: "Die Zivilisten und Militärs betrachteten uns als Abschaum der Menschheit. Wir hatten in ihren Augen nichts menschliches mehr."²²

Die vom Ernährungsministerium beschränkten Verpflegungssätze ergaben für normale Häftlinge umgerechnet 1830 kcal. pro Tag. "Dies ist etwas mehr als der Bedarf eines liegenden Menschen in völliger Ruhe!"²³ Allerdings erhielten mangels Bereitstellung und zwecks Disziplinierung die normalen Häftlinge noch nicht einmal diese Nahrung.

Die Unterbringung der Häftlinge erfolgte in zwei Hallen der Luftmunitionsanstalt. In Halle Nr. 13 wurden 800 Männer im Erdgeschoss und 1.200 Frauen in der ersten Etage, die jüdischen Frauen wurden in Halle Nr. 14 untergebracht. Nachts wurde das von Stacheldraht umzäunte und von hölzernen Wachtürmen umgebene Gelände mit Scheinwerfern ausgeleuchtet.²⁴ Durch die Überbelegung und den Zustand der Unterkünfte war es den Häftlingen nach der schweren täglichen Arbeit nicht möglich die erforderliche Ruhe und Erholung zu finden. Die meisten Toten gab es dementsprechend nicht durch Strafmaßnahmen gegen die Häftlinge, sondern infolge der unmenschlichen Überbeanspruchung.



Zeuginnenaussagen zufolge war das Beendorfer Lager vergleichsweise schmutzig.²⁵ Ansteckende Krankheiten konnten sich infolge immer stärkerer Überfüllung der Unterkünfte, dem Mangel an Essgeschirr und der unzureichenden Hygienevorkehrungen schnell verbreiten.²⁶

Mit dem Vorrücken der gegnerischen Truppen wurden die Konzentrationslager der Nazis geräumt, weil die Gefangenen nicht in die Hände der Feinde geraten sollten. Auch das Außenlager Beendorf war davon betroffen. Der Lagerführer Beendorfs hatte mit seiner Anordnung der Räumung des Lagers den Tod der wahrscheinlich meisten Menschen in diesem KZ zu verantworten. Viele Menschen überlebten den Abtransport nicht. Es ist von regelrechten

Massakern die Rede, bei denen alles niedergeschlagen wurde, was den AufseherInnen in die Hände geriet. Anfangs konnten die Gefangenen in den Waggons nur stehend schlafen, da sie Schulter an Schulter stehen mussten. Zuletzt war soviel Platz, dass sie liegen konnten.

Kriegswaffenproduktion in Schacht Bartensleben

Vorrangig sollten die Askania-Werke verlagert werden; ausschlaggebend für diese Entscheidung waren vermutlich die Bedeutung der Produktion und mehrere Bombenangriffe auf die Berliner Betriebsanlagen.²⁷ Am 29.12.43 besichtigte ein Kommando des "Sonderstabes Höhlen" in Begleitung von Firmenvertretern den Schacht Bartensleben und beschlagnahmte die unterirdischen Räume;²⁸ Generalfeldmarschall Milch besichtigte zwei Monate später (22.02.1944) mit seinem Stab noch einmal persönlich die Anlage.²⁹ Am 8. März 1944 ließ das Rüstungsamt des Rüstungsministeriums die Schachtanlage Bartensleben für die Jagdflugzeuge fertigenden Lutherwerke aus Braunschweig und die Berliner Askania-Werke sperren.³⁰

Im Frühjahr 1944 erfolgte die Verlagerung nach Morsleben. Diese unter SS-Führung als Großbauprojekt "A3" geführte Unternehmung gehört zu den 20 wichtigsten Objekten der Untertageverlagerung, die sich die SS-Bauorganisation Kammler gesichert hatte. Es handelte sich nach der Daimler-Benz-Verlagerung in den Markirchener Tunnel bei Schlettstatt im Elsass um das zweitgrößte Vorhaben der zehn A-Maßnahmen.³¹ Es wurden A- und B-Maßnahmen unterschieden, wobei erstere die U-Verlagerung in bestehende Hohlräume und letztere die Erschließung neuer Bergwerksanlagen beinhalteten. Mitte April 1944 wurde auch eine Tochterfirma der Askania-Werke, das Fluggerätekwerk GmbH (FGW) nach Morsleben verlagert.³²

Die Produktionsaufnahme der Askania-Werke in Bartensleben startete wie geplant Anfang Mai 1944.³³ Anfang August 1944 war der zweite Bauabschnitt in Morsleben fertig gestellt.³⁴ Am 7. Dezember 1944 war die Maschineneinlagerung "im Wesentlichen beendet".³⁵

Die Askania-Werke produzierten auf der 2., 2a- und 3a-Sohle des Bergwerks. Auf jeder Sohle wurden vier Räume eingerichtet, jeder etwa 100m lang, 25 bis 50m breit und 15m hoch.³⁶ Ende Oktober 1944 wurden hier etwa 6.500 Personen eingesetzt, davon 2.500 deutsche Arbeitskräfte, 1.500 ausländische Arbeitskräfte und 2.500 "Fertigungshäftlinge".³⁷ Ende Januar 1945 wurde ein Zweigbetrieb aus Hirschberg/Schlesien mit 600 Beschäftigten nach Morsleben verlegt, weil die Rote Armee am Vorrücken war.³⁸ In zwölf zu Fabrikationshallen ausge-

bauten unterirdischen Hohlräumen befanden sich die Arbeitsplätze der Frauen.³⁹

Von den Askania-Werken wurden in Morsleben elektromechanische Teile für Luftwaffe und Marine, vor allem die automatische Steuerung und der Fernkompass der V1, aber neben anderen Geräten für verschiedene Flugzeugtypen auch die hydraulischen Servomotoren für die V2, produziert. Außerdem wurden Sehrohre für U-Boote und Torpedosteuerungen hergestellt.⁴⁰ Die permanente Missachtung von Brandschutzvorschriften verärgerte sogar den zuständigen Berghauptmann.⁴¹

Kriegswaffenproduktion in Schacht Marie

Nach Beendorf, in den Schacht Marie, wurde die Fertigung der Luftgerätekwerk Hakenfelde GmbH verlagert. Der Schacht wurde am 25. Juli 1944 vom Rüstungsamt des Rüstungsministeriums für das Unternehmen gesperrt. Der Produktionsstandort Schacht Marie erhielt den Codenamen "Bulldogge"; Bartensleben wurde als "Iltis" innerhalb des U-Verlagerungsprogramms geführt.⁴²

Die Siemens-Tochter fertigte in Zusammenarbeit mit Askania einen neuen Kompass für die V1.⁴³ Auch die Produktion der Rudermaschine K12, die in der Flakrakete "Enzian" Verwendung fand, wurde vom Luftgerätekwerk nach Beendorf verlagert.⁴⁴ Mitte Februar 1945 siedelten beide Firmen gemeinsam mit ihren Entwicklungs- und Erprobungsabteilungen von Diepensee im Süden Berlins nach Beendorf und Morsleben über.⁴⁵

Im Dezember 1944 waren die Bauarbeiten im Schacht Marie fast abgeschlossen. 19 Normalarbeitsräume und ein großer Arbeitsraum im Südfeld, sowie 15 weitere Räume im Nordfeld wurden auf der 360m-Sohle fertiggestellt.⁴⁶ Die von der Firma nicht genutzten unterirdischen Räume wurden v.a. als Lagerräume für Fallschirm- und Rohseide verwendet.⁴⁷

Der Einzug der Luftgerätekwerk Hakenfelde GmbH begann Ende Januar 1945, am 1. Mai hätte die Produktion in vollem Umfang anlaufen sollen. Allerdings gab es Verzögerungen, so dass zum Kriegsende erst zwei Drittel der Untertage-Fabrik fertiggestellt waren.⁴⁸ Vor allem jüdische Frauen wurden wegen der schlechteren Arbeitsbedingungen auf Schacht Marie eingesetzt.⁴⁹

Strafen

- ◆ stundenlanges Stehen auf dem Appellplatz
- ◆ Essensentzug
- ◆ Strafarbeit
- ◆ Strafexerzieren
- ◆ Postverbot
- ◆ sogenannter "Sport", d.h. schikanöse Leibesübungen
- ◆ Kommandoverschlechterung
- ◆ Stock- und Peitschenhiebe

Für die "Bauhäftlinge" kam außerdem die Versetzung in ein Strafkommando, das in einer Kiesgrube Schwerstarbeit zu verrichten hatte, in Frage.⁵⁰ Außerdem gab es mehrere "offizielle" Hinrichtungen für Fluchtversuche;⁵¹ Sabotage wurde auch als Grund für eine Exekution geführt.

Verantwortliche Lagerführer

SS-Obersturmführer Gerhard Poppenhagen war Lagerführer in Beendorf und hatte damit den höchsten Rang inne.⁵² Für die Häftlinge maßgeblicher war der Block- und Rapportführer vom Rang eines SS-Rottenführer Anton Jansen Brunken, dessen Bewertung durchweg negativ war.⁵³ Karl Adolf Brettschneider, der an der Spitze der Wachmannschaften der Luftwaffe stand, machte sich u.a. der Misshandlung weiblicher KZ-Häftlinge schuldig.⁵⁴

Quellen:

alle aus: Björn Kooger: Rüstung unter Tage. Metropol Verlag; Berlin, 2004

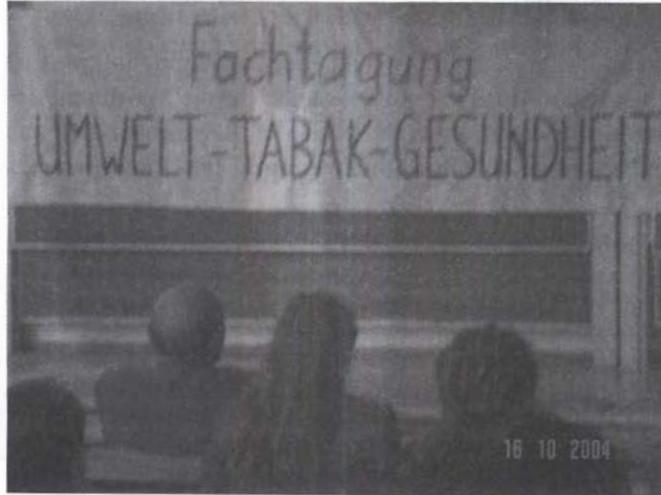
Dieser Beitrag ist der Broschüre Falk Beyer: Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, März 2005, entnommen. Sie kann kostenlos unter info@landesbeauftragte.de bzw. Telefon 0391-5675051 bestellt oder online auf www.landesbeauftragte.de heruntergeladen werden.

Eine ausführliche Quellenübersicht kann bei morsleben@greenkids.de angefordert oder dieser Broschüre entnommen werden. ■

ALLES ÜBER TABAK ?

Fast zwei Jahre ist es nun her, dass die Greenkids beschlossen haben eine Kampagne zu starten die über die Folgen des Tabakkonsums aufklärt. Seit August 2005 ist die Kampagne "Tabak-Umwelt-Gesundheit" nun vorbei.

es Begonnen hatte damals alles aufgrund eines Artikels im Regenwaldreport. Durch ihn erfuhren die Greenkids das der Tabakkonsum noch andere Auswirkungen hat als die Konsumenten süchtig zu machen und vielleicht sogar umzubringen. Insbesondere die Umweltzerstörung durch den Tabakanbau in den ärmeren Regionen dieser Welt wurde bisher kaum in der Öffentlichkeit thematisiert und war auch uns nicht bekannt. Deshalb beschlossen wir dies zu ändern.



Verstrickungen der Tabakmultis. Besonders interessant waren aber auch die Berichte von Peter Heller und Helmut Geist, eben den Machern des Buches und des Filmes "Rauchopfer". Sie konnten neben ihrer Pionierarbeit und den exakten Ausmaße der Umwelt-zerstörung durch den Tabak-anbau, auch von den Repressionen erzählen mit denen ihre Arbeit erschwert wurde. Einen besseren Bericht konnte man sich kaum wünschen.

Bei ersten Recherchen zu dem Thema stießen wir dann auf dem Film und das gleichnamige Buch "Rauchopfer". In ihnen beschreiben die Macher Helmut Geist, John Waluye und Peter Heller, die sozialen und Umweltfolgen des Tabakanbaus in der Miombo Region in Tansania. Durch diese Werke bekamen wir einen guten ersten Einblick in die Thematik. Der Anfang war gemacht und die Kampagne konnte beginnen.

Menschen, die noch nicht mit dem Rauchen angefangen hatten, konnten wir überzeugen, einen eventuellen Einstieg in die Droge noch einmal zu überdenken. Zum Weltnichtrauchertag 2004 schafften es die Greenkids dann sogar, mit einer ihrer Aktionen in der Tagesschau gezeigt zu werden.

Die Ergebnisse der Informationswoche wurden dann in einer Broschüre zusammengefasst, die ende

Durch mehrere Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und viele Gespräche mit Mitmenschen informierten wir über die Problematik des Tabakkonsums. Insbesondere Raucher wussten oft nicht, dass sie weitaus mehr Menschen schaden, als sich selbst und durch Passivrauch eventuell noch ihren direkten Mitmenschen. Viele waren dann auch bereit, sich über die anderen Folgen ihres Laster informieren zu lassen. Das Rauchen aufgegeben haben im Rahmen unser Kampagne leider eher wenige. Doch lässt sich auch auf langfristige Erfolge hoffen und bei vielen reift der Entschluss mit dem Rauchen aufzuhören eher langsam. Und viele jüngere

Höhepunkt der Kampagne war jedoch eine Informationswoche im August 2004, zu der verschiedene Experten, welche sich für eins der verschiedenen Problemgebiete spezialisiert hatten, eingeladen wurden. So referierte unter anderen Alexander Schulze vom deutschen Krebsforschungszentrum über die globale Tabak-epidemie, Frau Dr. Hennings von der Lungenklinik Lostau über die gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsum oder auch Helmut Spatz vom Forum Rauchfrei über die vielen politischen



letzten Jahres veröffentlicht wurde. In ihr finden sich auf 48 Seiten die Informationen über die sozialen, politischen, umwelt und auch anderen Folgen des Tabakkonsums.

Aber auch im Jahr 2005 ging die Kampagne weiter. Neben vielen Broschüren die an Interessierte aus mehreren Ländern verschickt wurde, weiteren Kooperationsgesprächen und einigen Aktionen, Veranstalteten die Greenkids Magdeburg e.V. auch MultiplikatorInnenseminare die andere Gruppen dazu gebracht haben, jetzt die Informationen die in der Kampagne



erworben wurden, weiterzuverbreiten.

Ein besonderer Höhepunkt war aber ein Seminar mit John Waluye, den wir dank einer Kooperation mit der Kampagne "Rauchzeichen" aus Berlin in Magdeburg begrüßen durften. Der Umweltjournalist aus Tansania besuchte uns im Rahmen der "Tour de Tabac 2005", welche auch dem Ziel dient andere Folgen des Tabakkonsums, als die gesundheitlichen, in das öffentliche Bewusstsein zu tragen.

So konnte am Ende der Kampagne noch ein direkt Betroffener über die Probleme des Tabakanbaus in seinem Land berichten, welche aus dem Tabakkonsum der Menschen, auch aus unserer Region, resultieren.

So grausam der Bericht über die Realität für die Menschen in den Tabakanbaugebieten auch aussieht, ein Hoffnungsschimmer war, dass viele Interessierte seinen Ausführungen lauschten und ihren Tabakkonsum mittlerweile kritisch überdacht haben.

Seit die Kampagne begonnen wurde, hat sich überhaupt einiges in der öffentlichen Position gegenüber dem Tabakkonsum bei uns in Europa geändert. In vielen Ländern wurde der Tabakkonsum an einigen Orten verboten, die Tabaksteuer erhöht oder auch die gesundheitliche Aufklärung über die Gesundheitsgefahren des Tabakkonsums verstärkt.

Der Ansatz die Menschen weitgehend über alle Folgen des Tabakkonsums zu informieren wird hingegen immer noch kaum verfolgt. Vielleicht auch weil einige Politiker durchaus einen persönlichen finanziellen Gewinn aus dem Tabakkonsum schlagen. Wir denken aber, dass nur wenn die Menschen wissen was sie tun, können sie selbstbestimmt über ihren eigenen Tabakkonsum oder eben Nichtkonsum entscheiden.

Nachdem die Kampagne nun beendet ist fragen wir uns deshalb: Wissen die Menschen jetzt alles über Tabak, wie die Web-

Site der Greenkids, die unter der Webadresse: www.alles-ueber-tabak.de zu finden ist, suggeriert?

Wohl kaum, selbst in unserer Kampagne konnten wir nur einen Teil der Probleme, die aus dem Tabakkonsum resultieren, behandeln. Hinter jeder Recherche taten sich neue Fragen auf und



Im Bewusstsein der Menschen gibt es beim Tabakkonsum leider dasselbe Problem wie in vielen anderen Bereichen. Meist um das eigene

Wohlergehen besorgt, werden komplexe Zusammenhänge ausgeblendet und nur wer sich selbst informiert, kann es schaffen die Übersicht zu einem Thema zu bekommen.

Wenn aber die Greenkids ihre Kampagne beenden, wie kann mensch sich noch informieren? Kein Problem, es gibt immer noch die Möglichkeit unsere Broschüre "Umwelt-Tabak-Gesundheit" kostenlos bei den Greenkids zu bestellen oder die Website www.alles-ueber-tabak.de zu besuchen.

Und selbstverständlich können alle, die an der Kampagne mitgewirkt haben auch in Zukunft noch weiter über die Ergebnisse der Kampagne informieren. So ist es geplant auch die Website weiterhin aktuell zu halten und mit neuen Erkenntnissen zu erweitern.

Und hier kann jeder aktiv werden. Wenn ihr also Lust habt noch etwas zu dem Thema zu recherchieren, könnt ihr bei den Greenkids jederzeit mitmachen. Wir sammeln die Informationen, helfen euch beim Recherchieren und werden eure Ergebnisse dann auch auf der Website veröffentlichen.

Auch wenn ihr über völlig andere Themen recherchieren wollt, könnt ihr bei uns mitmachen. Mehr Infos zu uns und unserer Arbeit findet ihr unter www.greenkids.de. Denn nur wenn genug Menschen sich informieren und aktiv werden, können wir es vielleicht schaffen bald in einer netteren Welt zu leben, in der es vermutlich weitaus weniger Raucher geben wird. ■

Tour de Tabac 2005

Die Greenkids Magdeburg e.V. und die Kampagne Rauchzeichen laden ein zu einem Informations- und Diskussionsabend mit:

John Waluye

John Waluye ist leitender Redakteur der Daily News in Dar es Salaam, Tansania. Seit vielen Jahren beobachtet er die Folgen des Tabakanbaus und die Aktivitäten der Tabakkonzerne in seiner Region. Am Freitag, den 27.05.2005 wird er um 19:00 Uhr im BWA in der Thiemstraße 13 über seine Arbeit und die Entstehung des Films "Rauchopfer" berichten.

weitere Informationen unter www.rauchopfer.org oder www.alles-ueber-tabak.de

Die Tour de Tabac wird von der Stiftung Umverteilen und vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

es wurden diverse neue Problemgebiete aufgetan.



Herrschaftsverhältnisse in der Tabakwelt

von Jörg Bergstedt

Wer die Herrschaftsbrille aufsetzt und mit ihrer Hilfe nach Unterdrückungsverhältnissen, Ungleichberechtigungen, Abhängigkeiten und mehr sucht, wird in allen Bereichen aktueller menschlicher Gesellschaft fündig werden. Klar ist, dass auch Tabak kein Spezialfall, sondern ein Beispiel für das Wirken von Herrschaft unter vielen ist. Das aber gilt schlicht für alle Bereiche und kann folglich kein Grund sein, eine Analyse zu unterlassen.

Außerdem gibt es spezifische Formen, aus denen sich ableiten lässt: Wie vieles andere auch ist der Tabakanbau, -handel und -konsum ein deutliches Kapitel einer unmenschlichen Welt. Abgesehen davon, dass die diskursive Herrschaft - also subtiles Beeinflussen des Handelns über Diskurse, Normen und Werte - auch in der Tabakwelt allgegenwärtig ist, gibt es eine Menge weiterer Ausprägungen von Herrschaft auch in diesem Bereich. Ein Blick auf all das sollte zu einer Auseinandersetzung mit der Tabakthematik dazugehören.

Kolonialverhältnisse in den Agrarregionen

Die in den früheren Kolonien praktizierten Abhängigkeitsverhältnisse zwingen die AnbauerInnen von "Cashcrops" wie Tabak zur allumfassenden Bindung an jeweils eine oder nur wenige Firmen mit monopolartigen Strukturen. Nur dorthin dürfen sie ihre Produkte verkaufen und nur von dort dürfen sie Dünger, Chemikalien, Saatgut und Technik beziehen. Auch Kredite sind oft an diese Abnehmerfirmen gebunden.

So haben die TabakbäuerInnen keine Wahlmöglichkeiten. Sie müssen den Tabak anbauen und ihn zu den aufdiktierten Preisen verkaufen, da sie sonst die mittlerweile aufgehäuften Schulden sofort abzahlen müssten. Ihre Abhängigkeit steigert sich ständig, da die Preise immer zu ihrem Nachteil gemacht werden und der Teufelskreis aus Schulden, Knebelverträgen und Abhängigkeiten immer engere Kreise zieht...

Viele Regionen könnten sich mit ihrer Landwirtschaft fast oder sogar völlig selbst versorgen. Durch die erzwungenen und/oder ständig verschärften Verträge vieler BäuerInnen mit den Monopolunternehmen und internationalen Organisationen sowie deren Einflussnahme auf die Politik der Regierungen entsteht die absurde Situation, dass Cashcrops, von denen die Menschen nicht leben können, angebaut werden, während Nahrungsmittel gar nicht selbst produziert werden.

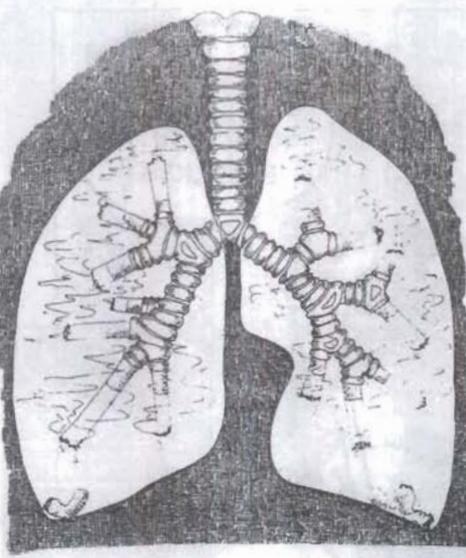
Lohnarbeitsverhältnisse schaffen Machtgefälle

Die Entwicklungen in der reichen BRD machen selbst für weniger herrschaftskritische Menschen deutlich, dass Lohnarbeit an sich ein Machtverhältnis ist. Das wird sie nicht erst, wenn die Löhne den Lebensstandard nicht mehr decken können, noch mehr gearbeitet werden muss oder jegliche Anweisungen erfüllt werden müssen, um den Job nicht zu gefährden. Sondern das Machtgefälle besteht auch dann, wenn die ArbeiterInnen einen "fairen" Lohn erhalten, denn um diesen müssen auch sie ständig fürchten und bleiben so beliebig erpressbar. Profitlogik ist anders gar nicht denkbar. Selbst der gutwilligste Chef sitzt letztlich, wenn es hart auf hart kommt, am längeren Hebel und wird im Sinne seiner eigenen oder der Unternehmensinteressen entscheiden - Gleichberechtigung gibt es zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen strukturell nicht.

Sogar die kleinen alternativen Betriebe, die sich selbst verwalten, sind nicht selbstbestimmt. Ob Menschen von einem Chef oder sich selbst zur Arbeit genötigt werden, macht nur einen internen Unterschied. Solange alternative Betriebe in einer marktförmigen Gesellschaft bestehen wollen, unter-

liegen und reproduzieren sie Herrschaftsverhältnisse, vor allem in Form der Marktgesetze und des Zwangs zur profitablen Orientierung ihres Betriebes und Arbeitsablaufes.

Die Umwelterstörungen durch Anbau und Weiterverarbeitung sind ein weiterer herrschaftsdurchdringener Ort. Regelmäßig legen Obrigkeiten per Gesetz oder Waffengewalt fest, was wo erlaubt ist und was Menschen an Umweltbelastung ertragen müssen. Eine Selbstbestimmung gibt es im Umweltschutz kaum, es wird auch von Umwelt-NGOs gar nicht angestrebt. Mit Forderungen nach schärferen Gesetzen schaffen viele Umweltschutzgruppen sogar eine neue Akzeptanz für den starken Staat, der seine Stärke aber regelmäßig für die eigenen, für Profit- und Standortinteressen einsetzt. An den Bedürfnissen der jeweils betroffenen Menschen geht das meist vorbei.



Tabakkonsum: Abhängigkeit ist fremdbestimmt

Zu zwanghaften Handlungen beim Menschen kommt oft der psychologische Abwehrmechanismus, mit dem sich die betroffene Person gegen die Erkenntnis der Abhängigkeit zu wehren versucht. Beim Konsum von Tabak, d.h. einem abhängigmachenden Stoff, handelt es sich schon von der Wirkung der Suchtstoffe her zumindest in diesem Punkt um eine fremdbestimmte Sache. Auch wenn das Bedürfnis nach der Zigarette aus dem Inneren zu kommen scheint und Tabakwerbung das gezielt suggeriert, hat die abhängige RaucherIn keine freie Entscheidung mehr, ob sie raucht.

Zumindest ist das "Aufhören" jedoch mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden. Das Rauchen einer Zigarette ist immer auch die Reaktion auf ein körperliches Unwohlsein, ein Mangelempfinden u.ä., das bei nachlassender Wirkung des Rauchens vorher entsteht. Da Rauchen also in Vielem die Behebung eines Mangelgefühls ist, kann Rauchen auch als Versuch beschrieben werden, einen körperlichen Zustand zu erreichen, den ein NichtraucherIn ohnehin hat - zumindest in Bezug auf die Wirkung des Tabaks und den Entzug der Suchtstoffe.

Das Bedürfnis nach Tabak und vielem anderen wird auch von der Werbewirtschaft und durch Diskurse geschaffen. Wo Verhaltens- und Denkmuster unkritisch übernommen werden oder die Werbung das Handeln beeinflusst, herrscht keine Selbstbestimmung. Bei Medien und Werbefirmen bzw. deren AuftraggeberInnen handelt es sich regelmäßig um Interessengruppen, die ihre Macht nutzen um diese Interessen

durchzusetzen - oder in Abhängigkeit von anderen stehen bzw. in deren Auftrag handeln.

Fremdbestimmung von NichtraucherInnen

Ein in den politischen Diskussionen oft unangenehmes Thema ist das Zwangsmoment des Mitrauchens, also der üblichen Verhaltensweise von RaucherInnen gegenüber anderen. Verklärt als ein Aufdrücken fremden Willens werden vielfach Forderungen nach Rücksichtnahme ignoriert. Den Leuten, die gerade nicht rauchen wollen, sei es weil sie keinen Bock auf Gesundheitsschädigungen oder eben gerade keine Lust darauf haben, wird die Folge der eigenen Entscheidung aufgezwängt.

Gerade in der sich gern als herrschaftskritisch begreifenden linken Szene ist diese Verhaltensweise oft anzutreffen. Herrschaftsanalytisch ist Rauchen in vielen Fällen die Umsetzung der strukturellen Gewalt von Umwelterstörung durch Staat und Wirtschaft. Dort müssen im Großen Menschen die Folgen der Interessensbefriedigung von Regierungen, Unternehmen, Eliten oder Mehrheiten ertragen, da Herrschaft bedeutet, die Wirkungen des eigenen Handelns auf andere abwälzen zu können. Das geschieht auch beim Rauchen, wenn andere zum Passivrauchen gezwungen oder dadurch eingeschränkt sind ohne jegliche Vereinbarung.

Es wäre eine Sache, ob jemand für sich entscheidet, dass ihm/ihr die Gesundheitsrisiken nicht (so) wichtig sind bzw. ob jemand das alles außen vor lässt, weil er/sie gerade nur genießen will. Eine ganz andere Sache aber ist es, wenn diese Entscheidung auch andere betrifft, die sich zum Beispiel im gleichen Raum aufhalten. Diese werden so genötigt, sich dem Qualm auszusetzen oder den Raum zu verlassen.

Ob es sich bei den entgegengesetzten Interessen um gleichwertige Anliegen handelt, entscheidet sich danach, ob tatsächlich über das Rauchen freie Vereinbarungen getroffen werden oder ob Regeln, Dominanzen, subtiler Druck usw. im Spiel sind. Leider ist regelmäßig zu beobachten, dass Rauchen als Status Quo oder besonderes Recht gegenüber anderen privilegiert ist.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Ein selbstbestimmtes Leben ist in einer herrschaftlich ausgerichteten Gesellschaft nie vollständig möglich. Solange es Gesetze gibt und Repressionsapparate um diese durchzusetzen, solange nicht alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, wirkt Herrschaft und damit Fremdbestimmung.

Um sich frei entfalten und tatsächlich selbstbestimmt leben zu können, bedarf es Rahmenbedingungen, die Kooperation statt Konkurrenz fördern. Die Freiheit und tatsächliche Möglichkeit zur Selbstorganisation und zur Selbstbestimmung über Umwelt und Produktionsverhältnisse gehören dazu.

Andere Herrschaftsformen würden jedoch auch unter solchen Verhältnissen verbleiben, vor allem subtilere wie Rollenverhalten, Erwartungsdruck, Normierungen im Denken usw. Sie würden immer wieder auftreten, müssen also ebenfalls kritisch reflektiert und überwunden werden. Eine horizontale Kommunikation ist die Basis für ein weiterentwickeltes herrschaftsfreies Leben. Solche konkreten Utopien bedeuten nicht das Paradies, aber die Chance auf ein besseres und selbstbestimmteres Leben wäre wesentlich höher als unter den jetzigen Umständen.

"Guter" Tabak?

Bei der Auseinandersetzung mit den Tabakaspekten wurde immer wieder nach akzeptablen Zigarettenmarken oder Anbauformen gefragt. Solche Überlegungen sind grundsätzlich akzeptabel, wenn als Ziel bleibt, Schritte zu einer Steigerung von Selbstbe-

stimmung und Gleichberechtigung zu finden. Die Stärkung staatlicher Sphären ist dafür ein untaugliches Mittel und sollte aus dem Forderungskatalog von NichtraucherInnengruppen, Umwelt-NGOs usw. schleunigst gestrichen werden. Zudem muss klar sein, dass auch bei "gutem" Tabak weitere Probleme bestehen bleiben:

1. Für Untersuchungen der Auswirkungen von Tabakkonsum auf die Gesundheit werden unsinnige (weil wenig aussagekräftige) und die betroffenen Lebewesen verachtende Tierversuche geführt.
 2. Mit der Tabaksteuer werden direkt Überwachungsstaat (Abbau von ohnehin unzureichenden Schutzrechten gegenüber dem Staat; Repression gegen kritische Menschen) und Militäreinsätze bezahlt. Rauchen ist also eine Bezahlung des Staates und antiemanzipatorischer Projekte.
 3. Intensiv angebaute Pflanzen (auch Tabak) bedeuten immer Umweltzerstörungen; hier ist Tabak kein Sonderfall - für andere Sorten gilt das ebenfalls. In einigen Ländern (siehe Miombo-Urwaldvernichtung) handelt es sich sogar um extreme Umweltprobleme.
 4. Beim Tabakanbau werden, wie bei anderen landwirtschaftlichen Produkten auch, ArbeiterInnen in der "3. Welt" ausgebeutet: arbeiten für wenig Geld, haben kaum eine Wahl, werden von der Industrie immer abhängiger, unter nicht einmal den hiesigen Gesundheitsschutz-Bestimmungen entsprechenden Bedingungen muss gearbeitet werden, Lebensgrundlage wird zerstört, überwiegend weiße EigentümerInnen und westliche Konzerne sind die MachthaberInnen über die ArbeiterInnen vor Ort.
 5. Rechte "Connections" von Tabakkonzernen sind symptomatisch für die kapitalistische Gesellschaft (Tabak ist kein Spezialfall); der Profit dieser Konzerne unterstützt indirekt auch viele rechte Organisationen (in den USA beispielsweise die rechte NRA durch den Philipp Morris-Konzern).
 6. Medien- und Werbeindustrie haben wesentlichen Anteil am Bedürfnis nach Tabak, das ist eine Form der Machtausübung auf Menschen.
 7. Ca. 50% der RaucherInnen leben durchschnittlich zehn Jahre weniger. Rauchen erzeugt schwerwiegende Erkrankungen, deren statistische Bedeutung an zweiter Stelle nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen liegt. Wäre da nicht die diskursive Herrschaft über Normierung, Werbemanipulation und Gruppenzwang (aber nicht nur die), könnten Menschen individuell für sich einschätzen, ob sie das Risiko tragen wollen, wenn die NichtraucherInnen nicht in ihrer Gesundheit durch den Konsum anderer gefährdet würden. Insgesamt ist Rauchen heute eine Entscheidung, die nicht nur persönliche Auswirkungen hat.
- Um diese Probleme zu lösen, ist ökologisch und fair

angebauter Tabak nur eine minimale Teillösung. Denn Werbeeinflüsse erschweren freie Entscheidung über die Inkaufnahme der Gesundheitsrisiken, Tabaksteuer gibt es weiter etc.

Selbst angebauter Tabak würde eine ausreichend starke Motivation der RaucherInnen und eine bewusste Entscheidung dafür zugrunde haben. Auch die Umweltauswirkungen wären durch geringere Anbaumengen niedriger. Das Ausbeutungsargument würde in diesem Fall nicht zutreffen. Die Auswirkungen der Tabaksteuer würden umgangen werden.

Aber: werbewirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse (diskursive Herrschaft) wirken auch dann weiter. Letztlich kann mensch nie wirklich frei entscheiden, denn das soziale Umfeld prägt immer. Aber solange die benannten, besonders einfach zu Manipulation und Interessenspolitik nutzbaren Mechanismen herrschen, ist die freie Entscheidung sehr stark eingeschränkt bis unmöglich.

Antiemanzipatorische Forderungen

Leider stellen die meisten der Rauchfrei-, Anti-Tabak- und Gesundheitsinitiativen eher antiemanzipatorische Forderungen. Oft wird nach Verboten und hartem Durchgreifen gerufen. Handelnde sollen Autoritätspersonen oder -strukturen sein, Ziel in der Regel Personen, die sich - z.B. auf dem Schulhof - nicht an Rauchverbote halten. Solche Forderungskataloge schaffen weniger Freiheit, statt Spielräume für selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

Soll ein Verbot, also eine Festlegung von oben, Sinn machen, muss es auch Durchsetzungsmittel, sprich Repressionsapparate, geben. Das ist antiemanzipatorisch und stärkt die Pyramide der Macht. Gegenbild wären Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Menschen frei und selbstbestimmt über ihr Handeln entscheiden können. Das setzt den Zugang zu Informationen, die Freiheit im Handeln, horizontale Kommunikation, gleichberechtigte Möglichkeiten und einen reflektierten gesellschaftlichen Umgang voraus.

Diskussionswert ist es, ob bestimmte Verbote - zum Beispiel von Tabakwerbung - einen emanzipatorischen Ansatz haben, weil sie das Ausüben von Machtmitteln gegenüber den Menschen Mächtigerer einschränken können. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass auch hier ein Durchsetzungsmechanismus genutzt wird und dass damit das System, das unseren von Herrschaftsverhältnissen geprägten Alltag repräsentiert, legitimiert wird.

Jede Reform muss also nicht nur darauf untersucht werden, ob sie in der Sache nützlich ist, sondern auch darauf, wieweit sie als Kehrseite Formen von Herrschaft und Ausbeutung unterstützt oder die entsprechenden Strukturen legitimiert. Anbau, Handel und Konsum von Tabak sind dafür nur ein Beispiel, die Logik gilt immer. ■



Prof. Maathai spricht während eines "teach-in" anlässlich des Weltforums zu Nachhaltiger Entwicklung in Südafrika (2002).

In ihrem eigenen Leben hat die inzwischen 64-jährige immer wieder selber die Initiative ergriffen. In den Sechziger-Jahren kam sie nach Abschluss ihres Biologiestudiums in den USA in ihre inzwischen von England unabhängige Heimat zurück. Mit ihrer Promotion in Veterinärmedizin - an der Universität von Nairobi - war sie die erste Frau, die an einer ostafrikanischen Hochschule den Dokortitel erhielt. In den Jahren 1976 bzw. 1977 bekam sie hier eine Professur und wurde Dekanin der Veterinär Anatomie, beides gleichfalls als erste Frau in der Region.

Doch schon 1982 zog sie sich von der Universität zurück. Der Versuch an den Wahlen in diesem Jahr teilzunehmen, scheiterte jedoch am Ein-Partei-System des damaligen Präsidenten Daniel Arap Moi und so ging sie ganz in die außerparlamentarische Opposition und wurde in den folgenden Jahren zu einer der entschiedensten Gegnerinnen der Regierung. Ihr Engagement führte auch dazu, dass ihr Ehemann sich in den 80er Jahren von ihr scheiden ließ, da seine Frau ihm "zu gebildet, zu stark und zu schwer zu kontrollieren" war. Schon seit 1976 war sie in Kenias Nationalem Frauenrat aktiv, deren Vorsitzende sie später zeitweise war, und im Rahmen dessen hat sie das Green Belt Movement (Grüner Gürtel Bewegung) ins Leben gerufen.

Aus der Idee, Frauen in ländlichen Gegenden die Beschaffung von Feuerholz auf einem nachhaltigen Weg zu ermöglichen, wurde eine Bewegung, die einige der dringendsten ökologischen und sozialen Probleme der Region adressiert: durch das einfache, aber effektive und symbolträchtige Pflanzen von Bäumen.

Durch die Aufforstung wird die Erosion nährstoffhaltiger Bodenschichten verhindert und der Wald als natürlicher Wasserspeicher leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Wüstenbildung - abgesehen von der Verbesserung der Luftqualität und der Produktion des als Brenn- und Baumaterial wichtigen Rohstoffs Holz. Während nach Einschätzung von Experten zur Erfüllung dieser Aufgaben zehn Prozent der Fläche eines Landes mit Wald bewachsen sein sollten, sind dies in Kenia derzeit weniger als zwei Prozent.

Ohne das Green Belt Movement wären es noch weniger, denn die Organisation hat in den letzten 27 Jahren über 30 Millionen einheimische Bäume gepflanzt. Dafür gibt es nach den weitaus bescheideneren Anfängen inzwischen über 6.000 kleine Baumschulen, in denen mehr als 30.000 Frauen ei-

Mama Miti - Die Mutter der Bäume

Die kenianische Umweltschützerin und Menschenrechtlerin Wangari Maathai erhielt den Friedensnobelpreis 2004



Von Jonas Lähnemann

"Ihr seid die Zukunft dieses Landes. Wenn sich aber etwas ändern soll, müsst ihr selber die Initiative ergreifen." Wangari Maathai, gekleidet in einem traditionellen Kleid, richtet ihre Worte an die Studenten der University of Nairobi, an der sie einst selber tätig war. Nachdem sie den Friedensnobelpreis bekommen hat, wurde sie zu einem öffentlichen Vortrag an ihre Alma Mater eingeladen - es ist ihre erste Rückkehr in offizieller Position, seit sie vor 22 Jahren ihre Professur zugunsten politischer Arbeit aufgegeben hat.

nen Nebenerwerb und so die Möglichkeit zu einer gewissen Selbstständigkeit haben. Darüber hinaus sind andere benachteiligte Bevölkerungsschichten, wie Körperbehinderte, in die Projekte integriert. Die Setzlinge werden vom Green Belt Movement aufgekauft und dann unter bestimmten Bedingungen kostenlos weitergegeben, um in "grünen Gürteln" auf öffentlichem oder privatem Land angepflanzt zu werden - dies und die spätere Entwicklung der Wälder werden von der Organisation weiterhin begleitet.

Durch die Einbindung in die Projekte und spezielle Bildungsmaßnahmen wird der Bevölkerung außerdem die Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Umgebung und damit verbunden der Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise - in gewissem Sinne auch eine Rückbesinnung auf Elemente der traditionellen Kultur - nahe gebracht und gleichzeitig die Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene gestärkt. Eine erfolgreiche Vorgehensweise, da den Teilnehmern konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebenssituation geboten werden.

Dieser Ansatz wird inzwischen auch in mehreren anderen afrikanischen Ländern durchgeführt und in den 90er Jahren wurde zur Koordination ein afrikanisches "Grünes Netzwerk" gegründet. Ermöglicht durch den Erfolg der Aufforstungskampagne hat das



Prof. Maathai spricht vor Unterstützung des Green Belt Movement in Nairobis Karura-Wald.

Green Belt Movement seine Aktivitäten um Bildungsmaßnahmen, Ökotourismus und Lobbyarbeit erweitert.

Als Ende der 80er Jahre die Vergabe von öffentlichem Land an mit der Regierung Moi assoziierte Personen und Firmen einen Höhepunkt erreichte - nicht ohne Grund gehören die Familien der früheren Präsidenten Kenyatta und Moi zu den größten Landbesitzern Kenias - konnten durch öffentliche Proteste mehrere Projekte verhindert werden: So zum Beispiel die Zerstörung von Nairobis zentralem Uhuru-Park für einen Bürokomplex und des stadtnahen Karura-Wald, denn die Thematisierung bewirkte den Rückzug internationaler Investoren.

Mit ihrem entschiedenen Engagement war Wangari Maathai unter der Regierung von Moi eine Person non Grata. Ihr Büro wurde geschlossen und sie bekam sogar Morddrohungen. Bei Protestaktionen wurde sie mehrfach verhaftet oder verletzt. Statt jedoch davon eingeschüchtert zu werden, wurde sie zu einer entschiedenen Fürsprecherin für eine Demokratisierung Kenias und zu einer der exponiertesten und beliebtesten Personen der Opposition. Neben ihrem Engagement für Umweltschutz brachte sie auch immer wieder soziale Probleme auf die Tagesordnung.

Mit dem Machtwechsel bei der Wahl 2002 wechselte auch Wangari Maathai von der völlig unabhängigen Opposition zur parlamentarischen Arbeit und damit auf den Weg, der ihr 20 Jahre zuvor verweigert worden war. In ihrem Wahlkreis eroberte sie den

Parlamentssitz mit 98 Prozent der Stimmen. Im neuen Kabinett von Präsident Mwai Kibaki wurde sie daraufhin zur stellvertretenden Umweltministerin. Doch auch in dieser Position blieb sie, im Gegensatz zu einigen ihrer Kollegen, ihren Idealen treu.

In der Ehrung des norwegischen Komitees heißt es Maathai sei "eine Quelle der Inspiration für alle, die in Afrika für nachhaltige Entwicklung, Frieden und Demokratie kämpfen." Die Entscheidung für Wangari Maathai durch das norwegische Nobel-Komitee setzt mehrere erfreuliche Zeichen. Nicht nur wird zum ersten mal eine afrikanische Frau mit diesem Preis geehrt, sondern die Definition von Frieden wird breiter aufgefasst, als in der bisherigen Nobel-Geschichte.

Der Preis wird ihr nicht nur wegen ihres Einsatzes für die Demokratisierung Kenias zugesprochen, sondern insbesondere auch für ihr Engagement in den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltigkeit, sowie der Frauenrechte - was natürlich vor allem auch das Green Belt Movement in die Ehrung einschließt.

Damit geschieht auf dieser Ebene eine Verknüpfung von sozialen und umweltpolitischen Themen mit Friedenspolitik und eine Anerkennung aller, die sich in Afrika und weltweit für Lösungen dieser Probleme einsetzen. Gleichzeitig wird auf die Bedeutung der natürlichen Ressourcen bei derzeitigen und zukünftigen Konflikten und das Potential von Nachhaltigkeit für deren Vermeidung und die Entwicklung der betroffenen Länder hin-

gewiesen.

Der Nobelpreis ist nicht die erste Ehrung für Wangari Maathai und das Green Belt Movement. Sie wurde bereits 1984 mit dem Alternativen Nobelpreis ausge-



zeichnet und hat seitdem über ein Dutzend weiterer Auszeichnungen bekommen, darunter den diesjährigen Petra-Kelly-Preis der Böll-Stiftung.

Der Nobelpreis ist jedoch sicher der bedeutendste von diesen und hatte dadurch entsprechende Auswirkungen in Kenia. In der Presse war der Nobelpreis über Wochen ein viel diskutiertes Thema und in der Öffentlichkeit wird Wangari Maathai als Nationalheldin gefeiert - mit enthusiastischen Reaktionen und Ehrerbietungen, so auch bei ihrem Vortrag an der University of Nairobi. Im Gegensatz zu vielen anderen Nobelpreisträgern (von den vielen Staatsmännern, die meist für einzelne Leistungen und nicht ihr Lebenswerk geehrt werden, einmal abgesehen), wo der Preis als ungewünschte Einmischung in die Angelegenheiten des Staates angesehen wird, wurde ihr ebenfalls von offizieller Seite gratuliert.

Dabei muss sie sich vor Vereinnahmungen hüten, was sie jedoch bisher immer gemeistert hat, denn der Regierung Kibaki kommt der Preis in einer Zeit, in der ernstzunehmende Korruptionsvorwürfe gegen sein Kabinett vorgebracht werden, gerade recht. Gleichzeitig bietet die Ehrung in dieser Situation auch eine Chance, denn wenn sie es weiterhin "nicht schafft, den Mund zu halten, wenn ich Ungerechtigkeit sehe," gewinnt ihre Stimme beim Einsatz für eine fortgesetzte Demokratisierung Kenias weiter an Gewicht.

Eine Kontroverse, vor allem auf internationaler Ebene, verursachte Wangari Maathai jedoch, als sie in Folge der Nobelpreis-Verleihung Sympathien für eine Aids-Verschörungstheorie äusserte, wonach der HI-Virus von westlichen Wissenschaftlern oder Geheimdiensten als Biowaffe gegen die schwarze Bevölkerung in Afrika ausgesetzt wurde. ■

Die neue Polizei-Doku!

Neue Fälschungen, Erfindungen und Hetze seitens Polizei, Justiz, Politik und Presse in und um Gießen aus den vergangenen 12 Monate füllen die 2005er-Ausgabe der Doku: Angriffe auf das Demonstrationsrecht, Sozialabbau und Sicherheitswahn, Rechtsbeugung im Amt, Beweismittelfälschungen, politische Prozesse (z.B. im März und April 2005) und mehr auf über 50 Seiten.

- Infos und Download unter www.polizeidoku-giessen.de.vu.
- Zu den Prozessen: www.projektwerkstatt.de/prozess.

Beziehungsgeflechte beim Sommer-(Wendland-)Camp

von Genduerilla

Dieser Text ist eine Baustelle. Er ist eine Mischung aus Erfahrungsbericht, Wiedergabe von Diskussionen und noch unfertigen Gedanken über Liebe und Beziehungen.

Das Sommer-Wendland-Camp fand in diesem Jahr in Riebau, wenige Kilometer von Salzwedel entfernt, statt. Verglichen mit dem Vorjahr (das grüne blatt berichtete in Ausgabe Herbst 2004) fanden weniger Arbeitskreise und kaum Aktionen statt. Stattdessen nahmen Selbstorganisations-Tätigkeiten einen größeren Anteil ein. Mehr dazu im Bericht vom Wendland-Camp auf Seite 30. Doch dieser Beitrag soll sich mit Genderfragen auseinandersetzen.

Grenzziehung

Beim Wendland-Camp sind die Grenzen niedriger gesetzt, hat jemand in einer abendlichen Gesprächsrunde formuliert. Gemeint ist damit, dass es weniger "Berührungsgängste" gibt bzw. dass eine Atmosphäre herrscht, in der spontane Umarmungen oder miteinander zu kuscheln einfacher sind, als in der "Außenwelt". Dieser zwischenmenschliche Umgang birgt eine Menge befreiendes Potential, bringt aber auch Gefahren, wenn mensch völlig unreflektiert mit Sympathiebekundungen umgeht.

In der normalen, auf Zweigeschlechtlichkeit und feste Beziehungen konditionierten Welt bewirkt ein Streicheln oder eine Umarmung oft, dass in den Köpfen ein ganzer Beziehungs-Film abläuft. Als bedeute eine Berührung automatisch, dass mensch Sexualität oder gar eine Beziehung suche, checkt mensch ab, ob dieser Mensch zu mir passt, ob ich sie genug mag, ob das gut gehen kann. Und all das wegen einer bloßen Berührung! Es scheint so, als könne mensch nicht ganz aus dem Augenblick und dem Gefühl heraus, dass dies jetzt schön wäre, einer anderen nahekommen.

Dagegen kann mensch beim Wendland-Camp (und in Jukss-Zusammenhängen) beobachten, dass Menschen sich häufig umarmen, berühren, streicheln, und dass auch Sexualität ungehemmter gelebt wird, als uns die Gesellschaft das als "normal" vorlebt. Interessanterweise führt diese Praxis fast zwangsläufig zum Hinterfragen "normaler" Beziehungsmuster, da sich diese persönliche und körperliche Nähe oft nicht an einer einzelnen Person festmacht. Wenn normal sozialisierte Mensch am Anfang noch Paarschubladen aufmacht, zeigt sich hier

ziemlich schnell, dass diese meist nicht zu treffend sind.

Die Vorstellung, dass mensch mit liebevollem Verhalten auf Sexualität oder Beziehung anspiele, führt zu unnötiger Distanzierung zwischen Menschen, die sich ungezwungen näher kommen und wohlfüh-

"Eigentlich wolltest du nur mit mir Händchen haltend durch die Straßen ziehen. Doch es gibt keinen Raum dafür - in den Blicken, in den Köpfen anderer sind "wir" längst ein wir, ein Paar, eine Beziehung."

len könnten. In der "normalen" Welt fällt es auch denen, die aus ihrer Zurichtung ausbrechen wollen, schwer sich "natürlich" bzw. nach ihrem Gefühl zu verhalten, weil es schnell passiert, dass eine vor den Kopf gestoßen wird.

Solche Erlebnisse kommen - für mein Empfinden - viel zu oft vor. Da gibt es einen Menschen, die ich sympathisch finde und deswegen häufiger besuche und der ich meine Empfindung auch mitteile. Es ist einfach ein wunderbares, freudiges und euphorisches Gefühl damit verbunden, diese Person zu treffen. Völlig ohne Erwartungen, Pläne oder irgendwelche Absichten. Alles sehr bewusst spontan, aber reflektiert und sensibel. Auf die Nachfrage, ob die häufigen Besuche aufdringlich oder nervig seien, kommt nur positives Feedback. Bis irgendwann klar wird, dass es da doch ein Problem gibt: Du willst mehr von mir als ich von dir, heißt es plötzlich. Häh? Ich will gar nichts, habe mich nur nach meinem Gefühl verhalten. Doch die andere Person hat mit meiner Ausstrahlung scheinbar einen ganzen "Rattenschwanz" von Assoziationen verbunden, der ihr unangenehm war - obwohl nie derartiges gesagt wurde! Auch wenn ich versuche, meine Gefühle dadurch nicht zerstören zu lassen, wirken sich solche Erlebnisse aus und hemmen mich wieder etwas mehr, wenn ich eine liebenswerte Person kennenlerne.

Beim Umgang mit anderen Menschen, besonders wenn es um so sensible Dinge wie Liebe oder Zärtlichkeiten geht, ist in jedem Fall viel Aufmerksamkeit und Reflektion wichtig. Ganz egal, wie die Grenzen gesetzt sind, muss mensch darauf achten, andere nicht zu beengen und darauf zu achten, ob

sie in unangenehme Situationen gebracht werden. Immer wird es unterschiedliche Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Grenzen geben, auf die Rücksicht genommen werden sollte. Schade ist, dass dies durch künstlich gesetzte Grenzen, die uns Elternhaus, Medien und Diskurse eintrichtern, unnötigerweise noch komplizierter wird. Wer kann behaupten, dass normierte Beziehungen das beste für uns sind? Wir sollten für uns selbst herausfinden, was wir mögen und wie wir miteinander umgehen wollen.

Selbstverständlich offen

Durch den offenen Umgang vieler Menschen und der dabei vermittelten Selbstverständlichkeit, herrscht beim Wendland-Camp (und ähnlich beim "verwandten" Jukss) eine Atmosphäre, in der Menschen sich auch ungezwungener Zuneigung zeigen können. Es gibt keine formalen Vorgaben, dass dies so sein soll, sondern dieser Freiraum entsteht durch das Auftreten der Menschen. Trotzdem bedeutet diese Atmosphäre nicht automatisch, dass mensch eigene Hemmungen - auch wenn das selbst gewünscht ist - immer auch sofort abwerfen kann. Für mich gab es bei diesem Camp mehrere Situationen, in denen ich die neben mir sitzende Person gern gestreichelt oder umarmt hätte, mich aber (trotz der offenen Atmosphäre) gehemmt gefühlt habe. Ich habe darüber eine ganze Weile nachgedacht und versucht meine eigenen Bedürfnisse und Grenzen zu reflektieren und habe mich zeitweise schrecklich unpassend in diesem eigentlich schönen Umfeld gefühlt. Altbekanntete sich-in-Frage-Stellung kommt auf: Bin

Bist du sicher, ob Zuneigung an Geschlechter gekoppelt sein muss? Wäre es nicht interessant, sich in konkrete Personen zu verlieben?



ich überhaupt ein Mensch, die die anderen sich nahe haben wollen? Verhalte ich mich richtig? Möchte ich diese Berührung oder eigentlich etwas ganz anderes? Passe ich überhaupt

hierhin? Dazu kommen andere wichtige Fragen: Was sind meine eigenen Bedürfnisse? Wo setze ich selbst Grenzen, die ich bei anderen schade finde? Bin ich sensibel genug, um zu bemerken, wenn ich Grenzen anderer verletze?

Und wie kann ich feststellen, ob mein eigenes Verhalten für die anderen OK ist? Sollte es vor einer Berührung klare Willensbekundun-

gen geben, oder sollte mensch nur sensibel darauf achten, wie auf Zärtlichkeiten reagiert wird? Muss eine bestimmte Intensität an Gefühl erreicht werden, bevor ich jemanden berühre? Gibt es Leute, denen gegenüber ich mich anders verhalten sollte?

Irgendwann habe ich auch überlegt, wie die Bedingungen aussehen, damit mensch sich näher kommt. Eigentlich hätte ich gedacht, dass diese Momente immer entstehen können, aber irgendwie habe ich das so nicht erlebt. War ich dafür einfach nicht offen, weil meine Gedanken schon beim nächsten AK waren? Strahle ich etwas Unnahbares aus, so dass auch andere mir nicht näher kommen? Stecke ich in einem Dilemma, weil mir die politischen Inhalte beim Camp wichtig sind und ich daher viel mit eigenen AKs, Absprachen mit anderen Leuten und Organigramm beschäftigt bin und nicht stundenlang in Grüppchen mit anderen abhängen, so dass mensch sich viel einfacher näher kommt? Ich möchte meine politischen Aktivitäten aber auch nicht aufgeben müssen.

Diese Überlegungen führten mehrfach zu traurigen Stimmungen, weil ich mir eigentlich mehr persönliche Verhältnisse zu den Menschen, die um mich herum sind, wünsche. Aber es schien, dass das irgendwie nicht klappt. Später fiel mir auf, dass mehrere Leute - in meinen Augen - ziemlich aufdringlich und unsensibel auf andere Menschen zugingen. Das brachte mich umso mehr dazu, meine eigenen Bedürfnisse und Verhaltensweisen zu überdenken. Weniger, weil ich mich auch so verhalten hätte, als viel mehr, weil ich nicht auch so unsensibel sein wollte.

Beziehungsweise zum Thema machen

An einem der letzten Abende ergab sich eine kleine Gesprächsrunde über Beziehungsweise, bei der auch die Verhaltensweisen auf dem Camp thematisiert wurden. Hier wurde nochmal klar, dass die Beziehungsgeflechte auf dem Wendland-Camp viel mehr thematisiert werden müssten, um damit umzugehen, dass es Grenzverletzungen geben kann und gibt. Problematisch ist dabei, dass der Sexismus-Diskurs in der linken Szene dazu geführt hat, dass vieles nicht mehr thematisiert wird - gewiss auch, weil mensch befürchten muss, ausgegrenzt zu werden, wenn bestimmte Verhaltensnormen nicht erfüllt werden. Dabei wäre ein offener Umgang mit problematischem Auftreten wichtig, bei dem alle Betroffenen darüber sprechen und Konflikte lösen können, ohne Repressionen zu befürchten.

In diesem Zusammenhang haben wir überlegt, wie wir die Camp-TeilnehmerInnen dazu anregen könnten, dass sie ihre eigene Beziehungsweise und den persönlichen, auch sexuellen Umgang miteinander, reflektieren.

**begraben unter zuschreibungen
die das leben normen
und erfahrung erdrücken.**

**zeit die mauer der entfremdung
zwischen uns zu durchbrechen.**



Irgendwie klar ist, dass sowas nicht in einem Plenum *g* geklärt werden kann. Am ehesten wird das im kleinen Kreis von Menschen funktionieren, die sich schon kennen bzw. ein Vertrauensverhältnis haben. Es wird eine nicht zu unterschätzende Hürde sein, dass auch in der linken Szene Themen, die mit Sexualität zu tun haben, regelrecht tabuisiert sind und mensch umständlich versucht, Umschreibungen zu finden, statt Klartext zu reden. Ich will mich da auch nicht ausnehmen.

Eine Idee wäre, offensiv - genauso wie auch zu Selbstorganisation - einen bewussten

"Die meisten (...) hängen in ihrer hetero-sexistischen romantischen Zweierbeziehung und tun so, als wären Liebe und Zärtlichkeit knappe Ressourcen, mit denen mensch sparsam zu haushalten hätte."

Umgang mit den Beziehungsgeflechten im Camp einzufordern. Dazu könnte gehören, das eigene Verhalten dahingehend zu hinterfragen, ob damit andere Menschen beeinträchtigt werden oder ob mensch selbst offener sein könnte und möchte. Auch die zweigeschlechtliche Normalität könnte in Frage gestellt werden. Andere Themen könnten sich mit Sexualität, Verhütung und gesundheitlichen Aspekten auseinandersetzen. Vielleicht wäre auch das notwendiger als bisher gedacht? Für den Umgang miteinander ist es auch sinnvoll über Grenzsetzung im Allgemeinen, wie mensch diese klarmachen kann und welche Ansprüche wir aneinander stellen wollen, zu sprechen.

Denkbar ist es, in Aushängen, Hinweiszetteln und Texten (z.B. im Internet oder bei Ankündigungstexten) auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Hier kann mensch der

Kreativität freien Lauf lassen, denn es wird gewiss nicht einfach sein, viele Menschen dazu zu bewegen, offen über scheinbare Tabuthemen zu reden.

Zweigeschlechtliche Normalität

Eine schöne Internetseite, die sich kritisch - auch - mit Geschlechterrollen und Beziehungsbildern auseinandersetzt, ist piratenutopie (www.piratenutopie.de.vu). Obwohl es kaum eine Notwendigkeit dazu gibt, Zuneigung, Zärtlichkeit und Sexualität auf Menschen "des anderen" Geschlechts (verkürzte Darstellung, da es nicht nur zwei komplementäre Geschlechter gibt) zu beschränken, ist das die Regel und wenn mensch dies nicht hinterfragt, wird diese anerzogene Orientierung auch weiter "normal" erscheinen. Wenn ich eine Person spontan umarmen, küssen oder streicheln will, ist - eigentlich -

völlig egal, welchem Geschlecht sie angehört. Aber der gesellschaftliche Diskurs hat uns die Fixierung auf Heterosexualität dermaßen gut eingebläut, dass der Gedanke an gleichgeschlechtliche Zärtlichkeit, wenn nicht als absurd, dann doch oft zumindest als unangenehme Vorstellung abgetan wird. Dabei könnte auch Sexualität völlig frei und unbestimmt sein. Mit einer Ausnahme - manchmal als "Steckkontakt" (Vaginalverkehr) bezeichnet - ist es für sexuelle Praktiken ziemlich egal welchen Geschlechts mensch ist. Das bedeutet nicht, dass mensch dies auch tun muss und ansonsten altmodisch oder so wäre. Es ist völlig klar, dass es persönliche Vorlieben gibt und, wenn mensch auf Personen mit Vagina oder Penis "abfährt", sich nicht zwanghaft anders verhalten sollte. Doch sollte hinterfragt werden, inwiefern gesellschaftliche Zurichtung mit im Spiel ist.

Für mich hat sich beim Camp und danach verstärkt die Frage gestellt, warum ich mich fast immer in Menschen des anderen Geschlechts verliebe. Liegt es daran, dass mir (zufällig) gerade diese Personen sympa-

**Sandkast^{en}
im Betrieb** **Gedichte**
Geschichten & Texte
Geschlechter * Schulkritik * Musik *
Beziehungen * Normalität *
Kommunikation * Befreiung *
www.piratenutopie.de.vu

thisch sind? Gibt es da noch etwas anderes, das mich anzieht? Oder bin ich (geistig) einfach nicht offen für Menschen des gleichen Geschlechts? Mir scheint, dass ich bisher Leute des "eigenen" Geschlechts schon gedanklich ziemlich aus meiner Beziehungswelt und aufmerksamen Zuwendung ausgeklammert habe, und deshalb nur selten auf die Idee kam, stärkere Sympathien zu empfinden. Ich möchte versuchen, sehr bewusst

damit umzugehen und mich und mein Verhalten kritisch zu beobachten. Allerdings fürchte ich, dass ich mindestens so große Hemmungen haben werde, sympathischen Menschen des gleichen Geschlechts Zuneigung zu zeigen wie denen des "anderen" gegenüber...

"Mal wieder hungrig von einer Party nach Hause gegangen; getanzt, geschwitzt, gesoffen, viele nette, wunderbare Menschen getroffen. Dann das coming down. Nach der Euphorie ist vor der Depression. Mal wieder. Noch berauscht von eurer Anwesenheit und im nächsten Moment einsam. Und allein zu Hause mit Gedanken der Sinnlosigkeit und der Resignation. Trotz Rausch, Musik, Tanz seid ihr - wie so oft - distanziert geblieben. Jenseits der ritualisierten Begrüßungsumarmung scheint keine Zärtlichkeit möglich, ausser mensch hat sie sich per Beziehung quasi vorreserviert. Auch die mit den antiprüden und dekonstruktivistischen Ansprüchen lassen nichts als Distanz spüren."

Herrschaftlicher Beziehungsdiskurs

In der schon erwähnten nächtlichen Beziehungsdiskussion sagte jemand, dass ein gleichberechtigter Umgang in Liebesbeziehungen fast nie möglich sei, weil es meist eine Person gibt, die emotional abhängiger von der Beziehung ist, als die andere(n). Dadurch, dass es der anderen Person einfacher fällt sich zu lösen, sei sie grundsätzlich bevorteilt und entscheide fast zwangsläufig, ob und wie die Beziehung weiterläuft. Wir haben lange darüber diskutiert, ob das so pauschal gesagt werden kann. Aber es scheint tatsächlich so zu sein, dass es ein solches ungleiches "Machtverhältnis" - wenn mensch den Machtbegriff hier anwenden möchte - oft gibt und geben wird. Ich finde es fragwürdig daraus abzuleiten, dass die "unabhängigere" Person verwerflich handeln würde -

schließlich müsste sie anderenfalls ihre eigenen Bedürfnisse negieren. Wichtig finde ich aber, sich dieser Verhältnisse bewusst zu sein und damit einen Umgang zu finden.

In diesem Zusammenhang äußerte ich an diesem Abend, dass es sein kann, dass mensch feststellt, dass die Bedürfnisse bezüglich des Umgangs miteinander (wie frei ist unser Verhältnis, wie stark kommunizieren wir un-

sere Bedürfnisse) zu gegensätzlich sind, und mensch dann u.U. eben damit umgehen muss, dass es keine Beziehung gibt. Das ist zwar unangenehm, aber es ist dann so. Der andere Mensch fand das ziemlich arrogant und sich persönlich angegriffen, weil sie meinte, dass sie diskreditiert würde. Sie definierte sich selbst als "emotionalen" Menschen, die schwer ihre Gefühle und Bedürfnisse kommunizieren kann und oft nur ein starkes Empfinden hat, es aber nicht begründen kann. Mich dagegen bezeichnete sie als "rationell", weil ich so distanziert über meine Empfindungen reden und scheinbar danach handeln würde. Im Umgang miteinander wäre immer sie benachteiligt, weil ich scheinbar gute rationale Argumente bringen würde, auf die sie nichts erwidern könne. Ich fand diese Gegenüberstellung gemein, weil mir unterstellt wurde, weniger emotionell zu sein.

Am Tag nach dieser Unterhaltung hatte ich ein Erlebnis, das mir diese rationell-emotionelle Umgangsweise klargemacht hat. Ich war in eine Person verliebt und glaubte, dass dies nur eine einseitige Empfindung ist. Das war über mehrere Tage auch völlig OK und ich freute mich, ihre tollen Augen und ihr Lächeln zu sehen und empfand angenehme Schauer und war ziemlich euphorisiert. Dann lag ich im Gras in der Sonne und habe über meine Empfindungen und Erwartungen und wie sich das nach dem Camp verhalten wird, nachgedacht. Das machte mich dann doch traurig, weil mir bewusst wurde, dass dieses schöne Gefühl enden würde und ich nicht empfand, dass die Person besonderes Interesse daran zeigte, sich wieder zu tref-

fen. - Das heißt, ich glaubte das und wollte sie deshalb auch nicht erst danach fragen, um sie nicht zu bedrängen. Diese Situation kam mir jedenfalls ziemlich ausweglos vor und ich war niedergeschlagen und traurig. Gleichzeitig reflektierte ich meine Empfindungen und die zugrundeliegenden Bedürfnisse auf scheinbar höherer Ebene und stellte fest, dass in etwa das eingetroffen war, was ich am Abend zuvor beschrieben hatte: Es ist zwar schade, aber mensch kommt einfach nicht zueinander - das kann schmerzhaft sein, aber so ist es. Und so war es dann auch. Diese Erkenntnis - vor allem weil es mich jetzt selbst betraf - hat mich dann ziemlich belustigt und ich empfand es als noch komischer, gleichzeitig tieftraurig und belustigt zu sein.

Ansprüche und eigene Realität

Beim Nachdenken über meine Empfindungen und Bedürfnisse fiel mir dann auf, dass ich mich gerade selbst auf eine Person fixiere und anderen Menschen gegenüber verschlossen bin. Was ich bei anderen Leuten schade finde, machte ich in diesem Moment selbst. Ich weiß nicht, ob das zwangsläufig so ist, wenn mensch verliebt ist - vielleicht muss ich das auch nur bewusster handhaben. An diesem Punkt habe ich mich auch gefragt, ob ich nicht selbst meist viel zu sehr auf einzelne Leute fixiert bin und ob ich die Offenheit im Umgang mit anderen Menschen überhaupt leben will.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich meinen eigenen "offenen" Umgang noch nicht sonderlich reflektiert und fragte mich jetzt, ob ich offen dafür bin, oder meine Zärtlichkeit doch nur auf konkrete Einzelpersonen konzentrieren will. Ich glaube nicht wirklich daran, werde all das aber erst ausprobieren müssen. Es scheint mir jedoch irgendwie schöner, meine Liebe weniger auf einzelne Menschen zu beschränken und liebevolle Zuneigung viel breiter auszuleben. ■

"Wie anders würden wir miteinander streiten, wenn unter der inhaltlichen Ebene ein liebevoller Umgang läge, und zwar als Selbstverständlichkeit. Und wir müssten dennoch nicht harmonisieren. Aber wir könnten einander besser zuhören."

Zum Weiterlesen:

"Begräbern unter unkomplizierten Paketlösungen" (http://www.free.de/schwarze-katze/pirat/grulture/unter_paketen.html)

"Beziehungsweise frei" (Broschüre downloadbar unter http://www.projektwerkstatt.de/gender/texte/a5_beziehung.html)

"andere Beziehungen? Anspruch und Wirklichkeit" (<http://www.free.de/schwarze-katze/pirat/grulture/bez.html>)

www.piratenutopie.de.vu

Die grau hinterlegten Zitate sind der Internetseite www.piratenutopie.de.vu entnommen.



beziehungsweise frei

vage andeutungen für das leben jenseits von zweierkiste, elfersucht und anderen normen



beziehungsweise frei

SommerCamp in Riebau

wutz Im Zeitraum vom 30. Juli bis zum 7. August fand das diesjährige Sommercamp auf dem Gelände der Traumschule Riebau in der Altmark, einer zu Gorleben benachbarten Region in Sachsen-Anhalt, statt.

Eine Woche vor offiziellem Campauftakt fanden sich schon viele Menschen zur Vorbereitung des Lagerlebens ein. In dieser „Bau- und Bastelwoche“ wurden eine offene Küche, ein Kiosk, Kompostklos, Pissoirs und eine Duschgelegenheit errichtet. Des weiteren wurden aus einigen Treppen rollstuhlfähige Zugänge durch simpelste Rampenkonstruktionen geschaffen. Die baulichen und künstlerischen Veränderungen im Camp waren, während der gesamten Dauer, stetige und positiv überraschende Prozesse. Natürlich stand auch dieses Camp im Sinne der Selbstorganisation, so dasz ein buntes Angebot an Veranstaltungen und AK's ent-



eine Theatergruppe aus Berlin, einen Morsleben AK, einige Filme und Dokus.

Im Gegensatz zur typischen deutschen Campingplatzatmosphäre war immer eine familiäre Umgebung, durchsetzt von Jonglagen, Musik und langen Gesprächen, vorhanden.

Das gemeinsame Containern, Schnippeln, Kochen, Essen und Abwaschen machten die Küchen zum Zentrum des Lagerlebens.

In den meist regenfreien Nächten waren die Feuerstelle bei dem Tipi, eine Feuertonne beim alten Bahnhof auf dem Gelände der Traumschule und die Kochstellen an der Küche beliebte Treffpunkte. Am Tage lud das Wetter zum Sonnenbrand ein oder die gelegentlichen, kleinen Regenschauer lieszen die Menschen näher zusammenrücken.

Die jüngeren unter den Teilis organisierten eine Camprundfahrt und eine eigene Anti-Atom-Ausstellung. ■



stand. Unter anderem gab es einen Vortragsabend „Der Nazis neue Kleider“,

DER LANGE WEG

Die Gedanken die mich durchfließen
geben mir Bescheid
daß es Zeit ist
Zeit zu gehen.

Es muß was passieren
denke ich
und gehe
Gehe einen langen Weg ohne Ende
ohne Zukunft.

Es muß was passieren
denke ich
und freue mich
denn ich weiß
wenn ich diesen langen Weg gegangen bin
wird was passieren.

Es muß was passieren
denke ich
und weine
denn ich weiß daß ich tot bin
wenn ich diesen langen weg gegangen bin
wenn was passiert.

Es muß was passieren denke ich
und verzweifle
denn ich weiß:
es wird nichts passieren
wenn ich nicht gehe.

Text by genoh.de im Rahmen des kratzig-Zeitschrift-Projektes bei den KinderRächTsZÄnkern in Berlin

fragend voran Hefte zu Widerstand & Vision

Es gibt etwas Neues: Eine regelmäßige Reihe von Themenheften als Verbindung von Widerstand und Vision, von Aktion und Utopie:

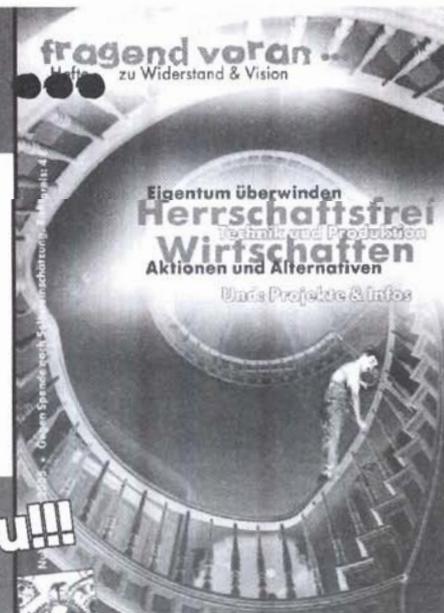
- ∞ Visionäre Entwürfe für eine andere Gesellschaft
- ∞ pragmatische Vorschläge für emanzipatorische Veränderungen
- ∞ praktische Tipps, konkrete Projekte, kreative Ideen für Aktionen.

Jahresabo 20 Euro, bei Sammelabo je weiterem Exemplar 5 Euro.

Null-Nr. 2005: Herrschaftsfrei wirtschaften ... 4 €

Herrschaftsfrei wirtschaften ++ Technikentwicklung ++ Umsonstökonomie ++ Arbeit? ++ Aktionstipps und Projektideen.

www.fragend-voran.de.vu



Neu!!!

Channeling mit einem Toten: Martin Luther - Antisemit, Sozialrassist, Reaktionär

von Markus Beime

In der Lutherstadt Wittenberg spielte sich ein großer Teil des Wirkens Martin Luthers ab. Er schlug hier 1517 seine 95 Thesen an das Tor der Schlosskirche. Die Stadtkirche war der Ort seiner Predigten, in der Wittenberger Universität hatte er die Bibelprofessur inne. Für Wittenberg ist Luther Wirtschaftsfaktor, der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle.



Die evangelisch-lutherische Kirche wiederum verehrt ihn als ihren Begründer und Reformator der päpstlichen Kirche. Die dunklen Seiten des "großen Deutschen", wie er gern genannt wird, werden zwar nicht verschwiegen, aber auch nicht extra benannt. Eine rühmliche Ausnahme bildet die Gedenktafel zur Wittenberger "Judensau" und eine begleitende Informationswand in Luthers alter Predigtkirche.

Eine Gruppe junger TheaterkünstlerInnen trat im Mai mit einem Luther-kritischen Stück in Wittenberg auf. Sie wollte auf "den anderen Luther" aufmerksam machen. In historischen Kostümen verkleidet, verkündeten sie in zeitge-rechter Mundart Zitate des Reformators.

Insenziert wurde ein "Channeling" - ein Kanal in die Welt der Toten: ein Moderator stellte ihm Fragen, "Luther" antwortete mit Worten die er zu Lebzeiten bereits gesagt hatte. Auch zu aktuellen politischen Fragen wie den Hartz IV-Protesten wurde der Bezug hergestellt. Die eindrucksvoll modulierten Antworten des Luther des 16. Jahrhunderts waren erschreckend deutlich und unverblümt in ihrer Aussage. An verschiedenen Stellen griff der Moderator beschwichtigend ein und versuchte Luthers Äußerungen angesichts der fortgeschrittenen Geschichte zu relativieren.

Des Reformators Worte erschütterten trotzdem: so kannten ihn die vorbeiziehenden Touristen nicht. Er forderte das Anstecken von Synagogen und ihre Reste dem Erdboden gleich zu machen. In seiner Schrift "Von den Juden und ihren Lügen"



stellte er einen Sieben-Punkte-Plan auf, der neben ihrer Ermordung und der Zerstörung ihrer Häuser auch die Verwertung arbeitsfähiger Juden und Jüdinnen vorschlug. Die geistige Nähe zu den Konzentrationslagern der Nazis einige Jahrhunderte später ist unübersehbar. So ist es auch kein Wunder, dass Adolf Hitler in Martin Luther einen "große(n) Mann" sah. Weiter erklärte Hitler, "Ich tue nur, was die Kirche seit fünfzehnhundert Jahren tut, aller-

dings gründlicher".



Luthers Frauenbild war ebenso verächtlich geprägt. "Der Tod im Kindbett ist nichts weiter als ein Sterben im edlen Werk und Gehorsam Gottes. Ob die Frauen sich aber auch müde und zuletzt tot tragen, das schadet nichts. Lass sie nur tot tragen, sie sind darum da". Weiter meinte er, dass es die "größte Ehre, die das Weib hat" sei, "dass die Männer durch sie geboren werden". An anderer Stelle spricht er sich für die Ermordung "der Zauberinnen" aus. Behinderte Kinder wiederum bezeichnet Luther als "wahre Teufel".

Seine Schriften kennzeichnen den "großen Deutschen" als reaktionären Obrigkeitsverehrer, der zwar Kritik an der kirchlichen Auslegung der Bibel und der Praxis der Geistlichen übt, aber die Herrscher nie grundsätzlich in Frage stellen wollte. "Es ist besser, wenn Tyrannen hundert Ungerechtigkeiten gegen das Volk verüben, als dass das Volk eine einzige Ungerechtigkeit gegen die Tyrannen verübt".

Im Mai tauchten neue Thesen am Rathaus, Stadtinformation und kirchlichen Gebäuden auf: "Lutherkult abschaffen", "Selbstbestimmung statt Gottes Gnade", "Sei unter den Aufrührern". Aufkleber forderten "Statt FührerInnen-Kult - Leben selbst organisieren". Auf Luthers Obrigkeitshörigkeit zielte wohl die Veränderung einer Inschrift am Portal des Alten Rathauses ab. Stand dort zuvor der goldene Schriftzug "Fürchte Gott Ehre die Obrigkeit und sei nicht unter den Aufrührern", so ist nun nur noch "Fürchte die Obrigkeit und sei unter den Aufrührern" zu lesen.

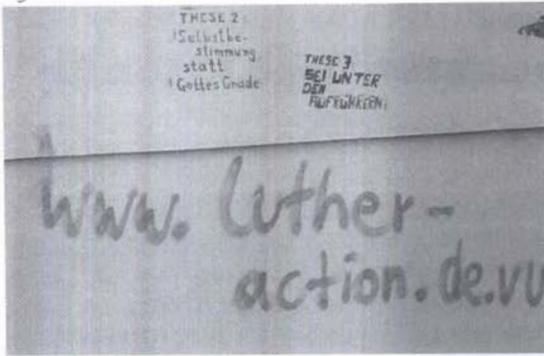


**Aktionsmaterialien
ReferentInnen
Ideen und Beispiele
auf ...**

**Wählen
heißt zwischen zwei
Haufen Scheisse zu
entscheiden. Also, ich
will gar keinen
mehr...**

www.wahlquark.de.vu

Aktionspaket aus CD mit Anti-
Wahlmaterialien, Broschüre und Zei-
tung „Macht Nix!“ für 5 Euro!



An verschiedenen Orten waren antisemitische und frauenfeindliche Lutherzitate plakatiert. Weitere Anti-Luther-Parolen waren an diversen öffentlichen Bauten zu finden. Auch das Lutherdenkmal blieb nicht verschont. Mit Klecksen und Farblachen wurde auch dieses angegriffen. In der Nähe war an einer Wand "95 Farbbeutel" zu lesen. Polizeisprecher Mirko Korbien zufolge gab es außerdem Graffities gegen fünf Streifenwagen der Polizei.

Die Theatergruppe hatte nun auch unter der misstrauischen Stimmung in Wittenberg zu leiden. Der Chef der Stadtinformation rief sofort die Polizei, als sich die jungen Leute kritisch zu Luther äußerten. Er habe einen Zusammenhang mit den lutherfeindlichen Graffities vermutet und die Polizei gebeten, das "abzuchecken". Und von der Stadt wurde nachgefragt, ob die Theaterkünstler für die vielen Schmierereien verantwortlich seien.

Kritische Theaterstücke gebe es immer wieder, meint Herr Winkelmann vom Verein WittenbergKultur e.V. Normalerweise sei so was kein Problem, jetzt wäre allerdings ein ungünstiger Zeitpunkt. Winkelmann findet die antisemitischen Aussagen Luthers auch "wirklich schlimm", allerdings müssten sie in seiner Zeit gesehen werden. Darauf angesprochen erwiderte der Moderator des Theaters: "Müssen sich die Luther-Profiteure nicht fragen lassen, wie der Kult um eine Person, die sich derart menschenverachtend gezeigt hat, überhaupt

vertretbar ist? Und dabei ist Luther nur ein Beispiel dafür, wie Helden glorifiziert und ihre Fehler weitgehend ausblendet werden".

Weitere Verwirrung stiftete ein NPD-Aufruf, der zu einer "nationalen Prozession zu Ehren Luthers" am Pfingstsonntag unter dem Motto "Luther - großer Ideengeber für die nationale und soziale Jugend" einlud. Der Wittenberger Pfarrer Andreas Volkmann vermutet, dass die Flugblätter gezielt in Briefkästen von Kirchenvertretern eingeworfen worden seien. "Es hat uns sehr schockiert, dass es noch Menschen mit solchem Geiste gibt", so Volkmann. Der Verweis auf die Unterstützung offizieller kirchlicher Stellen habe ihn jedoch verdutzt. Die Vereinigte evangelisch-lutherische Kirche (VELK) erstattete Strafanzeige gegen die NPD. Sie war in dem Flugblatt als Partnerin der rechtsextremen Partei benannt worden. Laut Mitteldeutscher Zeitung hat sich die NPD inzwischen von dem Flugblatt distanziert, die Polizei untersuche nun, ob es tatsächlich eine Fälschung sei. Es könne auch ein Zusammenhang zwischen den Graffities und dem Nazi-Flugblatt nicht ausgeschlossen werden.

Einzelne WittenbergerInnen warfen dem Theaterstück die Unterstützung der Nazis vor. In diesen Tagen war es nicht ungefährlich sich kritisch gegenüber dem Stadthelden und Tourismusgaranten zu äußern. Der Kirchenvertreter Pfarrer Volkmann unterstellte gar einen Zusammenhang zwischen Theatergruppe und NPD-Schreibern. Andererseits sieht er Hinweise auf autonome Kreise als Quelle des Flugblatts.

Als Gegenveranstaltung zu der angekündigten Nazi-Demonstration hatte ver.di ein Kinder- und Familienfest auf dem Wittenberger Markt angekündigt, AntifaschistInnen riefen im Internet zu entschiedenem Auftreten "gegen NPD und Luther" auf. Der Evangelische Propst wandte sich in einer Kanzelrede am Pfingstsonntag an seine

"Schwestern und Brüder". Die evangelische Kirche lehne "all diese Inhalte und auch die Art der Auseinandersetzung entschieden ab". In Kürze will die Kirche zu einem offenen Abend einladen, um sich mit der Luther-Kritik zu befassen.

Dieser Beitrag wurde vom Autor freundlicherweise bereitgestellt. Ursprünglich wurde er für die junge Welt geschrieben.

Hintergrundinfos:

www.luther-action.de.vu

"Fragend voran ..."

Mitte Juli erschien die Nullnummer von "Fragend voran ..." - ein neues Zeitungsprojekt, getragen von einem losen Netz unterschiedlicher Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit der umfassenden Überwindung von Herrschaftsverhältnissen beschäftigen. Es will eine Anstiftung sein, sich nicht einzulassen auf die Verlockungen von Macht oder resigniert zu akzeptieren, dass es keine Ausbrüche aus dem heute Machbaren geben kann.

Der Titel - dem Motto der zapatistischen Befreiungsbewegung angelehnt - ist eine Absage an abgeschlossene Theorien oder unhinterfragbare Wahrheiten. Statt dessen hoffen die MacherInnen von "Fragend voran ..." auf einen offenen Diskussionsprozess, bei dem Streit, kritisches Hinterfragen und kontinuierliche Weiterentwicklung selbstverständlich sind. Der Anspruch des Projektes ist hoch: Ziel ist die Verbindung von Widerstand und Vision, von Aktion und Utopie, von Theorie und Praxis.

Utopische Entwürfe für eine andere Gesellschaft sollen mit Vorschlägen verbunden werden, wie Schritte zu diesen "möglichen Zukünften" aussehen könnten. Aber auch praktische Tipps für konkrete Projekte und widerständige Aktionen sollen nicht zu kurz kommen. Jedes Heft setzt sich aus einem konkreten Schwerpunkt, kurzen Rubriken zu verschiedenen Themenfeldern und einem "Newsticker" zusammen. Die Hefte erscheinen unregelmäßig, pro Jahr sind mehrere Ausgaben sowie weitere Materialien geplant. Sie können einzeln bestellt, aber auch abonniert werden.

Nullnummer: Herrschaftsfrei Wirtschaften

Die Nullnummer beschäftigt sich mit der Frage, wie eine Wirtschaft organisiert sein könnte, die weder auf Marktgesetze, Staat oder zentrale Planung setzt. Ein Teil davon sind konkret-utopische Überlegungen, wie ein herrschaftsfreies Wirtschaften aussehen könnte. Gleichzeitig werden erste Ansätze vorgestellt, welche erste Schritte in diese Richtung darstellen könnten - von freier Software bis zu Umsonstläden. Zugleich werden diese Ansätze selbst kritisch hinterfragt. Kontakt zur Schwerpunkt-Redaktion der Nullnummer: sfd2005@zw-jena.de

Ausblicke

Das Projekt soll kein Selbstzweck sein - es steht und fällt mit dem Interesse von Menschen, die etwas damit vorhaben. Für das nächste Jahr sind bereits spannende Schwerpunkte angekündigt: Ernährung ohne Herrschaft, Psychiatriekritik, Horizontale Gesellschaft und Gesellschaft ohne Strafe. Weitere Schwerpunkte können jederzeit dazukommen.

Die Nullnummer kann über die Projektwerkstatt (Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401-90328-3, Fax -5, www.aktionsversand.de.vu, versand@projektwerkstatt.de) sowie den Packpapier Verlag (www.packpapier-verlag.de/) bezogen werden. Alle Informationen zu "Fragend voran ..." auf der Internetseite www.fragend-voran.de.vu.

Direct Action und kreativer Widerstand

Direkte Aktionen

- Die kleine Block
- Knast
- Kreative Antirepression
- Kommunikation subversiv
- Die Mischung macht's

Direct Action-Kalender jedes Jahr neu, Quadratisch, praktisch, gefährlich für 4 Euro.

Direct Action Kalender 2006

Und ganz neu!!! „Fragend voran ...“ - die neue Zeitung für Widerstand & Utopie. Erstes Heft zum Schwerpunkt „Herrschaftsfrei wirtschaften“. A5, ca. 64 S., 3 Euro.

Direct Action-Hefreihe im A5-Format zu Aneignung, Subversion, Anti-Knast, Aktionslieder, Antirepression und mehr. Je 1 Euro.

Aktuell: Das Wahl-Aktionsset Aktionsbroschüre mit vielen Tipps, Zeitungen und Flugblätter, CD mit Aktionsmaterial und mehreren Anti-Wahl-Ausstellungen. 5 Euro.

Wahlen stören und nutzen

Direct Action Kreative Widerstand

Abwehr der Ordnung!

CDs mit Aktionsvideos, Musik und eine Sammlung von Texten und Programmen. Je 5 Euro.

www.aktionsversand.de.vu

Castortransporte rollen...

fb Im Mai und Juni wurden insgesamt 18 Castorbehälter gegen den Widerstand von insgesamt mehreren Tausend AtomkraftgegnerInnen (die Zahlen schwankten stark je nach Region und Aktion) aus dem ehemaligen Kernforschungszentrum Rossendorf bei Dresden ins Zwischenlager Ahaus geschafft. Der letzte WAA-Transport aus deutschen AKW in die Wiederaufarbeitungsanlagen fand im April statt. Damit ist die lebens- und umweltbedrohliche Wiederaufarbeitung allerdings noch nicht zu Ende. In den WAA Sellafield (GB) und La Hague (F) lagern genug Abfälle aus deutschen AKW, um noch für die nächsten zwei Jahrzehnte weiterverarbeitet zu werden.

Die Betreiber der Atomkraftwerke haben durch die freundliche Aufforderung des grünen Bundesumweltministers zum Bau solcher neuer Atomanlagen inzwischen ihre dezentralen Zwischenlager direkt an den AKW und müssen nicht mehr fürchten, wegen Verstopfung abschalten zu müssen. Eine Lösung für das Atommüll-Dilemma gibt es trotzdem nicht. Doch das kann auf diese Weise ganz gut verschleiert werden.

Neben den mehrfach wöchentlich stattfindenden Urantransporten - z.B. in die Urananreicherungsanlage Gronau - werden die wichtigsten Anti-Atom-Kristallationspunkte nun wieder die Transporte nach Gorleben werden. Im November wird der nächste Castorkonvoi aus La Hague nach Gorleben erwartet.

Unabhängig vom genauen Transporttermin - der wird erfahrungsgemäß in den ersten beiden Novemberwochen vermutet - findet eine bundesweite Anti-Atom-Demonstration am 5. November in Lüneburg statt. Am Wochenende vor dem Transport - u.U. sogar am 6. November - wird außerdem die Auftaktdemo für den Castorwiderstand in Dannenberg sein. Viele glauben, dass vom 6. bis 10. November der Atomtransport zu erwarten ist. Andererseits gab es kürzlich ein Gerücht über eine Castor-Urlaubssperre einer BGS-Einheit Mitte November. Das ist allerdings noch Spekulation.

Widerstandscamps wird es auf jeden Fall wieder in Hitzacker geben. Auch in der Gohrde werden AtomkraftgegnerInnen in Scheunen und Privatunterkünften unterkommen. Es gibt auch Überlegungen wieder mal ein Camp direkt an der Transportstrecke zu erkämpfen. Die bekannten BürgerInnen-Sitzblockaden von WiderSetzen und X-tausendmal quer werden auch nicht fehlen. An der "ESSO-Wiese" befindet sich dann der BI-Infopunkt mit Volkküche und Pressezentrum. Insgesamt gibt es derzeit aber kaum konkrete Informationen, so dass hier nur auf die "einschlägigen" Internetseiten verwiesen werden kann. Das sind z.B.: www.castor.de, <http://de.indymedia.org/castor> und www.x1000malquer.de.

Als Rückblick auf den Gorleben-Castor vor einem Jahr, bei dem ein Atomkraftgegner vom Todeszug umgebracht wurde, geben wir im nächsten Text die Eindrücke zu diesem Vorfall von Cécile, einer französischen Aktivistin, wieder. ■

Flimmern

Wie willst du dich wehren
wenn man dir die Stimme raubt?
Wie willst du nur wählen
wenn man in den Kopf dir schaut?
Und dran schraubt.

Wie willst du erkennen
wenn dein Augenlicht man nimmt?
Wie willst du nur pennen
wenn man dich auf Arbeit trimmt?
Und dich verkauft.

Wie willst du an das glauben
was man auf den Tisch dir stellt
Wenn schon allein der Teller
auf dem es liegt dir nicht gefällt?

Wie kannst du nur leben
was dir flimmernd vorgesagt
Wenn das gleiche Flimmern
an deinem Gewissen nagt?

Text by genoh.de im Rahmen des kratzig-Zeitschrift-Projektes bei den KinderRÄchTsZÄnkern in Berlin ■

Castorblockade Frankreich: Bericht - Gedanken einer Beteiligten

von Cécile, 10. November 2004

Es wurde viel über den tödlichen Unfall in Frankreich geredet.



Lange Nacht in der Kälte im Wald

Fotos wurden unter anderem auf Indymedia veröffentlicht, und es kam zu Verwirrung. Die Presse hat ihren Job schlecht gemacht!!! Es gab in Frankreich 2 Anketaktionen. Die Erste bei Laneuveville ist ERFOLGREICH gewesen. Die zweite scheiterte und Sébastien wurde vom Zug überrollt... Ich war an der ersten Aktion beteiligt und möchte hier berichten und ein paar persönliche Gedanken aufschreiben.

Ich habe mich in Laneuveville bei Nancy zusammen mit Camille an den Schienen festgekettet. Dabei waren noch 12 Leute auf den Schienen mit Transpi und schönen Liedern... Unsere Aktion hat um 11 Uhr 15 stattgefunden. Der Zug hielt gut 300 Meter vor der

Blockade, keiner wurde in Gefahr gebracht. Die Polizei musste uns mit Schwervergät räumen. Die CRS (Sondereinheit der Polizei, Bereitschaftsbullen) waren net geschickt! Der Zug wurde mehr als 2 Stunden blockiert wir wurden anschließend wie Schwerverbrecher mit Handschellen abgeführt und der Todeszug fuhr gegen 13 Uhr 25 weiter. Eine der erfolgreichsten Blockaden in Frankreich bisher, ich glaube das war die 2. ... Tolle Stimmung... Die 2 "Angeketteten" wurden in Gewahrsam genommen und wurden abends wieder frei gelassen. Die anderen AktivistInnen wurden nach einer Personalienfeststellung und dem Verhör von 2 Personen entlassen.

Durch diese Aktion wollten die AktivistInnen die Bevölkerung über die Gefahren von Atomkraft und Atommülltransporten informieren. Seit einem Jahr ist es nämlich noch schwieriger geworden, über Atomkraft zu informieren, viele Informationen stehen unter Staatsgeheimnis...

Die Aktion fand in der Nähe einer Chemiefabrik statt. Ich komme aus Toulouse und weiß wie eine solche Fabrik explodieren kann, ich erinnere mich an AZF... Und kurz nach Durchfahrt des Castortransportes bei Strasbourg kam es zu einem Brand in einer Ölfabrik ent-

lang der Strecke...

Wir wollten auch der Atomlobby zeigen, dass wir uns wehren können, trotz der Schwäche der Antiatombewegung in Frankreich. (im Vergleich zu Deutschland, wo Tausende demonstrieren...)

Schockiert:

ABER die Freude dauerte nicht...Der Unfall geschah etwa eine Stunde später. Ich habe die traurige Nachricht aus Avricourt erfahren, als ich noch in Gewahrsam war. Ein Polizist ist lächelnd zu mir gekommen und hat gemeint "ich habe eine schlechte Nachricht für Sie, der Zug hat gerade eine Person überrollt" Ich war (und bin noch) schockiert und wütend. Es war umso schwieriger, dass ich alleine in der Zelle war und mich mit Menschen nicht unterhalten konnte... Die Leute haben versucht genauso wie wir





Mit dem Transpi zum Zug gehen

© David Sierbold, Fotogra

und anderswo wegen Uranabbau...

Wir müssen dazu unsererseits unsere Verteidigung organisieren. Uns (2 "angeketteten" Personen) wird Eingriff in den Schienenverkehr vorgeworfen. Der Herr Staatsanwalt ermittelt und wird in den nächsten Tagen Bescheid sagen, ob belangt wird oder nicht. Ist aber wahrscheinlich. Wir werden politische Prozesse durchführen. Die Justiz will auch überprüfen, ob die 2 informellen Gruppen sich kennen.

Wir brauchen direct action!!! Ankettkaktionen wird es noch geben. So hoffe ich. Besonders in Frankreich, wo sonst nie über

den Zug zu stoppen. Aus mir unbekanntem Gründen hielt der Zug nicht. Ich vermute der Zug war zu schnell, der Hubschrauber war dazu net dabei.

Unsere Aktionsgruppe kennt die andere Gruppe NICHT, aber wir sind alle sehr schockiert und bekunden unsere Solidarität. Die Gruppe hatte genauso viel Erfahrung wie unsere, das ist sicher (die Presse hat leider das Gegenteil geschrieben) Ich war nicht vor Ort, ich will mich zum Unfall nicht weiter äußern. Ich will nicht beurteilen. Ich denke heute an Sébastien... Die Beerdigung wird heute statt finden, heute Abend finden Trauerkundgebungen in Frankreich statt, am Bahnhof in vielen Städten... Vielen Dank auch für die Solidarität aus Deutschland. So was brauchen wir!! Wir wollen weder Helden noch Märtyrer... Wir stellen uns quer, weil ATOMKRAFT TÖTET. Der Atomstaat ist schuldig!!!

Presse braucht Sensation... die Verwirrung

Die Presse hat schrecklich über die Ereignisse berichtet: Bilder unserer Aktion mit Berichten über den Todesfall. Dies führte zur Verwirrung ... aber die Presse will ja Bilder, sie braucht Sensation... Nur die Zeitung "Est Républicain" hat inhaltlich relativ gut über die Ereignisse berichtet...

DER KAMPF GEHT WEITER

Wir sind alle schockiert, und brauchen Zeit nachzudenken. Aber wir werden uns weiter querstellen. Atomkraft tötet jeden Tag. Es geht meistens um langsamen Tod: Blutkrebs bei Kindern rund um die WAA La Hague, verstrahlte Arbeiter im "normal"-Betrieb von AKW, Ausbeutung und Krankheiten in Afrika



Ankettkaktion mit Rohr

© David Sierbold, Fotogra

Atomkraft geredet wird. Neue AKWs werden sogar gebaut (EPR-Reaktor). Keiner achtet auf "klassische" Demonstrationen. Direkte Aktionen und Fantasie bleiben eine Stärke...

Ehrlich gesagt, ich brauche noch viel Zeit zum Nachdenken... Ich denke an Sébastien... Aber der Widerstand soll weiter gehen, auf jeden Fall!!! "Weil Atom Müll uns den Tod nur bringt, darum stellen wir uns quer, wir wollen leben, leben leben wollen wir..." ■

Spenden

Die Organisation Cacendr (Bündnis gegen Atomtransporte) stellt ihr Konto zur Verfügung.

an: Cacendr

Bank: La Poste CCP Nancy

Kontonummer: NCY 06 228 44 G 031

Stichwort "fond de solidarité"

internationale Kontoidentifizierung:

IBAN: FR1820041010100622844G03127

BIC: PSSTFRPPNXY

LeserInnen-Zusendung: Wer darf mitmachen?

Gegen spezieisistischen Wahn!

Für die Befreiung der Tiere!

Für eine friedliche und gewaltfreie Welt!

Das sind die Schlagsätze von A.L.F. (Animal Liberation Front), die am 18.05. die Fassade der Metzgerei Reiter in Augsburg mit roter Farbe versehen hat, um auf das Leid der Tiere hinzuweisen. Weiters hat die A.L.F. am 12.06. dem Pelz- und Ledergeschäft Glock, ebenfalls in Augsburg, eine Scheibe eingeschlagen und die Fassade mit Farbe "geschmückt".

Jeder, der sich an die Grundlinien der Organisation hält und vegan lebt, darf sich als Teil der A.L.F. verstehen.

Die Grundlinien sind folgende:

1. Die Befreiung von Tieren aus den Stätten, in denen sie gequält werden, z.B. Laboratorien, Tierfabriken, Pelzfarmen etc. Die Tiere müssen in ein gutes Zuhause übergeben werden, wo sie frei von Leiden bis zu ihrem natürlichen Ende leben dürfen.
2. Das Zufügen ökonomischer Schäden für all jene, die von der Not und der Ausbeutung der Tiere profitieren.
3. Das Aufzeigen des Horrors und der Gräueltaten, denen Tiere hinter verschlossenen Türen ausgesetzt sind, mit Hilfe von gewaltfreien, direkten Aktionen und Befreiungen.
4. Das Ergreifen aller notwendigen Vorsichtsmaßnahmen, damit weder Mensch noch Tier während der Aktionen Schaden nehmen.

Das sind hehre Ziele und wer möchte sich nicht an den Aktionen von A.L.F. beteiligen? Aber kann man das als "nur" Vegetarier überhaupt?

In den Verlautbarungen der Organisation steht, dass jeder der vegan lebt sich als Teil ebensolcher verstehen darf. Nun gut. Wenn mensch aber nicht VeganerIn ist und trotzdem an Aktionen teilhaben will, diese mitorganisieren und mittragen, ist das erlaubt? Es wäre schön, auch als Nichtmitglied Aktionen mit Organisationen wie der A.L.F. unternehmen zu können; nicht um Guerilla zu spielen, sondern um aktiv mitzuwirken an der Verbesserung der Lebensumstände von Tieren, denn weil mensch nicht zur Gänze auf tierische Produkte, wie Eier oder Milch, verzichten will, heißt das nicht, dass mensch die Lebensumstände sogenannter "Produktionstiere" nicht verbessern will.

Die Schreiberin dieser Zeilen wäre jedenfalls erfreut, wenn auch VegetarierInnen bei den Aktionen mitmachen dürfen. Vielleicht findet sich ja jemand, der dazu Stellung nehmen möchte? ■



Bildungsprozess zum Prozess, Juni 2004 (Kirchenplatz Gießen)

3. Mai 2005:

Politisches Urteil im Landgericht Gießen!

Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt in Saasen (bei Gießen) mit Prozessen überhäuft. Am 10.3. begann ein Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. Nach 12 Prozesstagen kassierten sie nach skandalösem Prozess 8 Monate Haft ohne Bewährung, zudem erhob die Staatsanwaltschaft viele weitere Klagen. Angeklagte und politische Gruppen haben demgegenüber Erfindungen, Fälschungen und Hetze durch Repressionsorgane minutios dokumentiert. Aktionen sind das wichtigste gegen den Recht-Extremismus. Aber der Prozeß wird auch immer teurer. Revision ist eingereicht – für die Verurteilten die letzte Chance!

Infoseite zum Prozeß: www.projektwerkstatt.de/prozess

Dokumentation zu Repression: www.polizeidoku-giessen.de.vu

Kreativer Widerstand: www.direct-action.de.vu

Konto „Spenden & Aktionen“, Nr. 9288 1806, Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00

Datum	Veranstaltung	Info bei
09.-11.09.2005	JUKSS-Orga-Treffen in Bielefeld	www.jukss.de
17.09.2005	Papier-Seminar 10 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu	GP MD
17.09.2005	Eulenexkursion 22 ⁰⁰ Uhr	GK
18.09.2005	Bundestagswahl: die Köpfe werden ausgetauscht, sonst nix	www.wahlquark.de.vb
22.09.2005	Weltweiter Aktionstag "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" www.fuss-ev.de	
26.09.-02.10.2005	Archiv-Woche im Greenkids-Büro	GK
30.09.-03.10.2005	Bildungs-Aktionswochen-Treffen in der OUBS (Berlin) bildung-von-unten@magdeburg.gruenes-blatt.de	
08.10.2005	Exkursion "Spurensuche" 14 ⁰⁰ Uhr	GK
07.-09.10.2005	JUKSS-Orga-Treffen	www.jukss.de
07.-09.10.2005	Delegiertenkonferenz der NAJU in Frankfurt a.M.	NAJU
21.10.2005	Lebens- und Arbeitsbedingung von Häftlingen im KZ-Außenlager in Beendorf 20 ⁰⁰ Uhr im BWA	GK
22.10.2005	Zukunftswerkstatt Morsleben (Termin noch nicht fest - Infos: morsleben@greenkids.de)	GK
04.-06.11.2005	JUKSS-Orga-Treffen	www.jukss.de
05.11.2005	Auftakt demo Gorleben-Castortransport (voraussichtlich)	www.castor.de
25.-27.11.2005	JUKSS-Orga-Treffen	www.jukss.de
03.-04.12.2005	Treffen "Fragend voran..." - Bildungskritik in Saasen bildung-von-unten@magdeburg.gruenes-blatt.de	
09.-11.12.2005	JUKSS-Orga-Treffen	www.jukss.de
10.12.2005	Weihnachtsbasteln 14 ⁰⁰ Uhr	GK
25.12.05-07.01.06	JUKSS (Jugendumweltkongress) in Bielefeld	www.jukss.de

Adressenliste: Regelmäßige Termine

BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/400 33 67
thiembuktu@web.de
blaue-welt-archiv@web.de
http://www.thiembuktu.de
http://www.bwa.black-red.de

BUND & BUJU:
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)
bund.sachsen-anhalt@bund.net
www.bund-sachsen-anhalt.de

Infoladen-MD:
Vernetzung emanzipatorischer
Gruppen in Magdeburg
Infotelefon: 01 62-860 89 49
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de
http://magdeburg.gruenes-blatt.de

NAJU Sachsen-Anhalt:
Landesgeschäftsstelle
Schleierufer 18a, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM e.V.:
Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Löwenzahn e.V.:
Klosterbergstr. 25, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
mail@projekthaus-loewenzahn.org
http://projekthaus-loewenzahn.org

Mahnwache gegen den Krieg:
montags, 17⁰⁰, Ecke Ernst-
Reuter-Allee/Breiter Weg
[Frieden jetzt!]

Wunsch-Kinoabend:
montags, 20³⁰, Thiembuktu
[Thiembuktu]

Umsonstladen MD:
montags und freitags, 13⁰⁰-
17⁰⁰
Brandenburger Str.
[Lirumlarum]

ATTAC-Plenum:
2. und 4. Montag im Monat,
19³⁰, eineWelt-Haus,
Schellingstr. 3-4
[ATTAC]

Unabh. Sozialhilfeberatung:
dienstags, 9⁰⁰ bis 13⁰⁰,
Thiembuktu
[bedarfsgerecht]

Student. Antikriegsgruppe:
dienstags, 19⁰⁰, Café Uni-
Bibliothek,
[Stud. AKG]

Sozialforum Magdeburg:
mittwochs, 19³⁰, eineWelt
Haus, Schellingstr. 3-4
[SF MD]

Doku-Filmabend:
1. und 3. Mittwoch im Monat,
19⁰⁰, Thiembuktu
[Thiembuktu/GK]

FoodCoop:
donnerstags 16⁰⁰-18³⁰, ÖZIM
[FoodCoop]

**Greenpeace Magdeburg
Plenum:**
jeden geraden Donnerstag
19⁰⁰, Thiembuktu
[GP MD]

Greenkids-Treffen:
1. Donnerstag im geraden
Monat, 19⁰⁰, Karl-Schmidt-Str. 4
[GK]

Löwenzahn-Treffen:
3. Donnerstag im geraden
Monat, 19⁰⁰, Klosterbergstr. 25
[Löwenzahn]

vegan/vegetarische Vokü:
freitags, 18⁰⁰, Thiembuktu
[USK]

FAU Magdeburg Treffen:
2. und 4. Donnerstag im
Monat, 20⁰⁰, Blaue Welt
Archiv
[FAU MD]



Was`n die Traumschule?

Momentan ist die Traumschule ein Ort mit einer Idee.

Die Idee ist ein altersübergreifendes Kollektiv, in dem Menschen jeden Alters gleichberechtigt und unabhängig miteinander leben, lernen und arbeiten können. Unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen und frei von Unterdrückung und Manipulation. Hierarchien erkennen, aufzeigen und abbauen. Da wir mit Menschen jeden Alters zusammen leben, findet diese gleichberechtigte Form auch mit denen statt, die außerhalb der Traumschule normalerweise entmündigt sind. Auch "Kinder" sind für uns gleichberechtigt und mündig.

Wir brauchen keine pädagogische Führung. Jede/r soll ihr/sein Leben selbst bestimmen. Dazu gehört auch, keine/n zur Schule oder wohin auch sonst zu schicken. Da gibt es viel zu hinterfragen und zu erleben. Die Traumschule soll ein Lernort sein mit Entfaltungsmöglichkeiten für alle Altersklassen.

Nach jahrelanger Disziplinierung in Schulen aller Art dienen die meisten Menschen einem menschenverachtenden System. Wenn wir alle uns die Freiheit nehmen, an einem unabhängigen kreativen Ort das zu lernen was wir wollen, wird unser „Lernziel“ nicht die größtmögliche Wirtschaftstauglichkeit sein.

Wir lernen ohne Zwang, was uns sinnvoll erscheint. Dabei würden uns Lehrpläne und das Streben nach einer offiziellen Genehmigung nur behindern. Die Welt ist bunter, größer und lehrreicher als jede institutionalisierte Schule. Innerhalb wie auch außerhalb der Traumschule.

Da dieses den Herrschenden nicht in den Kram passt, versuchen wir unser Leben einfach und unabhängig zu gestalten.

Da sind irgendwelche Scheine eher gleichgültig. Leben von dem was da ist, mit denen, die Lust darauf haben. Egal wie alt die sind oder welches Geschlecht denen angedacht wird. Dabei Widerstand gegen das noch herrschende System leisten und eine Alternative dazu aufbauen.

Wie das dann konkret aussieht, können diejenigen miteinander auspalavern, die Lust haben das zu leben. In gleichberechtigten Gesprächen und Absprachen.

Der Ort sind eine ehemalige Grenzerkaserne, Hallen, ein noch zu renovierender Bahnhof mit baufälligem Nebengebäude und viel Land in der Altmark in Sichtweite des Wendlandes. Platz genug, dass hier viele Kinder (und 'Erwaxene') wohnen können. Genug Platz um Werkstätten, Lager und Garten zur Unabhängigkeit aufzubauen. Genug Platz für Spinneritis und Aktionen jeder Art.

Für die Verwirklichung dieser Idee ist Unterstützung jeder Art willkommen. Auch braucht es viele Menschen, die sich voll und ganz einbringen wollen.

Quelle: www.sommercamp-im-wendland.de

